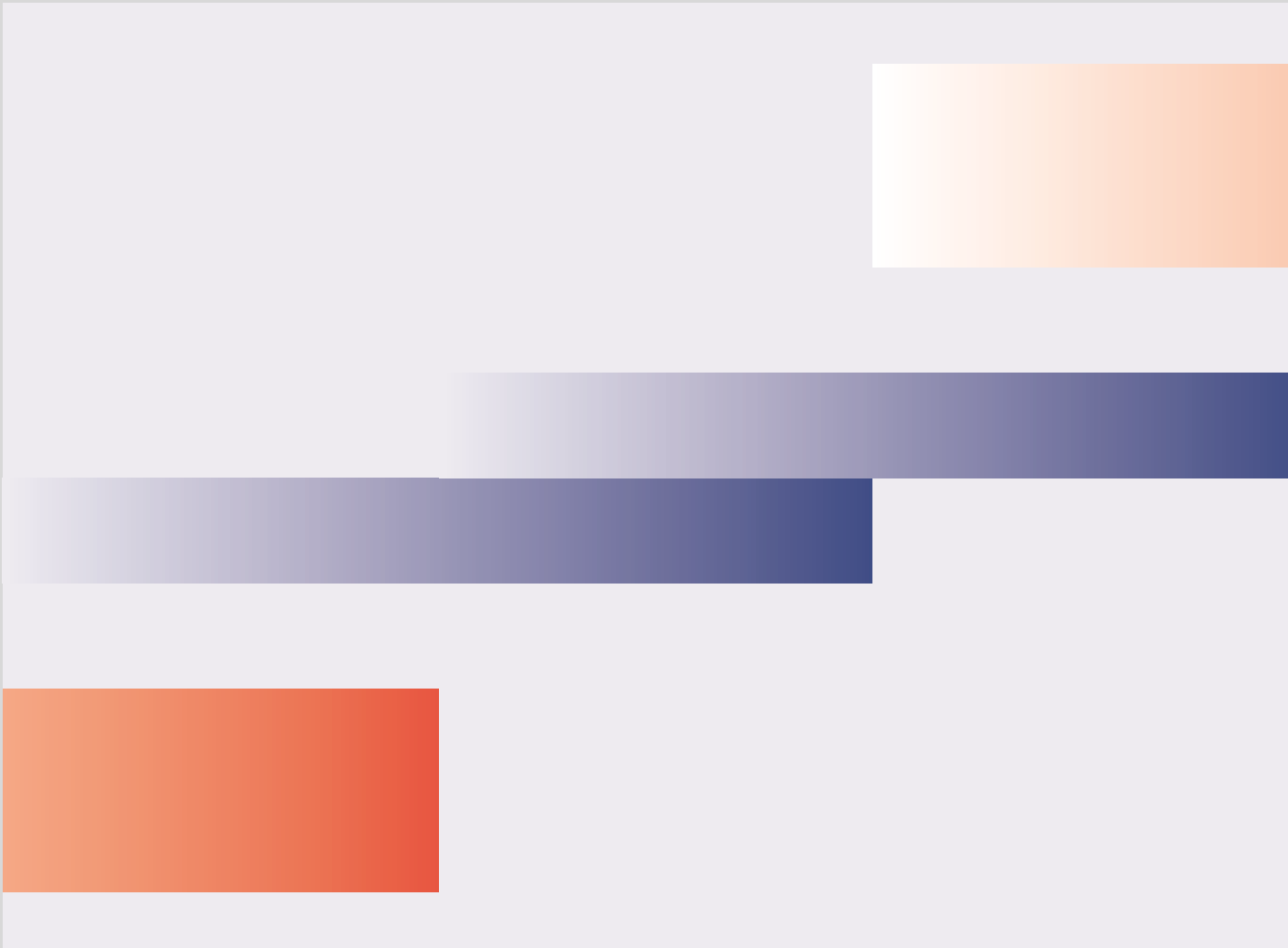


2003

Landschaftliche Brandkasse Hannover
Provinzial Lebensversicherung Hannover



Ein Teil der Landschaft

Zu den VGH Versicherungen gehören die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und die Provinzial Pensionskasse Hannover AG.

Die Brandkasse wurde schon 1750 im Kurfürstentum Hannover als „Brand-Assecurations-Sozietät“ gegründet. Die erste Anregung dazu gab, zwei Generationen zuvor, der hannoversche Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz. Die neue Initiative ergriff der evangelische Abt zu Loccum, Georg Ebell. Er war der Vorsitzende einer regionalen Selbstverwaltung im Fürstentum Calenberg-Grubenhagen, der so genannten „Landschaft“. Andere Landschaften im Kurfürstentum eiferten bald diesem Vorbild nach und gründeten eigene Versicherungen. Sie schlossen sich seit 1850 allmählich zusammen, und daraus entstand die „Landschaftliche Brandkasse Hannover“.

Getragen von den Landschaften, war die Brandkasse nie ein staatliches, aber auch kein privates Unternehmen. Sie ist unverändert seit ihrer Gründung selbstständig und heimatverbunden – in jedem Sinne ein Teil der Landschaft. Als eine Art Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit hat sie keinen Eigentümer und gibt ihre Überschüsse den Versicherten zurück.

Das zweite große Unternehmen unserer Gruppe, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, wurde 1918 nach einem ostpreußischen Vorbild gegründet. Der Staat wollte durch diese öffentlichen Anstalten allen Bevölkerungskreisen eine günstige Lebensversicherung anbieten. Nach vier erfolgreichen Jahrzehnten hat sich die hannoversche Provinzial im Jahre 1957 mit der Brandkasse zusammengeschlossen zur VGH, der Versicherungsgruppe Hannover.

In starkem Verbund: Allen öffentlichen Versicherungen ist gemeinsam, dass sie nach Tradition und Satzung auf ihr heimisches Gebiet beschränkt sind. Das ist – anders, als man vermuten sollte – ein Vorteil, der die öffentlichen Versicherer in Niedersachsen zu Marktführern gemacht hat.

Seit 1989 sind wir dem niedersächsischen Sparkassenverband dadurch besonders verbunden, dass er und die Brandkasse je zur Hälfte am Trägerkapital der Provinzial beteiligt sind.

Diese enge Zusammenarbeit, die die Sparkassen und die öffentlichen Versicherer miteinander pflegen, ist auch politisch abgesichert worden – in einem Gesetz, das der Niedersächsische Landtag am 9. Dezember 1993 ohne Gegenstimme verabschiedet hat.

Dabei wurde auch die einzigartige Rolle der Landschaften bestätigt. Sie vertreten bei uns nach wie vor die Interessen der Versicherten. Und das soll auch so bleiben, denn unsere Versicherten sind damit gut gefahren – immerhin seit 1750.

Unternehmensergebnisse auf einen Blick


		2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994
VGH											
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	1 568,0	1 531,2	1 511,3	1 462,8	1 436,2	1 367,0	1 347,1	1 335,4	1 307,1	1 258,1
Veränderung zum Vorjahr	%	2,4	1,3	3,3	1,9	5,1	1,5	0,9	2,2	3,9	9,4
Landschaftliche Brandkasse Hannover											
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	927,3	889,5	878,7	857,4	852,2	852,7	860,5	867,5	868,5	848,5
Veränderung zum Vorjahr	%	4,2	1,2	2,5	0,6	- 0,1	- 0,9	- 0,8	- 0,1	2,3	8,2
Aufwendungen für Versicherungsfälle in % der verdienten Bruttobeiträge	%	64,2	77,6	68,5	65,2	73,6	67,7	70,1	67,9	69,3	73,7
Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb in % der verdienten Bruttobeiträge	%	23,9	24,3	24,0	23,3	24,6	22,0	21,8	21,3	22,2	21,5
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	13,9	9,5	32,1	35,3	31,3	1,8	34,1	53,9	31,3	26,4
Kapitalanlagen	Mio. €	1 994,7	1 781,1	1 982,0	1 887,9	1 929,6	1 798,7	1 704,7	1 642,2	1 475,7	1 356,4
Eigenkapital	Mio. €	593,0	583,0	583,0	557,3	516,4	498,5	498,5	463,7	417,7	403,9
Versicherungstechnische Rückstellungen brutto	Mio. €	1 399,6	1 371,7	1 380,4	1 310,3	1 312,9	1 254,5	1 236,5	1 184,1	1 051,6	930,6
Provinzial Lebensversicherung Hannover											
Versicherungssumme selbst abgeschlossenes Geschäft	Mio. €	24 289,8	23 774,9	23 141,2	20 916,7	20 474,6	18 254,9	17 379,8	16 453,2	15 454,4	14 458,4
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	640,7	641,7	632,6	605,5	584,0	514,3	486,7	467,9	438,6	409,6
Veränderung zum Vorjahr	%	- 0,2	1,5	4,5	3,7	13,6	5,7	4,0	6,7	7,1	11,9
Ausgezahlte Leistungen an die Versicherungsnehmer	Mio. €	697,0	602,5	610,9	526,4	484,3	450,1	373,9	327,5	306,0	267,0
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	61,6	0,0	90,6	232,3	230,1	202,6	189,2	171,3	152,9	145,3
Direktgutschrift	Mio. €	77,0	77,1	74,6	71,6	68,3	65,3	61,6	57,5	53,5	49,1
Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb brutto in % der verdienten Bruttobeiträge	%	10,7	11,3	12,5	8,3	16,5	10,9	10,7	11,1	11,5	13,4
Kapitalanlagen	Mio. €	6 013,4	6 018,4	5 930,4	5 514,9	5 097,2	4 771,3	4 363,3	4 004,8	3 635,1	3 344,7












Berichte
über das
Geschäftsjahr

2003



Versicherungen

 Finanzgruppe

				
	Magazin			
	VGH – Versicherer der Landwirtschaft	4		
	Vertrieb und Personal	14		
	Die VGH-Stiftung	20		
	Mitarbeiter-Jubiläen der VGH	22		
	Gremien			
	Organe der Landschaftlichen Brandkasse Hannover	26		
	Organe der Provinzial Lebensversicherung Hannover	32		
	Sparkassenbeirat der VGH	36		
	Landschaftliche Brandkasse Hannover			
	Lagebericht	39		
	Jahresabschluss			
	Jahresbilanz	48		
	Gewinn- und Verlustrechnung	50		
	Anhang	53		
	Bestätigungsvermerk	66		
	Bericht des Aufsichtsrats	67		
	Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats	68		
	Geschäftsentwicklung	69		
	Provinzial Lebensversicherung Hannover			
	Lagebericht	73		
	Jahresabschluss			
	Jahresbilanz	84		
	Gewinn- und Verlustrechnung	86		
	Anhang	88		
	Bestätigungsvermerk	110		
	Bericht des Aufsichtsrats	111		
	Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats	112		
	Geschäftsentwicklung	113		
	Die Gruppe öffentlicher Versicherer	114		

Mit dem Wandel wächst das Risiko

Reichte dem niedersächsischen Bauern des 18. Jahrhunderts noch eine einfache Brandschutzversicherung, so verlangt der moderne landwirtschaftliche Betrieb von seinem Besitzer heute ein fein abgestimmtes Sicherheitsmanagement. Das Ziel ist dasselbe wie zu Zeiten von Georg Ebell, Abt zu Loccum und Gründer der „Landschaftlichen Brandkasse“: den Landwirt vor Produktionsausfällen, Einkommens- und Vermögensverlusten zu schützen.

Niedersachsen ist das Agrarland Nummer eins in Deutschland. Zwar beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe im zweitgrößten Bundesland nur 13 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe der Bundesrepublik, liegt also auf die Größe Niedersachsens bezogen gerade mal im Durchschnitt. Doch führt die intensive Bewirtschaftung zu einem überproportionalen Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion: Fast die Hälfte aller in Deutschland geernteten Kartoffeln sind „Made in Niedersachsen“. Gleiches gilt für in Deutschland produziertes Geflügelfleisch. Auch etwa jedes dritte Ei und jedes dritte Schnitzel kommen aus Niedersachsen. Damit ist Niedersachsen, was Agrarprodukte angeht, ein Exportland.

Von der Küste bis zum Harz bewirtschaften 56 000 Landwirte mehr als 60 Prozent der niedersächsischen Gesamtfläche – inklusive der Hälfte allen Privatwaldbestandes. In der Küstenregion herrschen

Futterbaubetriebe vor, die Grünlandwirtschaft mit intensiver Milchviehhaltung und Rindermast betreiben. Im mittleren Teil Niedersachsens auf ertragsärmeren Standorten sind dagegen vor allem Veredelungsbetriebe mit intensiver Schweine- und Geflügelhaltung anzutreffen, die sich zum Teil auch der Kartoffelproduktion widmen. In den südlichen Regionen des Landes haben Marktfruchtbetriebe mit dem Anbau von Getreide und Zuckerrüben ihren Schwerpunkt. Klimatisch begünstigt hat sich links der Elbe zwischen Hamburg und Stade im Alten Land eines der größten Obstanbaugebiete Deutschlands etabliert.

Fast alle landwirtschaftlichen Unternehmen sind reine Familienbetriebe

In der niedersächsischen Landwirtschaft finden rund 160 000 Menschen Arbeit. Den weitaus größten Anteil stellen die Be-



Landwirtschaft vor 70 Jahren: In der „guten alten Zeit“ mussten bei der Getreideernte alle mit anpacken, um das Korn rechtzeitig vor dem nächsten Sommerregen unters Scheunendach zu bringen.

etriebsleiter und ihre Familienmitglieder, nur etwa 10 000 Personen sind ständige Fremd-Arbeitskräfte. Die Ernährungsindustrie beschäftigt 80 000 Mitarbeiter. Mit zusammen etwa 240 000 Beschäftigten ist die Land- und Ernährungswirtschaft daher auch für den Arbeitsmarkt Niedersachsens von Bedeutung.

Lohnkostenniveau und dem agrartechnischen Fortschritt, der ab Ende der 50er Jahre die Landwirtschaft revolutionierte, wandelte sich der bäuerliche Betrieb mit seinen Familien- und Fremdarbeitskräften allmählich zum modernen, hoch mechanisierten Unternehmen. In ihm ist der Betriebsleiter oft die einzige Arbeitskraft.



**Landwirtschaft heute:
Moderne Landmaschinen haben
die menschliche Arbeitskraft fast
vollständig ersetzt.**

Um 1750, zur Zeit der Gründung der „Brand-Assecurations-Societaet“ als erster niedersächsischer Feuerversicherung, herrschte die bäuerliche Selbstversorgungswirtschaft vor. In ihr beackerten die Bauernfamilien wenige Hektar Land in Dreifelderwirtschaft für den eigenen Bedarf. Sie hielten ein paar Hühner und Schweine, seltener Rinder und Pferde, die mit den Menschen in der Regel unter einem Dach lebten.

Mit zunehmender Mechanisierung entstanden vielseitige, arbeitsintensive Gemischtbetriebe mit Ackerbau und gleichzeitig mehreren Zweigen der Viehhaltung. Sie waren geprägt durch kleine Strukturen, geringen produktionstechnischen Wissensstand und bescheidenen Erträgen. Erst das 20. Jahrhundert brachte kapitalintensive Spezialbetriebe mit klaren Schwerpunkten in der Pflanzen- oder Tierproduktion hervor. Mit steigendem

In diesem Prozess wurde die Spezialisierung zum Motor der Betriebsentwicklung. Sie erhöhte durch die intensivierte Nut-



**Auf Obstanbau haben sich die
meisten Landwirte im Alten Land
spezialisiert.**

zung der Produktionsmittel das Ertragsniveau und die Qualität der Produktion. Dabei gewannen betriebswirtschaftliche Faktoren immer stärker an Bedeutung:

zu verzeichnen wie Gemischtbetriebe. Spezialisierung dagegen erschließt durch besonderes Know-how Produktionsvorteile oder ganz neue Einkommensquellen.

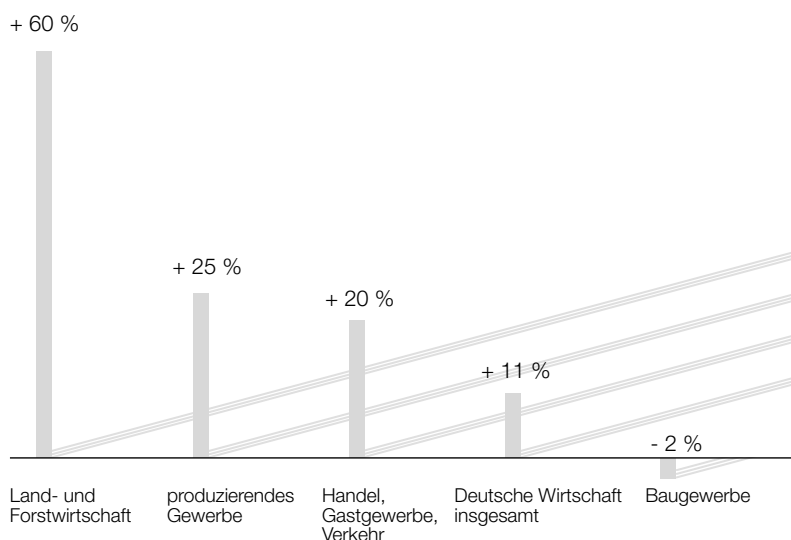
Konzentrierung in der Geflügelhaltung: Obwohl die Zahl der tierhaltenden Betriebe stark abgenommen hat, nimmt der Gesamtbestand an Geflügel immer noch zu.



Gerade in den letzten Jahren mussten die landwirtschaftlichen Unternehmer sich verstärkt auf Betriebsorganisation und Rationalisierungsmaßnahmen konzentrieren, um den veränderten Ansprüchen der Absatzmärkte gerecht zu werden. Dabei lag die betriebliche Verantwortung der Betriebsleiter insbesondere im zielge-

Insgesamt haben Spezialisierung, moderne Agrartechnik und Züchtungsfortschritt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine gewaltige Produktivitätssteigerung bewirkt. Ernährte ein Landwirt 1950 gerade mal 10 Menschen, so sind es heute 120. Allein im langjährigen Mittel der vergangenen 10 Jahre beträgt die Steige-

Produktive Landwirtschaft (1992 bis 2002)



richteten Einsatz der Finanzmittel und Arbeitskapazitäten.

Auch heute gilt: Wer sich nicht spezialisiert, hat es schwer: Keine Betriebsform hat statistisch einen so starken Rückgang

der Produktivität durchschnittlich sechs Prozent pro Jahr. Nur wenige andere Wirtschaftssektoren haben eine derartige Leistungssteigerung nachzuweisen. Profitiert haben davon vor allem die Verbraucher. Deren Ausgaben für Nah-

rungsmittel höchster Qualität betragen heutzutage im Mittel nur noch elf Prozent des Einkommens. Dieser Produktivitätsschub ist Ausdruck und Folge eines tief



greifenden Strukturwandels, der sich außer in der Mechanisierung, Intensivierung und Spezialisierung auch in einer starken Konzentrierung der Produktion zeigt.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nimmt kontinuierlich ab. Gab es 1991 in

durchschnittliche Betriebsgröße in Niedersachsen von 29 auf 44 Hektar.

Während in Niedersachsen die Viehbestände der flächenabhängigen Tierhaltungsrichtungen (Rinder, Schafe) kontinuierlich abnehmen, ist bei den flächenunabhängigen Tierhaltungszweigen eine Stagnation (Schweine) beziehungsweise Zunahme (Geflügel) zu beobachten. Da grundsätzlich die Anzahl der Tierhalter dramatisch gesunken ist, kann daraus eine zunehmende Konzentration in der Tierhaltung abgeleitet werden.

Jeder zweite niedersächsische Landwirt arbeitet im Nebenerwerb

Mehr denn je gilt für landwirtschaftliche Unternehmen das Motto „Wachsen oder weichen“. Dies ist auch an den ständig steigenden Wachstumsschwellen in der Landwirtschaft zu erkennen. Betriebe, die nicht wachsen können oder wollen, tendieren dazu, im Zuge des Generationswechsels vom Haupterwerb über den



Landwirt oder Betriebswirt? Am Computer (oben) muss der Betriebsleiter von heute sich ebenso auskennen wie im Schweinestall.

Niedersachsen noch 94 000 Betriebe, so hat sich ihre Zahl bis zum Jahr 2001 um 40 Prozent auf 56 000 Betriebe vermindert. Somit haben pro Jahr durchschnittlich vier Prozent der Landwirte aufgegeben. Im selben Zeitraum erhöhte sich die

Nebenerwerb zur Aufgabe zu gelangen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich der hohe Anteil der Nebenerwerbsbetriebe Niedersachsens, der in den letzten 30 Jahren zwischen 40 und 50 Prozent schwankt und sich aktuell auf 46 Prozent

Strom aus Sonnenschein: Für Hofstellen mit großen, nach Süden gerichteten Dachflächen kann der Betrieb einer Photovoltaikanlage eine willkommene Einkommensergänzung bieten.



eingependelt hat. Betriebsleiter, die sich für Wachstum entscheiden, müssen rechtzeitig über Strategien nachdenken, die ihnen helfen, sich den jeweils neuen Rahmenbedingungen anzupassen.

verlagerten, hat dieser Einfluss stetig zugenommen.

Enge Rahmenbedingungen bestimmen das Handeln des Landwirts

Die Maßnahmen und Instrumente der europäischen Agrarpolitik regulieren und reglementieren die Rechte und Pflichten der Landwirte zunehmend. Zusammen mit anderen Einflüssen wie dem gestiegenen außerlandwirtschaftlichen Flächenbedarf, zunehmendem Wohnraumbedarf, steigenden Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur, der Ausweisung von Gebieten zum Zwecke des Natur-, Landschafts- und Gewässerschutzes oder den erheblichen umweltrechtlichen

Bei solchen Flammen ist auch die Feuerwehr machtlos: Gegen das allgegenwärtige Risiko eines Brandes und dem womöglich eintretenden Gebäude- und Produktionsverlust können Landwirte sich durch eine Versicherung schützen, die den Wert der einzelnen Gebäude und deren Bedeutung für die Produktion individuell berücksichtigt.



Als Nahrungsmittelproduzent und Landschaftspfleger ist der moderne Landwirt ein freier Unternehmer in einem streng regulierten Umfeld. Sein betriebswirtschaftliches Handeln wird maßgeblich durch agrarpolitische Entscheidungen der EU beeinflusst. Seit 1957, als die Unterzeichner des EWG-Vertrages die Verantwortung für die Landwirtschaft von den Mitgliedsstaaten auf die europäische Ebene

Genehmigungsanforderungen haben sie beträchtliche Auswirkungen auf die Anpassungsmaßnahmen der landwirtschaftlichen Unternehmer.

Betriebe, die überleben wollen, sind aus betriebswirtschaftlichen Gründen meist zu einem Wachstum der Fläche oder einer Aufstockung des Tierbestandes gezwungen. Das Wachstum erfordert aus

arbeitsorganisatorischen Gründen in der Regel auch eine Spezialisierung. Eine Folge der spezialisierten betrieblichen Ausrichtung kann das Auslagern einzelner Arbeitsgänge sein, etwa in Form von Bewirtschaftungsverträgen oder der Arbeits erledigung durch Maschinenringe oder Lohnunternehmer. Aber auch die intensive Zusammenarbeit produktionstechnisch ähnlich ausgerichteter Betriebe (horizontale Kooperation) in Gesellschaften bürgerlichen Rechts kann dazu dienen, effizienter zu arbeiten und Kostendegressionseffekte zu nutzen.

Neue Betriebsformen bieten Chancen, bergen aber auch Risiken

Eine ergänzende Strategie stellen vertikale Kooperationen dar, die durch produktionswirtschaftliche Anlehnung an vor- und nachgelagerte Handelspartner der Landwirtschaft die Marktposition der Betriebe verbessern. Ein Beispiel ist die definierte Qualitätsgetreideerzeugung des Landwirts, vertraglich vereinbart mit der Mühle und dem Backwarenhersteller.

Weitere Anpassungsmaßnahmen können die Ausrichtung auf die Produktion für spezielle Verbrauchergruppen oder Märkte sein, zum Beispiel „Bio“-Produktion, Direktvermarktung auf Wochenmärkten und in Hofläden bis hin zum „Landwirt als Energiewirt“: Zunehmend nutzen Betriebe die Chancen, die das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) für Erzeuger beispielsweise von Biogas oder von Strom aus Wind und Sonne bietet.

Allerdings bergen Spezialisierungen bei hohem Fremdkapitalbedarf in Verbindung mit zunehmender Abhängigkeit durch einseitige Produktionsausrichtung auch Risiken. Hierzu zählen Markteinbrüche durch Preisverfall oder Absatzstagnation ebenso wie Produktionsausfälle durch Naturgewalten, technische Ausfälle oder Krankheit. Hier gilt es, mit einem ausgewogenen Risikomanagement den Bestand des Betriebes zu sichern.

Die VGH ist ein traditioneller Partner der niedersächsischen Landwirtschaft – nicht nur durch ihre hohe Flächenpräsenz mit



Gegen das Risiko, durch einen Betriebsunfall eine dauerhafte Behinderung davon zu tragen, können sich Landwirte mit einer ausgewogenen Kombination von Pflichtversicherung und privater Vorsorge absichern.

fast 700 hauptberuflichen Vertretungen und 1400 Mitarbeitern, die bis in die kleinste dörfliche Einheit Niedersachsens hinein verwurzelt sind. Seit Gründung der Landschaftlichen Brandkasse Hannover als „Brand-Assecurations-Societaet“ im Jahr 1750, als niedersächsische Bauern erstmals ihre meist reetgedeckten Häuser und Ställe gegen Feuer versichern konnten, bestehen enge Verbindungen zur Landwirtschaft und den Menschen, die in und von ihr leben.

Bäuerliche Familien bilden eine der wichtigsten Kundengruppen der VGH

Die geschichtliche Entwicklung der VGH in enger Nachbarschaft mit den Kunden im ländlichen Raum und ein oft über Generationen gewachsenes Vertrauensverhältnis haben dazu geführt, dass in vielen Dörfern die Landwirte „Haus bei Haus“ VGH-versichert sind. So haben zwei von drei Landwirten im VGH-Geschäftsgebiet ihre Gebäude bei der VGH gegen Feuer Schäden versichert. Insgesamt bildet die Kundengruppe der bäuerlichen Familien mit jährlich rund 160 Millionen Euro an Beiträgen – das sind neun Prozent der gesamten Beitragsseinnahmen – eine der wichtigsten Säulen der VGH.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft fordert vom landwirtschaftlichen Betrieb ein angepasstes Absicherungsprofil, dem die VGH mit einer breit gefächerten und flexiblen Produktpalette begegnet. Unter den Risikobereichen stehen die Vermögenswerte wie die Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie das Inventar (Maschinen, Tiere, Wirtschaftsvorräte) an erster Stelle. Die Zerstörung von Sachwerten etwa durch Feuer, Naturgewalten oder Seuchen bedingt häufig Produk-

nen Angehörige landwirtschaftlicher Betriebe sich schützen müssen.

Ein kluges Risikomanagement sichert das Überleben des Betriebs

Der Versicherungsbedarf landwirtschaftlicher Unternehmen lässt sich in die drei Kategorien der Pflicht-, Privat- und Betriebsversicherungen einteilen. Die Pflichtversicherungen entsprechen den

Die Produkthaftung verschärft sich.

BSE – Nitrofen – Hormon – war da mal was? In der Medienöffentlichkeit werden verseuchtes Fleisch, Gift im Tierfutter und verbotene Masthilfen schnell vergessen. Ihre langfristige Wirkung entfalten sie indes in Vorschriften und Verordnungen zur Sicherheit in der Nahrungsmittelproduktion. Die Folge: In zunehmendem Maße werden dem Landwirt Qualitätsgarantien und -nachweise abverlangt, aus deren Nichteinhaltung sich haftungsrechtliche Konsequenzen ergeben.

Landwirtschaftliche Produkte sind Teil einer Herstellungskette im weiterverarbeitenden Gewerbe. So wird Getreide gemahlen und zusammen mit anderen Inhaltsstoffen zu Brot gebacken. Tiere werden geschlachtet, zerlegt und ebenfalls mit weiteren Zutaten zu verschiedensten Fleischprodukten verarbeitet. Gleiches geschieht mit Gemüse und anderen Feldfrüchten.

Ist das zugelieferte landwirtschaftliche Produkt mangelhaft, belastet oder ungeeignet, wird auch das Endprodukt mangelhaft sein. Nutzlos aufgewendete Kosten für Produktion, unbrauchbar gewordene Inhaltsstoffe und Entsorgung können als Haftpflichtanspruch gegenüber dem Landwirt geltend gemacht

werden. Derartige Vermögensschäden sind bislang nicht durch die landwirtschaftliche Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Deshalb bietet die VGH die „erweiterte Produkthaftpflichtversicherung für landwirtschaftliche Betriebe“ an. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf die Bausteine

- Zusicherung von Eigenschaften;
- Vermischung – Verbindung – Verarbeitung;
- Weiterver- und -bearbeitung.



tionsausfälle. Aber auch in der normalen betrieblichen Praxis können unternehmensfremde Personen oder Sachwerte geschädigt werden. Für derartige Schäden ist der Betriebsinhaber im vollen Umfang zum Schadenersatz verpflichtet.

Und nicht zuletzt ist die Arbeitskraft und Gesundheit der im landwirtschaftlichen Unternehmen Tätigen täglichen Unfall- und Krankheitsrisiken ausgesetzt, vor de-

gesetzlichen Sozialversicherungen. Sie werden in der Landwirtschaft durch die Sozialversicherungsträger der Landwirtschaftlichen Alterskasse (LAK), der Landwirtschaftlichen Krankenkasse (LKK) und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (LBG) vertreten. Zu deren Primäraufgaben zählen

- die Teilsicherung der Altersversorgung, ausgerichtet auf selbstständige Unternehmer, die in eigener Verantwortung



Eine Getreidekultur, die gesund und unbeschädigt bis zur Erntereife heranwächst (unten) – das ist für den Landwirt der Idealfall. Aber die Realität kann anders aussehen: Hier hat ein kräftiger Hagelsturm im Mai den Betriebsmitteleinsatz eines halben Jahres zunichte gemacht.

- ergänzende Vorsorge treffen sollen;
- die Mindestabsicherung im Krankheits- und Pflegefall und
- die Verhütung von und finanzielle Unterstützung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

Der Schutz der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen genügt Mindestansprüchen, ist aber durch private Personenversicherungen zu ergänzen.

Die Privatversicherungen beinhalten zunächst die privaten Personenversicherungen, die sich aus dem Ergänzungsbedarf der Pflichtversicherungen ergeben, wie Lebens-/Renten-, Berufsunfähigkeits-, Unfall- und Kranken-Zusatzversicherung. Dazu gehört aber auch die Versicherung privat eingesetzter Kraftfahrzeuge und des privaten Hausrates.

Die Betriebsversicherungen sind für jeden landwirtschaftlichen Unternehmer von besonderem Interesse. Sie sichern die eigentlichen Vermögenswerte der Betriebe. Die landwirtschaftliche Gebäude- und Inventarversicherung etwa versichert durch Feuer, Leitungswasser und Sturm verursachte Schäden. Die richtig gewählte Versicherungsform, die sich am Nutzungsumfang, der Entwertung und dem Wiederaufbaubedarf der versicherten Gebäude zu orientieren hat, berücksichtigt die individuellen Bedürfnisse des einzel-

nen Betriebes. Umfangreiche Haftungserweiterungen bieten zusätzlichen Nutzen in Bezug auf entstehende Kosten.

Aus Sachschäden resultierende Produktionsausfälle können mit Hilfe von Betriebsunterbrechungsversicherungen ausgeglichen werden. Hierbei finden sowohl die Ertragsausfälle als auch entstehende Mehrkosten Berücksichtigung.



Ein unverzichtbarer Versicherungsschutz ist in der Betriebshaftpflichtversicherung zu sehen, denn gerade die Unvorhersehbarkeit der Schadenart birgt Haftungsrisiken, bei denen die Schadenhöhen leicht

die Existenz eines Betriebes gefährden können. Daneben erfordern die sich verschärfenden Umweltauflagen und zunehmend auch Qualitätsnachweisverpflichtungen die Erweiterung um eine entsprechende Umwelt- und eine erweiterte Produkthaftpflicht-Versicherung (siehe Kasten Seite 10).

Der Bestand an Landmaschinen stellt einen großen Vermögenswert dar

Landwirtschaftliches Handeln wird durch eine immer größer werdende Flut von Gesetzen und Verordnungen bestimmt. Durch die betriebliche Praxis können Rechtskonflikte entstehen, die sich nicht allein mit gutem Willen klären lassen. Mit einer speziellen Landwirtschafts- und Verkehrs-Rechtsschutzversicherung sind die Rechtsrisiken im Unternehmen und im Privatleben abgesichert.

In landwirtschaftlichen Unternehmen wird heute eine Vielzahl von Spezialfahrzeugen und -maschinen eingesetzt. Deren Werte sind erheblich und ihr Einsatz birgt ein ho-

hes Haftungsrisiko. Zur Minderung dieses Haftungsrisikos gegenüber Dritten schreibt der Gesetzgeber bei vielen dieser Kraftfahrzeuge eine Pflichtversicherung vor. Die Maschinen selbst können hinsichtlich ihres Vermögenswertes durch eine Teilkasko- oder Vollkaskoversicherung geschützt werden.

Keine Region und keine pflanzliche Kultur ist vor Hagelschlag sicher. Ernteverluste können ein finanzielles Desaster bedeuten. Die Hagelversicherung schützt den Betrieb vor unerwarteten Ertragsverlusten bei Hagelschlag.

Das Anfang der 90er Jahre festgelegte EU-weite Impfverbot gegen Tierseuchen gab in den vergangenen Jahren immer wieder Anlass zur Sorge – vor allem dort, wo akute Tierseuchen wie Schweinepest oder Tuberkulose auftraten. Die gesetzlich vorgeschriebene Beitragszahlung in die Tierseuchenkasse begründet im Schadenfall die Entschädigung des Tierwertes. Nicht entschädigt wird allerdings der sich unter Umständen über Monate hinziehende und existenzgefährdende

Das Team am VGH-Stand auf der Agritechnica; im Kreis seiner Mitarbeiter (sitzend, vierter von links): Dr. Eduard Middelschulte, Abteilungsleiter „Allgemeine Sachversicherungen-Landwirtschaft“



Messen für Land- und Forstwirtschaft: Die VGH als Gastgeber

Nach Jahren der Wanderschaft findet die „Agritechnica“ seit 1995 in Hannover statt, wo sie von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) im zweijährigen Rhythmus ausgerichtet wird. Mit 1.300 Ausstellern und 240.000 Besuchern ist die Agritechnica die größte Landmaschinenmesse Europas –

Grund genug für die VGH, sich dort mit einem 270 Quadratmeter großen Stand zu präsentieren.

Seit mehr als 20 Jahren ist die VGH mit einem Messestand auch Wegbegleiter von „Pferd & Jagd“, Europas größter Fachmesse für Pferdesport, Jagd und Natur. In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung dieser ebenfalls in Hannover angesiedelten Messe deutlich zugenommen, was sich insbesondere am Zuwachs der Ausstellungsfläche zeigt.

An den Haupttagen beider Messen finden sich bis zu 1.000 Besucher am VGH-Stand ein. In der Regel werden die Kunden von den Vertretungen eingeladen und fahren zum Teil sogar gemeinsam mit Bussen nach Hannover. Unsere Gäste nutzen ihren Besuch auf dem VGH-Stand, um mit den Fachberatern aktuelle Versicherungsthemen zu besprechen oder über Landwirtschaft zu fachsimpeln. Neben einem kleinen Imbiss bietet die VGH ihren Messegästen gern angenommene Abwechslungen durch Gewinnspiele und kulturell geprägte Ausstellungen.

Bestärkt durch die große positive Resonanz der Kunden wird die VGH auch in den nächsten Jahren ihre Messestände als Anziehungspunkt gestalten.

Betriebsspiegel eines 150 Hektar großen Futterbau-Marktfruchtbetriebes

Arbeitskräftebesatz:

Landwirt (55), Ehefrau (47), Sohn (28)

Faktorausstattung:

100 Kühe, 75 Rinder;
40 ha Getreide, 25 ha Mais, 15 ha Raps,
10 ha Industriekartoffeln,
10 ha Stilllegung, 50 ha Grünland;
Fahrzeuge: 3 Schlepper (110, 90, 60 kW);
Maschinen: vollständige Eigenmechanisierung;
Gebäude: Wohnhaus, Boxenlaufstall,
Rinderstall, Maschinenhalle, Remise

Versicherungen

1. Pflichtversicherungen:

Betriebsleiterehepaar:
Landwirtschaftliche Alterskasse
Landwirtschaftliche Krankenkasse
und Pflegeversicherung
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft
Sohn im Angestelltenverhältnis:
Rentenversicherung (LVA)
Kranken- und Pflegeversicherung
Arbeitslosenversicherung

2. Privatversicherungen:

Kapitallebensversicherung mit Berufsunfähigkeitsversicherung der Eltern
Risikolebensversicherung mit Berufsunfähigkeitsversicherung des Sohnes
Gruppen-Unfallversicherung

Kranken-Zusatzversicherungen
KFZ-Privat-PKW Haftpflicht und Teilkasko
Hausrat

3. Betriebliche Versicherungen:

Gebäude: Feuer-/Leitungswasser-/Sturmversicherung
Inventar: Feuerversicherung
Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung
Betriebshaftpflichtversicherung
Umwelthaftpflichtversicherung
Erweiterte Produkthaftpflichtversicherung
Landwirtschafts- und Verkehrs-Rechtsschutz
KFZ-Schlepper Haftpflicht und Teilkasko
KFZ-Betriebs-PKW Haftpflicht und Teilkasko
Hagelversicherung
Tierseuchenversicherung



Hofstelle eines Futterbau-Marktfrucht-Betriebes

Produktionsausfall. Dazu bedarf es einer zusätzlichen Tierseuchenversicherung.

Im Strukturwandel der letzten fünfzehn Jahre hat sich der diversifizierte, klassische Bauernhof mit seinem familiären Betriebscharakter zum spezialisierten, kapitalintensiven, von viel Technik und wenig Personal geprägten Agrarunternehmen entwickelt. Und das Rad des Wandels dreht sich weiter. Darüber, ob die betriebliche Entwicklung sich in Richtung automatisierter Agrarfabriken bewegt, mit satellitengesteuerten, führerlosen Landmaschinen oder Produktionshochhäusern, die über mehrere Etagen Stalleinheiten und Gewächshäuser vereinen, darf spekuliert werden.

Unstrittig ist jedoch, dass die Gesetze des Marktes, steigende Verbraucheran-

sprüche, Tier- und Umweltschutz sowie die agrarpolitischen Rahmenbedingungen in Europa noch stärker als bisher die Praxis der Landwirtschaft bestimmen werden. Entscheidend für den Betriebserfolg wird zukünftig insbesondere die unternehmerische Persönlichkeit des Betriebsleiters sein, der sich trotz spezialisierter Produktion flexible Gestaltungsmöglichkeiten erhalten muss.

In dem Prozess, der auch die betriebliche Risikolandschaft verändert, brauchen Landwirte verlässliche Partner. Die VGH ist in dieser Welt des Wandels eine vertraute Konstante und ein sicheres Fundament. Wir wünschen den niedersächsischen Landwirten unternehmerische Tatkraft und den notwendigen Schuss Optimismus zur positiven Gestaltung ihrer Zukunft.

Modernisieren um die Tradition zu bewahren

Die bereits im Vorjahr begonnene Reorganisation von Kostenstrukturen, Arbeitsabläufen und Kommunikationstechniken fand in dem nicht einfachen Jahr 2003 ihre entschlossene Fortsetzung. Um das wichtigste Geschäftsprinzip – den kurzen Weg zum Kunden – auf Dauer zu sichern, hat sich die VGH in puncto Effizienz ehrgeizige Ziele gesetzt.

Wer bei der VGH versichert ist, weiß stets kompetente Hilfe in seiner Nähe. Diese Sicherheit bestimmt seit zweieinhalb Jahrhunderten unser Verhältnis zu unseren Kunden und bildet die Grundlage für

und der Vertretungen die notwendigen Prozess- und Strukturreformen diskutieren und auf diese Weise gestaltend an unternehmenswichtigen Entwicklungsprozessen mitwirken.

Multiplikation nach der Methode „Vier plus eins“: Bei der Workshop-Kaskade leitete ein Moderator jeweils eine Arbeitsgruppe aus vier Personen, die beim nächsten Workshop selbst als Moderatoren tätig wurden.



die Marktführerschaft der VGH in ihrem Geschäftsgebiet. Eine schlanke Unternehmensstruktur steht keineswegs im Widerspruch zu diesem Anspruch: Gerade um das Geschäftsprinzip der Kundennähe zu bewahren und einen Rückzug aus der Fläche zu vermeiden, muss das Unternehmen in vielen Bereichen effizienter funktionieren.

Die optimale Ankopplung der Geschäftspraxis an das Prinzip Kundennähe war das Motiv einer Veranstaltungsstaffel, der so genannten „Workshop-Kaskade“. Sie fand im Frühjahr 2003 in allen Bereichen der VGH statt. Bei dieser in der Geschichte des Unternehmens einmaligen Aktion konnten alle Mitarbeiter der VGH, der ivv

In zahlreichen Gesprächsrunden erwies sich die Workshop-Kaskade unter dem Titel „Erfolg mit System“ als zielsicheres Diagnose-Instrument für die wichtigsten „Baustellen“ der VGH:

- die Optimierung der Geschäftsprozesse für eine noch bessere Kundenorientierung;
- der unternehmensweite Einsatz von „iVAS“, dem netzwerkgestützten Versicherung-Anwendungssystem unseres hauseigenen IT-Dienstleisters „ivv“;
- die Neuausrichtung der Regionaldirektionen;
- die Einführung der Team-Organisation in der Direktion;
- die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen ivv und VGH.

Die IT-Anwender benötigen einfache, aber leistungsfähige Systeme

Um die Qualität der IT-Dienstleistungen zu prüfen, wurde eine Compass-Studie durchgeführt, die nicht nur die ivv, sondern auch die mit ihr eng kooperierenden technischen Abteilungen der VGH unter die Lupe nahm. Begleitend konnten die Mitarbeiter als Anwender die EDV-Systeme vor allem hinsichtlich ihrer Servicefunktion bei der Kundenbetreuung in einer Umfrage beurteilen.

Die Studie offenbarte Produktivitätsschwächen bei der Neuentwicklung und unterdurchschnittliche Werte bei der Wartung bestehender Systeme. Parallel dazu ergab die Umfrage Handlungsbedarf bei der Geschwindigkeit und Stabilität der Netzwerkverbindungen.

Als Konsequenz aus der Studie wird zurzeit in den EDV-Stäben der VGH eine Aufgaben- und Funktionsanalyse durchgeführt. Diese Analyse soll dabei helfen, für die Neuordnung der Zusammenarbeit zwischen ivv-Anwendungsentwicklung und VGH-EDV-Koordination die notwendige Transparenz zu schaffen

Dabei muss die Aufgabenverteilung zwischen ivv und VGH bezüglich der Fertigungstiefe in der Anwendungsentwicklung neu geordnet werden. Parallel dazu wird geprüft, welche Synergieeffekte durch eine engere Zusammenarbeit von VGH und ivv beispielsweise in den Bereichen „Controlling“, „Rechnungslegung“ und „Zentrale Beschaffung“ erzielt werden können.

Eine andere „Baustelle“ der VGH heißt „Optimierung der Geschäftsprozesse“. Hierfür wurde Anfang 2003 ein Lenkungskreis eingerichtet, der alle diesbezüglichen Aktivitäten koordiniert und mit den einzelnen Abteilungen abstimmt. Neben der grundlegenden Aufgabe, Prozesssicht und Prozessdenken in allen Bereichen der VGH zu verankern, initiierte der Lenkungskreis ein Kurzfristprogramm, mit dem Prozessabläufe in verschiedenen Funktionsbereichen der VGH konkret verbessert werden.

So steht beispielsweise bei der Personenversicherung Leben/Unfall eine Reduzierung der Prozess-Durchlaufzeiten und -Kosten sowie die Schaffung von Aktionsfreiräumen für die Mitarbeiter auf der Agenda.

Von den vereinbarten Maßnahmen versprechen sich die Verantwortlichen eine höhere Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit. Weiteren Optimierungsbedarf sieht der Lenkungskreis in der internen Bürokommunikation, wobei vor allem Quantität und Qualität der IT-Nutzung erhöht werden sollen.

Eine Aufgabe, die das Unternehmen auch im Jahr 2004 beschäftigen wird, betrifft die Strukturveränderung der Regionaldirektionen. Diesen Prozess hat der Lenkungskreis durch eine grundsätzliche Erörterung im Oktober 2003 eröffnet. Vordringlich geht es darum, die gesteigerten Erwartungen der VGH-Vertriebspartner durch eine stärkere Vertriebsunterstützung zu erfüllen.

Ferner sollen Arbeitsprozesse einfacher und schneller ablaufen, um positive Kosteneffekte zu erreichen. Auch soll die quantitative und qualitative Steuerung des Geschäfts intensiviert werden. Die bisherigen Stärken der VGH, vor allem die Präsenz in der Fläche, sollen sich weiterentwickeln.

Die neue Führungsstruktur der VGH heißt „Teamorganisation“

Eine Veränderung, die in den Regionaldirektionen bereits erfolgreich praktiziert wird, hat 2003 auch in der Direktion in Hannover erste Wellen geschlagen – die Teamorganisation. Mit diesem Systemwechsel in der Führungsstruktur soll die Gemeinschaftsleistung der Mitarbeiter in den Vordergrund rücken sowie Entscheidungsfreude, Eigenverantwortlichkeit und Kompetenz des Einzelnen besser gefördert werden.

Teamorganisation reduziert Hierarchieebenen, motiviert Mitarbeiter und aktiviert auf diese Weise Optimierungspotenziale

Auf einem Führungskräfte-Seminar zum Thema „Veränderungsmanagement“ bewahren die Teilnehmer im Laufen eine Runde kippelnder Stühle vor dem Umfallen – eine Aktion, die nur im Team funktioniert.



in der betrieblichen Leistung – im Sinne größtmöglicher Kundenzufriedenheit.

Ein wichtiger Schritt dahin ist der Vorstandsbeschluss vom 1. März 2004, wonach die Führungsstruktur unterhalb der

Vorstandsebene VGH-weit grundsätzlich zweistufig gestaltet wird: in den Regionaldirektionen in Form von Regionaldirektor und Abteilungsleiter/Organisationsleiter (wie schon vorhanden); in der Direktion in Form von Direktor/Abteilungsleiter und Abteilungsleiter. In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorstand nach einer Funktionsanalyse eine variable Anpassung der Führungsstruktur beschließen. Somit ist unternehmensweit eine weitgehend einheitliche Organisationsstruktur gewährleistet.

Prozessbegleiter unterstützen die Teambildung und -entwicklung

Fast alle Führungskräfte der Direktion haben 2003 dazu am Seminar „Veränderungsmanagement“ teilgenommen und sich so auf den Einführungsprozess der Teamorganisation eingestimmt. Zudem haben mehrere Interviewteams unter den VGH-Mitarbeitern 14 Prozessbegleiter ausgewählt, die ihre Ausbildung von November 2003 bis Februar 2004 durchlaufen haben.

Diese Mitarbeiter sollen durch strukturierte Moderationstechnik die Gruppenentwicklung und Zielfindung von Teams unterstützen und in Konfliktsituationen zielorientiert intervenieren. Die Teamorganisation wird in der Direktion ab April 2004

schrittweise eingeführt und mit den größten Projekten der VGH, der „Zusammenarbeit von ivv und VGH“ sowie der „Regionaldirektion der Zukunft“ eng verzahnt.

Der Gesamttrahmen des anstehenden Veränderungsprogramms war das zentrale Thema des „Strategie-Forums 2003“ Anfang Oktober, auf dem sich rund 50 Multiplikatoren aus dem Innen- und Außendienst der VGH über die aktuellen Handlungsfelder informieren und konkrete Maßnahmen anregen konnten. Auch bei der Leitungskreistagung im November, auf der die Führungskräfte der VGH den Unternehmensplan 2004 und die künftigen strategischen Herausforderungen diskutierten, standen diese Themen auf der Tagesordnung.

Mit dem Ziel, Führungskräftenachwuchs im eigenen Haus zu rekrutieren, ging das Projekt „Fördernetzwerk“ im August in die zweite Runde. Bei diesem speziell zur Führungsnachwuchsförderung eingesetzten Personalentwicklungsinstrument erhalten geeignete Bewerber als Team Gelegenheit, außerhalb ihres Aufgabebereichs für die Dauer eines Jahres ein besonderes Thema zu bearbeiten und Erfahrungen mit Führungssituationen zu sammeln.

Nachdem die Pilotphase mit sechs Absolventen im Herbst 2002 einen erfolgreichen Abschluss gefunden hatte, konnten sich eine Kandidatin und sieben Kandidaten für das zweite Netzwerk qualifizieren. Als Pate begleitet Dr. Robert Pohlhausen, der Vorstandsvorsitzende der VGH, das Team – ein wichtiges Signal für die Bedeutung von Personalentwicklung bei Führungspositionen. Die Gruppe hat sich die Aufgabe gestellt, gemeinsam ein neues Konzept zur Akquisition junger Kunden (Alter 18–29 Jahre) zu entwickeln.

Das Traineeprogramm der VGH – ein attraktives Karrieresprungbrett für Uni-Absolventen

Insgesamt neun Trainees durchlaufen seit 2003 das Traineeprogramm der VGH, davon zwei Mitarbeiter aus den eigenen

Reihen. Unter den fünf Innendienst-Trainees sind die Fachrichtungen Jura, Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsinformatik und Agrarwissenschaften vertreten. Für den angestellten Außendienst wurden vier Trainees, darunter zwei Frauen, überwiegend für die Personenversicherungen ausgebildet.

Um geeigneten Vertreternachwuchs zu rekrutieren, wurde 2003 eigens das Assessment-Center „Übernahme einer Vertretung“ neu konzipiert. Damit reagierte die VGH auf die Anforderungen, denen sich VGH-Vertreter aktuell gegenüber sehen.

Praxisnähe ist das Hauptkriterium für die neu gestaltete Form des Assessment-Center

Ziel der Überarbeitung waren die Unterstützung der vertrieblichen Ziele, die bestmögliche Besetzung der Vertretungen und die optimale Unterstützung der Regionaldirektionen bei der Auswahl von neuen hauptberuflichen Vertretern.

Die neu gestaltete Form des Assessment-Center (AC) orientiert sich stärker als bisher am Arbeitsalltag in einer Vertretung. Die Praxis bestimmt auch das für die Bewerber geltende Anforderungsprofil: Kriterien sind Motivation, Strukturierungsfähigkeit, Souveränität, Sensibilität, Kommunikation, Teamfähigkeit, Führungsverständnis, Aufgabensteuerung und Verantwortungsbereitschaft. Neu ist auch, dass jeder Assessment-Beobachter vorab an einer eintägigen Beobachter-schulung teilnimmt, um das geänderte Verfahren kennen zu lernen.

Das Unternehmen bietet mindestens einmal im Quartal ein Assessment-Center an. Bei Übernahme einer Vertretung bilden die Ergebnisse die Basis für unterstützende Personalentwicklungsmaßnahmen vor Ort.

Im August 2003 haben 37 Auszubildende im Innendienst (davon zwei bei der Öffentlichen Versicherung Bremen) und 58 Auszubildende im Außendienst einen Ausbil-

dungsvertrag erhalten. Andererseits konnte die VGH nicht alle Auszubildende, die im Januar 2004 ihre Prüfung abgelegt haben, auf eine unbefristete Stelle übernehmen. Deshalb bietet das Unternehmen den zur Übernahme vorgesehenen Absolventen, die mobil sind, einen Jahresvertrag an. Der Einsatz orientiert sich am regionalen Bedarf und findet unter anderem in verschiedenen Vertretungen statt.

Um den Personalkostenanstieg zu begrenzen, wurde für das Jahr 2004 eine Reduzierung des Personalbestands um 15 Mitarbeiterkapazitäten als Unternehmensziel aufgestellt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen VGH und ivv mindestens 35 Stellen abbauen. Aus dem Aneinanderrücken beider Unternehmen und dem konsequenten Einsatz von iVAS und anderer IT-Anwendungen in den Regionaldirektionen ergeben sich weitere Potenziale, Personal einzusparen oder in neue Aufgaben umzulenken.



Das neue Fördernetzwerk (von links): René Arand, Jörg Porath, Thomas Löschke, Jan-Wiard Eilers, Heike Lindner, Hermann Kubis, Dr. Matthias Brake, Stefan Kilz

Einen bedeutenden Meilenstein beim Rollout von iVAS markiert der 16. Oktober 2003. An diesem Tag wurde in Clenze die letzte von 664 Vertretungen an das System angeschlossen. Damit können jetzt fast 2000 Außendienstmitarbeiter iVAS für die fallabschließende Vertragsbearbeitung einsetzen. Mittlerweile wird bereits die Hälfte des Geschäfts auf diese Weise abgewickelt.

Dieser Erfolg basiert auf einer gründlichen Ausbildung der Mitarbeiter am System. Sie bestand bislang aus der iVAS-Präsenzschulung, vorbereitet durch das Selbstlern-Programm MILVA (multimediales interaktives Lernprogramm für Versicherungsvertreter im Außendienst). Durch die Einführung dieser Lern-Software, mit der die Außendienstmitarbeiter zeit- und ortsunabhängig arbeiten, konnten die Seminartage für die iVAS-Grundausbildung

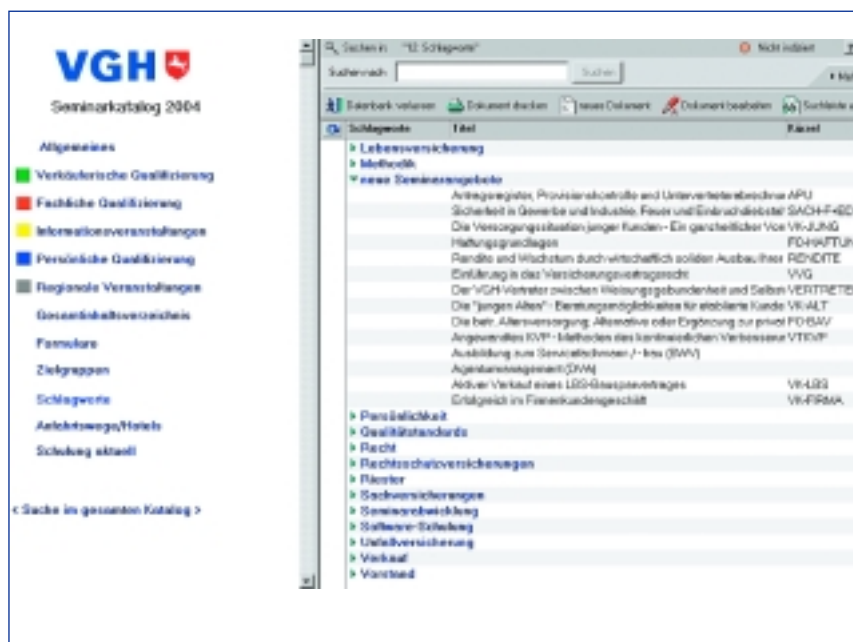
deutlich reduziert werden. Aufbauend auf diesen guten Erfahrungen hat die Abteilung Marketing/Schulung 2003 das Selbstlerninstrument „M-iVAS“ entwickelt – eine völlig neue Software zur individuellen Gestaltung von Selbstlernphasen. Es unterstützt die Anwender zeitnah beim Erlernen neuer iVAS-Versionen und vermittelt ihnen in drei Lerneinheiten von zehn Minuten Länge Sicherheit im Umgang mit dieser Plattform.

Seminarangebote in Zeiten des Wandels

Übersichtlicher, mit schnellem Zugriff auf die wichtigsten Infos und vereinfachter Suchfunktion – so präsentiert sich der Seminarkatalog 2004 im Intranet der VGH. Damit hat das Unternehmen direkt auf die Ergebnisse der Bildungsbedarfsanalyse reagiert, die im September 2003 per Online-Befragung ermittelt wurden. Danach waren 79 Prozent der Mitarbeiter und 91 Prozent der Führungskräfte mit der Organisation von Trainingsmaßnahmen bei der VGH im Großen und Ganzen zufrieden. Kritisiert wurde dagegen der Mangel an Übersichtlichkeit im Fortbildungsangebot. Weiterbildungsbedarf äußerten die Befragten nicht nur in den fachspezifischen Themen sondern auch

im Bereich der persönlichen Selbstorganisation und der internen Kommunikation.

Der Seminarkatalog 2004 trägt diesen Wünschen ebenso Rechnung wie dem sich wandelnden Marktumfeld und den Veränderungen im Unternehmen. So gibt der sich abzeichnende Systemwechsel im Bereich der Sozialversicherungen Anlass, die Themen Krankenversicherung und Altersvorsorge verkäuferrisch wie fachlich in den Vordergrund zu stellen. Und intern erfordert das zum Jahresende vollendete Rollout von iVAS verstärkt Angebote zur Erlangung von IT-Kompetenz. Neu im Angebot ist auch ein Seminar „Kontinuierliches Verbesserungsmanagement“.



E-Learning bei der VGH

Die VGH hat das eigenständige Lernen ohne Lehrer am PC – das so genannte „E-Learning“ – erst eingeführt, als die erste Euphorie über diese angeblich schnellste, effektivste und kostengünstigste Methode betrieblicher Aus- und Weiterbildung schon abgeklungen war. Heute wissen Fachleute auch die Nachteile dieser Lernmethode realistisch einzuschätzen.

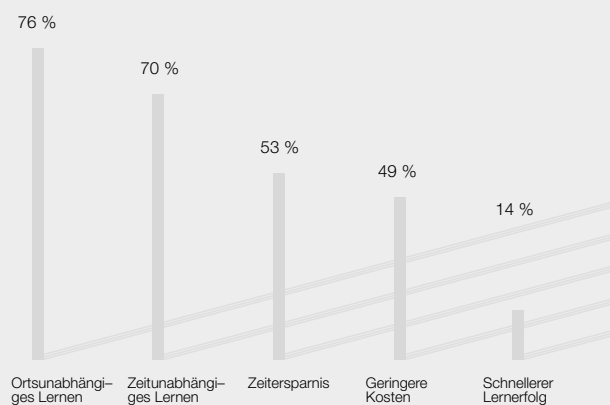
E-Learning setzt eine grundlegende Akzeptanz beim Lernenden voraus und verlangt von ihm ebenso viel Selbstdisziplin wie Selbstlernkompetenz. Und diese Fähigkeiten wollen zuerst vermittelt sein, damit die Vorteile der Methode zur Entfaltung kommen können. Die Einführung von E-Learning ist somit immer eine Investition für die Zukunft.

Die wesentlichen Vorteile von E-Learning bestehen darin, dass neue Lerninhalte kurzfristiger zur Verfügung gestellt und sofort einer größeren Anzahl von Mitarbeitern zugänglich gemacht werden können – was aber konventionelle Schulungsmaßnahmen mit der direkten menschlichen Betreuung durch Ausbilder nicht ersetzen wird. Moderne Aus- und Weiterbildungskonzepte sehen daher einen gemischten Einsatz digitaler und konventioneller Lerninstrumente vor – so genanntes „Blended Learning“.

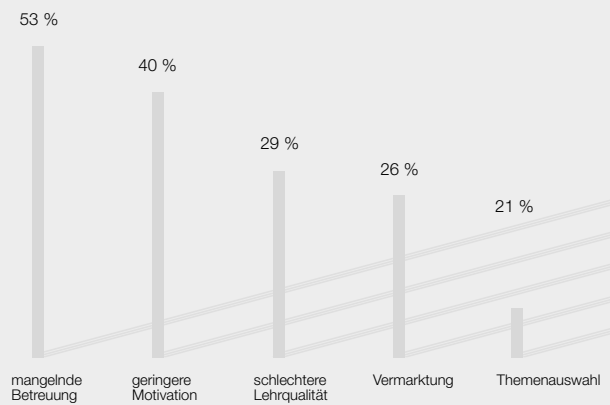
Derzeit sieht die Abteilung Marketing/Schulung ihren Auftrag in der Integration von E-Learning in die bestehende Aus- und Weiterbildungskultur.

Dabei verfolgt die Abteilung vorrangig das Ziel, die Vermittlung reinen Faktenwissens zugunsten von Vertriebsthemen in Selbstlernphasen auszulagern. Des Weiteren sollen die Selbstlern- und Medienkompetenz der Mitarbeiter gefördert sowie Kostensenkungspotenziale ermittelt werden.

Vorteile



Nachteile



Das erwarten Lernende vom E-Learning (in Prozent der Antworten)
Quelle: Mummert Consulting 2002

Neues wagen – und das Wertvolle bewahren

In ihrem dritten Wirkungsjahr hat die VGH-Stiftung erneut ihr Gespür für das Besondere unter Beweis gestellt. Unter den 31 Initiativen und eigenen Vorhaben, die 2003 mit Fördermitteln in Höhe von insgesamt rund 500 000 Euro unterstützt wurden, setzen vor allem die Projekte in der Bau- und Gartendenkmalpflege einen ganz eigenen Akzent.

Ein wenig unscheinbar und heruntergekommen, erweckt das „Haus der Gemeinde“ in Steinhorst, Landkreis Gifhorn, nicht gerade einen erhaltenswerten Eindruck. Und dennoch: Das Gebäude mit 1000 Quadratmeter Nutzfläche, das 1911 als Lehrlingswohnheim eines Ausbildungsgutes für jüdische Landwirte geplant und errichtet wurde, ist in Niedersachsen das einzige nahezu vollständig erhaltene Bauwerk von Heinrich Tessenow. Der Architekt, der vor allem durch die Umgestaltung der Neuen Wache in Berlin bekannt wurde, berücksichtigte bei seinen Entwürfen grundsätzlich ethisch-soziale Ansprüche. „Klarheit, Einfachheit und Würde der Form – so heißt die Lösung wahrhaft moderner Baukunst.“: Dieses Credo hat Tessenow in dem Lehrlingswohnheim überzeugend verwirklicht. Seit 1988 steht das Gebäude unter Denkmalschutz. Für die längst fällige Sanierung hat die VGH-Stiftung im Förderbereich Wissenschaft eine Machbarkeitsstudie finanziert, die Bau- und Schadensaufnahme sowie ein Nutzungskonzept zum Inhalt hat.

Im Förderbereich Kultur/Denkmalpflege konnte die Lindenallee auf dem Rittergut

in Böhme, Landkreis Soltau-Fallingb., mit Stiftungsmitteln saniert werden. Die Gutsanlage aus dem Jahr 1715 mit barockem Herrenhaus, Wassermühle, Taubenhaus, Gutskapelle und Landschaftspark erfreut sich bei vielen Veranstaltungen – Gottesdiensten, Familienfeiern, Konzerten – zahlreicher Besucher. Der schlechte Zustand der Lindenallee zwischen dem Herrenhaus und dem Flösschen Böhme machte eine Neuanpflanzung erforderlich. Die im November eingesetzten 40 neuen Linden mit einer Größe von acht Metern stellen die historische Allee wieder her und vervollständigen das Gesamtensemble.

Kinder von MS-Patienten sind besonderen Belastungen ausgesetzt

Im Förderbereich Mildtätigkeit konnte eine Kinderfreizeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) gefördert werden, die in Niedersachsen 4000 MS-Patienten betreut. Diese Freizeiten gehören zum Betreuungsprogramm der DMSG, weil die Kinder von MS-Kranken häufig erhöhten Anforderungen und Belastungen ausgesetzt sind. Hinzu kommt,



Der Bibliothekspreis 2004 ging an die „Stadtbibliothek KÖB“ in Georgsmarienhütte. An der festlichen Preisverleihung nahmen teil (von links): Dr. Georg Ruppelt, Direktor der Nieders. Landesbibliothek; Klaus Tisson, VGH-Regionaldirektor; Friedrich v. Lenthe, VGH-Stiftungsvorstand und Vorsitzender der VGH-Aufsichtsräte; Winfried Hartmann, Vorsitzender des Landesverbandes des Deutschen Bibliotheksverbandes; Ministerpräsident Christian Wulff; Anne Lohe, Leiterin der Stadtbibliothek KÖB; Heinz Lunte, Bürgermeister von Georgsmarienhütte



dass viele Familien aufgrund der Krankheit finanzielle Einschränkungen hinnehmen müssen und sich einen gemeinsamen Urlaub nicht regelmäßig leisten können. Während der Kinderfreizeit, die 2003 auf Langeoog stattfand, genossen 16 Kinder niedersächsischer MS-Patienten ein wenig Urlaub vom anstrengenden Alltag. Bei Sport, Spiel und Gesprächen konnten sich die Kinder erholen und danach unbeschwerter in ihre Familien zurückkehren.

Was lesen „Bücherprofis“? In einer Veranstaltungsreihe stellten Experten ihre Lieblingswerke vor

Im Förderbereich Kultur/Literatur organisierte die VGH-Stiftung die dreiteilige Veranstaltungsreihe „Lesen!?! Was ihr wollt.“ Die Reihe griff die Debatte um den literarischen Bildungskanon auf, indem „Bücherprofis“ ihre Lieblingsbücher vorstellten. Ein illustrierter Kreis von Experten – Autoren, Literaturveranstalter und Verleger – diskutierte an unterschiedlichen Veranstaltungsorten mit Interessierten jeden Alters literarische Werke eigener Wahl – Klassiker wie Neuerscheinungen, bekannte und weniger bekannte Bücher. Die drei Veranstaltungen rundeten den Förderbereich „Literatur“ ab.

Im Förderbereich Kultur/Bildende Kunst wurde unter anderem die Umweltwerkstatt im „ElbSchloss Bleckede“ mit neuen Materialien ausgestattet – Obstpressen, Wasser-Untersuchungskoffer und Handkarren. In dieser Umweltwerkstatt können Kinder die Kulturlandschaft Elbe erleben und buchstäblich begreifen. Dabei berücksichtigen die Umweltpädagogen den Forscherdrang der Kinder ebenso wie die künstlerisch-sinnliche Annäherung an die Landschaft. So können Kin-

der Bilder aus Schafwolle filzen und zugleich etwas über die Rolle der Schafe in der Landschafts- und Deichpflege lernen. Die VGH-Stiftung bewertete die Umweltwerkstatt im ElbSchloss Bleckede als geeignetes Projekt, um ihren Schwerpunkt „Wissens- und Wertevermittlung an Kinder und Jugendliche“ weiter zu vertiefen.

Selbstvergessen erforschen Kinder die Welt des Wassers: Umwelterziehung im „ElbSchloss Bleckede“ (links)

Alles auf einen Blick: Die Förderprojekte der VGH-Stiftung im Jahr 2003

Wissenschaft

- Wissenschaftliches Begleitbuch zum Ausstellungsprojekt Burg Plesse / König Georg V.
- Kongress „bilden mit kunst“ des Landesverbandes der Kunstschulen
- Gutachten zur Restaurierung des Mausoleums Stadthagen
- Biografie über Georg II. – Herrscher zwischen England und Hannover
- Machbarkeitsstudie zur Sanierung vom „Haus der Gemeinde“ in Steinhorst
- Einrichtung eines Masterstudiengangs „Kunst- und Kulturvermittlung“ der Universität Bremen

Kultur

Denkmalpflege

- Restaurierung des Schlossparks Wisbergholzen
- Darstellung der Geschichte und kulturhistorischen Bedeutung der Gutsgärten im Elbe-Weser-Raum
- Bestrahlung der Scharnhorst-Bibliothek aus dem Bestand der Wehrbereichsbibliothek II
- Sanierung der Konstruktion und Erneuerung des Fassadenbehanges auf Untergut Lenthe
- Wiederherstellung der Graft auf dem Rittergut Apelern
- Sanierung der historischen Lindenallee im Gutspark Böhme
- Restaurierung von Altarschrein und Triumphkreuz der Klosterkirche Loccum

Bildende Kunst

- Museumspädagogik im Deutschen Sielhafenmuseum
- Entwicklungskonzept Museumspädagogik, Kultur-/Naturgeschichte und Ökologie im Erich-Weniger-Haus
- Materialien für die Umweltwerkstatt im „ElbSchloss Bleckede“
- Museumspädagogisches Kreativ-Projekt „Flechtwerklabrynth“ in Lüchow-Dannenberg
- Museumspädagogisches Konzept zur Geschichtsvermittlung im Freilichtmuseum am Kiekeberg
- Kinder-Lesebuch „Moritz sucht die Varusschlacht“ im Museum Kalkriese

Literatur

- Projekt „Kinderbücher der Aufklärungszeit“ in der Pauliner Kirche, Göttingen
- Literaturveranstaltungen im Rahmen der Israelischen Kulturwochen Niedersachsen 2003
- Herbstprogramm von „BELLA triste“ in Hildesheim
- 40. Niedersächsische Literaturtage 2003 in Hannover
- Literaturprojekt „Springe liest“
- Diskussionsveranstaltungsreihe „Lesen!?! Was ihr wollt!“
- „Buchlust 2003“ im Literaturbüro Hannover
- Projekt „Experiment Geschwindigkeit“ in Göttingen
- Kinderbuchpreis „Nordstemmer Zuckerrübe“ für 2004
- Veranstaltungsreihe „Texte und Töne“ für 2004

Mildtätigkeit

- Projekt „Kinderfreizeit“ des DMSG-Landesverbandes
- Gründung einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft des Vereins Lebensbaum in Osterode

Mitarbeiter-Jubiläen 2003

40 Jahre

■ April 2003

Harborth, Claus	Regionaldirektion Hannover-Land, Kundenberatung Vertrag
Walther, Hans-Georg	Abteilungsleiter, Personal- und Sozialwesen

■ Juli 2003

Lühn, Josef	Regionaldirektion Lingen, Kundenberatung Vertrag
-------------	---

25 Jahre

■ März 2003

Groenefeld, Edzard	Schadencontrolling
Meents-van Vliet, Marion	Kraffahrt Großkunden
Thesing, Heinz	Regionaldirektion Lingen, Gebietsleiter Personenversicherungen

■ April 2003

Allner, Uwe	Abteilungsleiter, Regionaldirektion Hildesheim, Kundenberatung Vertrag
Falkenberg, Ulrich	Feuerwehr-Unfallkasse Hannover
Hanske, Wolfgang	Regionaldirektion Nienburg, Kundenberatung Schaden
Jaunich, Volker	Regionaldirektor, Regionaldirektion Lüneburg, Betrieb
Müller, Gustav-Peter	Regionaldirektion Hameln, Kundenberatung Vertrag
Nuß, Dieter	Regionaldirektion Hameln, Gebietsleiter Sachversicherungen
Pfeiffer, Klaus	Regionaldirektion Lüneburg, Kundenberatung Schaden
Snippe, Heinrich	Regionaldirektion Lingen, Kundenberatung Schaden

■ Mai 2003

Losch, Sybille	Regionaldirektion Lüneburg, Kundenberatung Vertrag
Rieck, Dörte	Regionaldirektion Stade, Kundenberatung Vertrag Kraffahrt

■ Juni 2003

Karthäuser, Sigrid	Regionaldirektion Celle, Kundenberatung Vertrag Kraffahrt
Neils, Klaus	Regionaldirektion Lüneburg, Schulungsleiter
Polz-Osterhagen, Eva-Maria	Regionaldirektion Hannover, Kundenservice
Schleweis, Hans-Jürgen	VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Mannheim

■ Juli 2003

Göhlmann, Harald	Marketing/Werbung/Incentives
Granert, Günther	Regionaldirektion Hildesheim, Kundenberatung Schaden

Jubiläum

Israel, Günter
Kurland, Michael

Abteilungsleiter, Marketing
Regionaldirektion Göttingen,
Kundenberatung Schaden
Regionaldirektion Hannover, Zentrale Aufgaben
Industrie-Haftpflicht
Regionaldirektion Celle,
Kundenberatung Schaden
Kraftfahrt Großkunden

Mader, Maren
Mruwka, Ursula
Schmidt, Silvia

Vogt, Erika

■ August 2003

Böhme, Wolfram

Regionaldirektion Lüneburg,
Kundenberatung Vertrag

Buyna, Frank

Regionaldirektion Lingen,
Kundenberatung Vertrag

Heck, Michael
Herz, Franz-Josef

Industrielle Sachversicherungen
Regionaldirektion Lingen,
Kundenberatung Vertrag

Hugo, Ina
Möller, Gudrun
Osten, Jeanette
Pustlauk, Andreas
Schmidt, Stefanie

Industrielle Sachversicherungen
Schaden-Haftpflicht-Direktion
Leben-Unfall
Rückversicherung
Verwaltungsabteilung

Werry, Marianne
Willam, Brigitte
Wittenberg, Cornelia
Wolf, Clemens

Leben-Vertrag
Vertrieb/Provisionen
Leben-/Unfall-Mathematik
Grundsatzfragen Sachversicherung

■ September 2003

Hund, Thomas
Knorr, Heinz
Menzel, Dieter

Schaden Zentral
Abteilungsleiter, Rechtsabteilung
Regionaldirektion Hameln,
Kundenberatung Schaden

■ Oktober 2003

Albert, Volker
Badenberg, Heinz
Berg, Thomas
Kober, Elke
Kopplin-Müller, Reinhold
Krämer, Hildegard

Marketing/Schulung
Abteilungsleiter, Vorstandsreferat/Revision
Regionaldirektion Hannover, Leben-Vertrag
Leben-Unfall
Leben-Unfall
Regionaldirektion Lingen,
Kundenberatung Vertrag Kraftfahrt

Krummradt, Monika
Thiemeyer, Heinz

Regionaldirektion Hannover, Zentrale Aufgaben
Regionaldirektion Hildesheim,
Gebietsleiter Krankenversicherung

Wordtmann, Jürgen

Regionaldirektion Hameln,
Kundenberatung Schaden

■ November 2003

Blum, Maija
Meyer, Käthe
Möhring, Andreas

Regionaldirektion Celle, Zentrale Aufgaben
Landesdirektion Ostfriesland, Vertrieb
Leben-Unfall



Landschaftliche Brandkasse Hannover

Provinzial Lebensversicherung Hannover

Brandkassenausschuss (Trägerversammlung) der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

■ D. Horst Hirschler
Landesbischof i. R., Abt zu Loccum,
Präsident der Calenberg-
Grubenhagenschen Landschaft,
Rehburg-Loccum,
Vorsitzender

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
stellv. Vorsitzender

■ Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof,
Krs. Wolfenbüttel

■ Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

■ Andreas Graf v. Bernstorff
Rechtsanwalt und Notar,
Land- und Ritterschaftssyndikus,
Celle

■ Martin Biermann
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Celle

■ Heinrich Blanke
Bürgermeister, Grasberg,
Krs. Osterholz

■ Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e. V.,
Meppen

■ Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn

■ Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

■ Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim

■ Rainer Fabel
Landwirt, Landschaftsrat, Suhlendorf,
Krs. Uelzen

■ Dietrich Freiherr v. Hake
Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Emmerthal, Rittergut Ohr,
Krs. Hameln-Pyrmont

■ Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat,
Stade

■ Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz

■ Burchard Hillmann-Köster
Landwirt, Uenzen, Krs. Diepholz

■ Goetz von Hohnhorst
Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der
Landschaft des ehem. Fürstentums
Lüneburg, Hohnhorst, Krs. Celle

■ Dieter Hüseemann
Bürgermeister, Rehburg-Loccum

■ August Kappey
Landwirt, Negenborn/Einbeck,
Krs. Northeim, seit 1. 1. 2004

■ Adolf Knölke
Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Region Hannover

■ Lothar Koch
MdL, Landschaftsrat,
Duderstadt

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden, Obergut
Lenthe, Region Hannover

■ Horst Lükig
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Steimbke, Krs. Nienburg

■ Ulrich Mädge
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

■ Herbert Meistering
Stadtdirektor, Landschaftsrat, Uslar

■ Joh. Arendt Meyer zu Wehdel
Landwirt, Landschaftsrat,
Badbergen, Krs. Osnabrück,
seit 21. 3. 2003

■ Georg Mönter
Landwirt, Landschaftsrat,
Eielstädt, Bad Essen, Krs. Osnabrück,
bis 21. 3. 2003

■ Georg Rahfs
Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

■ Hans Heinrich Rohlfing
Landwirtschaftsmeister, Landschaftsrat,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont

■ Erich Sander
Ing. agr., Landwirt, Nette,
Krs. Hildesheim

■ Hermann Schlüter
Landwirt, Einbeck, Krs. Northeim,
bis 31. 12. 2003

■ Reinhard Sliwka
Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

■ Jürgen Stegemann
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident der
Hoya-Diepholzischen Landschaft,
Hilgermissen, Rittergut Mehringen,
Krs. Nienburg

■ Dr. Hans-Detlev Freiherr v. Stietencron
Emmerthal, Gut Welsede,
Krs. Hameln-Pyrmont

■ Hans-Peter Suermann
Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

■ Gerhard Teichmann
Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Gleichen, Krs. Göttingen

■ Stephan Weil
Stadtkämmerer, Landschaftsrat,
Hannover

Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Ehrevorsitzender

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Ehrevorsitzender

■ Karl-Heinz Dahlke
Schulungsleiter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Langenhagen,
bis 1. 4. 2003

■ Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

Ordentliche Mitglieder

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden,
Obergut Lenthe, Region Hannover,
Vorsitzender

■ Wolfgang Denia
Landesbezirksleiter, Gewerkschaft ver.di,
Ronnenberg, seit 1. 4. 2003

■ Anja Hockmann
Gewerkschaftssekretärin,
Gewerkschaft ver.di, Hameln,
seit 1. 4. 2003

■ Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

■ Goetz von Hohnhorst
Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der Land-
schaft des ehem. Fürstentums Lüneburg,
Hohnhorst, Krs. Celle,
bis 1. 4. 2003

■ Jochen Berendsohn
Vorsitzender des örtlichen Personalrats
der VGH-Direktion, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

■ Horst Lükling
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Steimbke, Krs. Nienburg

■ Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof,
Krs. Wolfenbüttel, seit 1. 4. 2003

■ Bernd Meyer
Senator a. D., Verbandsdirektor,
Verband der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen e. V.,
Hannover

■ Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

■ Nadine Nebel
Gebietsleiterin der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
seit 1. 4. 2003

■ Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e.V., Meppen

■ Georg Rahlfs
Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle,
seit 1. 4. 2003

■ Klaus Busch
stellv. Geschäftsführer,
Gewerkschaft ver.di, Bremen,
bis 1. 4. 2003

■ Erich Sander
Ing. agr., Landwirt,
Nette, Krs. Hildesheim,
bis 1. 4. 2003

■ Dr. Manfred Sohn
Mitglied des Gesamtpersonalrats
der VGH, Edemissen

■ Eva Stahl
stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonal-
rats der VGH, Appel, Krs. Harburg

■ Jürgen Stegemann
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident
der Hoya-Diepholzchen Landschaft,
Hilgermissen, Rittergut Mehringen,
Krs. Nienburg

■ Klaus Treiber
Dipl.-Kaufmann, Vorstandsmitglied
der Gilde Brauerei AG, Hannover,
bis 30. 9. 2003,
Sprecher des Vorstands der CG Nord-
fleisch AG, Hamburg,
seit 1.10. 2003

■ Jan de Vries
Sekretär, Gewerkschaft ver.di, Hannover,
bis 1. 4. 2003

■ Stephan Weil
Stadtkämmerer, Landschaftsrat,
Hannover

Stellvertretende Mitglieder

■ Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof, Krs. Wolfenbüttel,
bis 1. 4. 2003

■ Andreas Graf v. Bernstorff
Rechtsanwalt und Notar,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

■ Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn

■ Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim,
seit 1. 4. 2003

■ Dietrich Freiherr v. Hake
Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Emmerthal, Rittergut Ohr,
Krs. Hameln-Pyrmont

■ Dr. Hubertus Haller
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse
Hildesheim, Hildesheim,
bis 31.12. 2003

■ Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat, Stade

■ Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz

■ Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück, seit 1.1. 2004

■ Adolf Knölke
Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Region Hannover

■ Stephan Kühne
Dipl.-Kaufmann, Vorstandsmitglied
der Deutschen Messe AG, Hannover,
seit 1. 4. 2003

■ Hubert-H. Lange
Dipl.-Kaufmann, Hannover,
bis 1. 4. 2003

■ Frank-Peter Oppenborn
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche GmbH & Co. KG
Verlag und Druckerei, Hannover

■ Reinhard Sliwka
Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

■ Hans-Peter Suermann
Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

Beratende Mitglieder

■ Dr. Hubertus Haller
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Kreissparkasse
Hildesheim, Hildesheim,
bis 31.12. 2003

■ Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück, seit 1.1. 2004

■ Werner Hilse
Landwirt, Präsident des Landesverbands
des Niedersächsischen Landvolkes e.V.,
Hannover, seit 1. 4. 2003

■ Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch
Leiter des Instituts für Unternehmens-
rechnung und -besteuerung,
Rechnungslegung und Wirtschafts-
prüfung der Universität Hannover,
Hannover

■ Stephan Kühne
Dipl.-Kaufmann, Vorstandsmitglied
der Deutschen Messe AG, Hannover,
seit 1. 4. 2003

■ Hubert-H. Lange
Dipl.-Kaufmann, Hannover,
bis 1. 4. 2003

■ Wilhelm Niemeyer
Landwirt, Präsident des Landesverbands
des Niedersächsischen Landvolkes e. V.,
Hilter, bis 1. 4. 2003

■ Frank-Peter Oppenborn
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche GmbH & Co. KG
Verlag und Druckerei, Hannover

■ Fritz Stegen
Präsident der Landwirtschaftskammer
Hannover, Hannover

Vorstand und Direktoren der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Vorstand

■ **Dr. Robert Pohlhausen**

Vorsitzender

■ **Bernd Schnabel**

stellvertretender Vorsitzender

■ **Rainer Tewes**

■ **Thomas Vorholt**

■ **Hermann Kasten**

stellvertretendes Vorstandsmitglied
seit 1.7.2003

Direktoren

■ **Jochen Herdecke**

■ **Hermann Kasten**

bis 30. 6. 2003

■ **Uwe Weinkopf**

Verantwortlicher Aktuar

Trägerversammlung der Provinzial Lebensversicherung Hannover

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Vorsitzender

■ Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e. V.,
Meppen, bis 13. 2. 2003,
Landrat, Vorsitzender der Verbands-
versammlung und des Verbands-
vorstands des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands,
Meppen, seit 13. 2. 2003,
stellv. Vorsitzender seit 1. 4. 2003

■ Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof,
Krs. Wolfenbüttel, bis 1. 4. 2003

■ Klaus Brandes
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden, seit 1. 1. 2004

■ Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn,
seit 1. 4. 2003

■ Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat,
Stade

■ Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sparkassendirektor, Sprecher
des Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück, bis 31. 12. 2003

■ Helene Hofmann
Bürgermeisterin, Bad Sachsa

■ Goetz von Hohnhorst
Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der
Landschaft des ehem. Fürstentums
Lüneburg, Hohenhorst, Krs. Celle,
seit 1. 4. 2003

■ Hans-Joachim Lechner
Sparkassendirektor, Mitglied des Vor-
stands der Stadtparkasse Wunstorf,
Wunstorf, seit 1. 1. 2004

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden, Obergut
Lenthe, Region Hannover

■ Heinz Lüers
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Harburg-
Buxtehude, Hamburg

■ Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands, Hannover,
seit 1. 2. 2003

■ Georg Rahlfs
Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle, bis 1. 4. 2003

■ Erich Sander
Ing. agr., Landwirt, Nette,
Krs. Hildesheim, seit 1. 4. 2003

■ Gerhard Scharner
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Göttingen,
Göttingen, bis 31. 12. 2003

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

- Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden, Obergut
Lenthe, Region Hannover,
Vorsitzender
- Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen Spar-
kassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender seit 1.2. 2003
- Heinz Wösten
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats
der VGH, Ronnenberg, Region Hannover,
2. stellv. Vorsitzender
- Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle
- Dorothea Bartram
Sachbearbeiterin der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hemmingen
- Martin Biermann
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Celle
- Dr. h. c. Manfred Bodin
Konsul, Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutschen Landesbank Girozentrale,
Hannover
- Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade
- Hans-Alfred Deseke
Abteilungsleiter der Gewerkschaft ver.di,
Wedemark, Region Hannover,
bis 1. 4. 2003
- Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim
- Michael Feldnick
Sachbearbeiter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hannover
- Hans-Peter Fitschen
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Stade,
Stade
- Gerold Haag
Gewerkschaft ver.di, Hannover,
bis 1. 4. 2003
- Dr. Hubertus Haller
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Hildesheim,
Hildesheim, bis 31.12. 2003
- Birgit Harste
Abteilungsleiterin der Provinzial Lebens-
versicherung Hannover, Barsinghausen,
seit 1. 4. 2003
- Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz
- Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück, seit 1.1. 2004
- Helmut Heyne
Oberbürgermeister, Cuxhaven
- Anja Hockmann
Gewerkschaftssekretärin,
Gewerkschaft ver.di, Hameln,
seit 1. 4. 2003
- Konrad Huhmann
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Melle,
Melle
- Achim Japtok
Gebietsleiter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hildesheim, seit 1. 4. 2003
- Hans Jürgen Krauß
Oberkreisdirektor Hameln-Pyrmont,
Hameln

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

■ Gabriele Kurzendörfer
stellv. Vorsitzende des örtl. Personalrats
der VGH-Direktion, Sehnde, Mandat ruht,
bis 1. 4. 2003

■ Horst Lüking
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Steimbke, Krs. Nienburg

■ Christoph Meister
Fachsekretär,
Gewerkschaft ver.di, Hannover,
seit 1. 4. 2003

■ Klaus-Jürgen Salomon
Organisationsleiter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover, Lingen,
Ersatzmitglied, bis 1. 4. 2003

■ Manfred Tüchel
Abteilungsleiter der Provinzial Lebens-
versicherung Hannover, Edemissen,
bis 1. 4. 2003

Vorstand, Direktoren und Treuhänder der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Vorstand

- **Dr. Robert Pohlhausen**
Vorsitzender
- **Bernd Schnabel**
stellvertretender Vorsitzender
- **Rainer Tewes**
- **Thomas Vorholt**
- **Hermann Kasten**
stellvertretendes Vorstandsmitglied
seit 1. 7. 2003

Direktoren

- **Hermann Kasten**
bis 30. 6. 2003
- **Uwe Weinkopf**
Verantwortlicher Aktuar


Treuhänder

für den Deckungsstock

- **Dr. Heinz Rose**
- **Martin Wodausch**
Stellvertreter

Sparkassenbeirat der VGH

- Günter Distelrath
Verbandsgeschäftsführer des
Niedersächsischen Sparkassen- und
Giroverbands, Hannover, Vorsitzender
- Rainer Bagung
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Aurich-
Norden, Norden, bis 30. 6. 2003
- Ernst-Otto Bahr
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse
Fallingbostel in Walsrode, Walsrode
- Manfred Breuer
Dipl.-Volkswirt, Direktor, Vorsitzender des
Vorstands der LBS Norddeutsche
Landesbausparkasse Berlin – Hannover,
Hannover
- Hinrich Ernst
Sparkassendirektor, Mitglied des Vor-
stands der Sparkasse Aurich-Norden in
Ostfriesland, Norden, seit 3. 12. 2003
- Hans Hartmann
Generalbevollmächtigter, Norddeutsche
Landesbank Girozentrale, Hannover
- Ingo Hinrichs
Sparkassendirektor, 1. stellv. Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Emsland,
Meppen
- Jürgen Hösel
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Peine,
Peine
- Dieter Kanzelmeyer
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Stade – Altes
Land, Stade, bis 1. 4. 2003
- Werner Koch
Sparkassendirektor, stellv. Sprecher
des Vorstands der Sparkasse Hannover,
Hannover
- Wolfgang Lamot
Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender
der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde,
Bremervörde
- Achim Monzel
stellv. Abteilungsleiter beim
Niedersächsischen Sparkassen- und
Giroverband, Hannover
- Günter Morisse
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Lüchow-
Dannenberg, Dannenberg
- Wolfgang Schult
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands Sparkasse Stade,
Altes Land Stade, seit 1. 4. 2003
- Michael Tillmann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Kreissparkasse
Grafschaft Bentheim zu Nordhorn,
Nordhorn
- Rolf Watermann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Schaumburg,
Rinteln
- Helmut Weermann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Emden,
Emden
- Ulrich Weiterer
Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse
Goslar/Harz, Goslar
- Dr. Heinrich Jagau
Sparkassendirektor, stellv. Sprecher
des Vorstands der Sparkasse Hannover,
Hannover, kooptiertes Mitglied



Bericht über das 254. Geschäftsjahr 2003

vorgelegt in der Sitzung
des Brandkassen Ausschusses
vom 24. März 2004

■ **Überdurchschnittliches Beitragsplus stärkt Marktposition**

Die Beitragseinnahme im selbst abgeschlossenen Geschäft erhöht sich um 3,8 Prozent auf 886 Millionen Euro.

Bestandswachstum und Tarifierpassungen ermöglichen in den Kraftfahrt-Sparten ein Wachstum von über sechs Prozent. Der Marktanteil im Geschäftsgebiet steigt auf über 19 Prozent.

Sanierungsmaßnahmen und Neugeschäftserfolge stärken die industrielle und gewerbliche Sachversicherung.

■ **Herausragendes versicherungstechnisches Ergebnis**

Nach den extremen Schadenbelastungen des Vorjahres sind im Geschäftsjahr außerordentliche Großschadenereignisse ausgeblieben.

Die Kostenquote sinkt im selbst abgeschlossenen Geschäft von 24,1 Prozent auf 23,8 Prozent.

Die combined-ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote beträgt 88 Prozent.

Die gute Schadensituation, insbesondere in den Kraftfahrt-Sparten, führt zu einer Stärkung der Schwankungsrückstellung.

■ **Hohe Steuerbelastung aufgrund einer „rückwirkend klarstellenden Regelung“**

Die rückwirkend klarstellende Regelung des Gesetzgebers hinsichtlich der Besteuerung von Aktienverlusten in Investmentfonds ist rechtlich umstritten.

Insgesamt beträgt der Steueraufwand 38 Millionen Euro.

■ **Gesamtergebnis ermöglicht Eigenkapitalstärkung**

Die Bewertung der Kapitalanlagen erfolgt weiterhin nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die Nettoverzinsung beträgt insgesamt 3,3 Prozent.

Nach Abzug der außerordentlichen Steuerbelastung ermöglicht das Ergebnis eine Erhöhung des Eigenkapitals um 10 Millionen Euro.

■ **Hohe Rückvergütung an die Kunden der Brandkasse**

Aus vorhandenen Mitteln wurden unseren Kunden im Geschäftsjahr 29 Millionen Euro als erfolgsabhängige Rückvergütung gutgeschrieben.

Für die künftige Gewinnbeteiligung werden 13 Millionen Euro den Rückstellungen zugeführt.

■ **Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis übernommen**

Aufsichtsrat und Vorstand erklären sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Die Regelungen des Corporate Governance Kodex, die für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können, werden auf freiwilliger Basis übernommen.

Wirtschaftliches Umfeld

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr stagnierte in Deutschland ein weiteres Jahr in Folge. Der Anstieg der Arbeitslosenquote und der abermalige Rückgang der Unternehmensinvestitionen dämpften die Konsumbereitschaft der Haushalte.

Trotz der fehlenden konjunkturellen Impulse hat sich die wirtschaftliche Situation der Schaden-/Unfallversicherer gegenüber 2002 verbessert. Die Beitragseinnahmen der Kompositversicherer konnten durch fortgesetzte Konsolidierungen um 3,1 Prozent gesteigert werden. Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die Geschäftsfelder Kraftfahrt und Gewerbe/Industrie bei. Die Schadenbelastung verringerte sich insgesamt, da außerordentliche Großschadenereignisse durch Sturm, Überschwemmung oder Frost nicht zu verkraften waren.

Nachdem die Aktienmärkte im ersten Quartal erhebliche Rückschläge verzeichneten, hat sich die Gesamtsituation auf den Kapitalmärkten im Jahresverlauf verbessert. Am Ende des Geschäftsjahres waren die Kapitalmärkte von der Erwartung positiver Tendenzen für die Volkswirtschaft geprägt.

Demgegenüber standen die rückwirkenden klarstellenden Regelungen des Steuergesetzgebers bezüglich der Abschreibungen auf Investmentanteile, die bei vielen Kompositunternehmen zu einer zusätzlichen Steuerbelastung führen werden.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

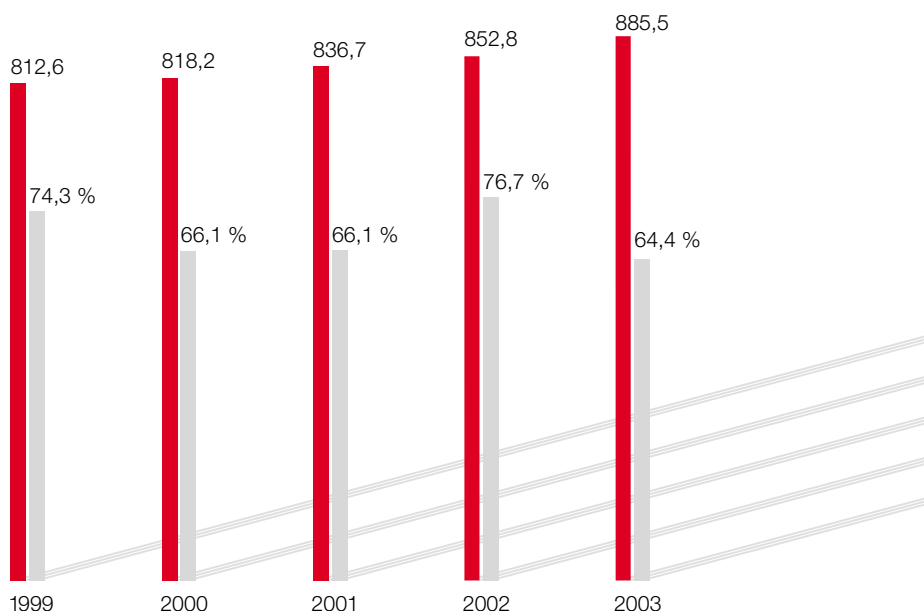
Die Beitragseinnahme der Brandkasse erreichte im Geschäftsjahr 927,3 Millionen Euro. Im selbst abgeschlossenen Geschäft erzielten wir einen Zuwachs von 3,8 Prozent auf 885,5 Millionen Euro. Die marktweiten Prämienanpassungen in der Kraftfahrtversicherung führten zu dieser positiven Beitragsentwicklung, die deutlich über unseren Erwartungen lag. Die Brutto-Schadenquote, die im Vorjahr

durch vermehrte Feuerschäden und zahlreiche Sturmschadenereignisse stark angestiegen war, hat sich von 76,7 Prozent auf 64,4 Prozent verbessert. Die Umsetzung gezielter Maßnahmen zur Kostenreduktion sowie die positive Beitragsentwicklung führten zu einer rückläufigen Kostenquote auf 23,8 Prozent (Vorjahr 24,1 Prozent) brutto. Der positive Geschäftsverlauf erlaubte uns, die Schwankungsrückstellungen um 36,4 Millionen Euro zu stärken.

Durch die allgemeine Erholung der Kapitalmärkte im zweiten Halbjahr hat sich das Kapitalanlageergebnis von 50,6 Millionen Euro auf 61,7 Millionen Euro verbessert. Dies entspricht einer Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 3,3 Prozent (Vorjahr 2,7 Prozent).

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote selbst abgeschlossenes Geschäft

- gebuchter Bruttobeitrag in Mio. €
- Bruttoschadenquote in %



¹⁾ alle Marktdaten Stand März 2004, Quelle GDV

Überschussverwendung

Nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 36,4 Millionen Euro verblieb ein erwirtschafteter Bruttoüberschuss in Höhe von 60,5 Millionen Euro.

Aufgrund positiver Spartergebnisse können 13,0 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Das Gesamtergebnis erfordert einen Steueraufwand von 37,5 Millionen Euro. Darin enthalten sind 22,3 Millionen Euro für die zusätzliche Dotierung der Steuerrückstellungen, da im Geschäftsjahr eine rückwirkend klarstellende Regelung zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Abschreibungen auf Aktien in Investmentfonds durch den Gesetzgeber erfolgte. Dem Eigenkapital werden 10,0 Millionen Euro zugeführt.

nen Euro) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Für ungekündigte Verträge sind 2004 die in der Tabelle aufgezeigten Rückvergütungssätze festgelegt.

Hervorragende Bewertungen durch Rating-Agenturen

Die Brandkasse hat bei der jährlichen Aktualisierung der Ratings ihre gute Position behauptet. Der Finanz- und Wirtschaftsdienst „map-report“ bestätigte erneut die sehr gute Bewertung in der Kraftfahrtversicherung („mmm“). Dabei erwies sich die Brandkasse als „service-stärkster Versicherer“. Beim Standard & Poor's-Rating konnte die Brandkasse ein „A+“ erreichen und damit ihre Position im Markt halten.

Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr haben wir 28,5 Millionen Euro an unsere Kunden als erfolgsabhängige Beitragsrückgewähr ausgezahlt. Aus dem laufenden Geschäftsergebnis können 13,0 Millionen Euro (Vorjahr 9,4 Millio-

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Unfallversicherung

In der Allgemeinen Unfallversicherung stiegen die Beitragseinnahmen um 4,9 Prozent (Markt: 2,5 Prozent) auf 51,3 Millionen Euro. Wie in den vergangenen Jahren hatte die Dynamikanpassung der Versicherungssummen und Beiträge einen großen Anteil. Gezielte Vertriebsmaßnahmen haben das Neugeschäft positiv unterstützt; die Anzahl der Vertragsabschlüsse erhöhte sich um 6,8 Prozent. Eine gestiegene Stornoquote verhinderte, dass der Bestand der Neugeschäftsentwicklung folgte. Die Schadenquote erhöhte sich von 43,0 Prozent auf 54,2 Prozent.

Der Beitragsrückgang hat sich in der Insassenunfallversicherung gegenüber dem Vorjahr fortgesetzt. Das Beitragsaufkommen reduzierte sich um 8,0 Prozent auf 4,0 Millionen Euro. Die Schadenquote lag auf dem Niveau der Vorjahre.

Sparte	Rückvergütung	Voraussetzungen
Wohngebäude*	10 %	volle Anwendung der ab 1.3.1991 gültigen Tarife
Hausrat*	15 %	Vertrag gemäß VHB 92, VHB 98, VHB 2000
Haushalt-Glas*	10 %	
Privat-Haftpflicht*	10 %	ab dem 1.1.1995 gültige Tarife mit 5 Mio. DM pauschal oder HT 96/98/2001
Jagd-Haftpflicht	15 %	Vertrag bestand am 31.3.2003, Vertrag zur Hauptfälligkeit ungekündigt
Feuer-Landwirtschaft	20 %	empfohlene Brandschutzmaßnahmen akzeptiert
Einbruchdiebstahl	10 %	Sparkassen
Sturm*	10 %	landwirtschaftliche Gebäude

* weitere Voraussetzung: Vertrag war im Vorjahr schadenfrei

Haftpflichtversicherung

Der Preis- und Bedingungswettbewerb hielt zwar in der Haftpflichtversicherung an, konzentrierte sich aber spürbar auf wenige Mitbewerber. Einige Anbieter haben neue Tarife eingeführt und Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Ertragssituation eingeleitet. Die Brandkasse hat ebenfalls für negativ verlaufendes Gewerbe-geschäft ein Sanierungskonzept entwickelt und eingeführt, das im Geschäftsjahr erste positive Ergebnisse zeigte. Der Vertragsbestand wurde um 0,3 Prozent ausgebaut. Die Beitragseinnahme erhöhte sich um 2,1 Prozent (Markt: 3,0 Prozent) auf 89,2 Millionen Euro. Die Schadenquote betrug 55,2 Prozent (Vorjahr 52,8 Prozent).

Im Firmenkundengeschäft entwickelte sich der Bestand, insbesondere durch den Einsatz von branchenorientierten Spezialpolicen und der spartenübergreifenden Gewerbe-Kombi-Police positiv. Der Geschäftsbetrieb in der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung wurde ausgeweitet und damit das Angebot für unsere gewerblichen Kunden komplettiert.

Im landwirtschaftlichen Geschäft führten weitere Betriebsaufgaben und Betriebszusammenlegungen zur Abnahme des Bestandes. Dem Preiswettbewerb musste mit Beitragsreduzierungen begegnet werden.

Im Privatkundengeschäft konnte der Vertragsbestand leicht ausgebaut werden. Durch eine breit angelegte Neuordnungsaktion wurden ca. 15 Prozent der Verträge verlängert und auf den günstigeren aktuellen Verkaufstarif umgestellt. Hiermit verbunden war ein leichter Beitragsrückgang.

Kraftfahrtversicherung

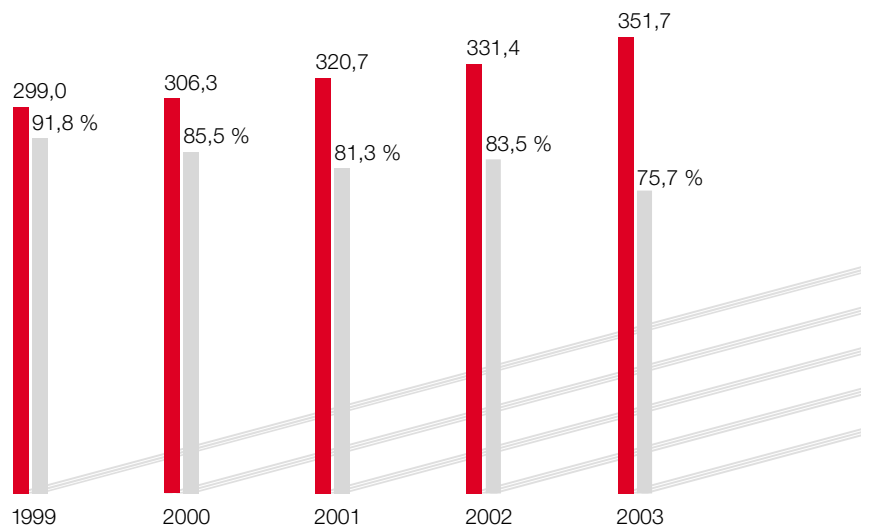
Das Geschäftsjahr zeigte für die Kraftfahrtversicherung eine marktweite Verbesserung der Ergebnissituation. Ursächlich hierfür waren die gestiegenen Prämieinnahmen durch Tarifierpassungen sowie eine günstige Schadensituation.

Die Neuzulassungszahlen stagnierten auf dem Niveau des Vorjahres. Es zeigte sich nur noch ein geringes Marktwachstum. Diese Entwicklung förderte zum Jahreswechsel den anhaltenden Verdrängungswettbewerb. Verstärkt wurde dieser Effekt durch das zunehmende Versicherungsangebot von branchenfremden Anbietern. Trotz des wachsenden Wettbewerbs haben viele Versicherungsunternehmen ihr Tarifniveau leicht angehoben. Dieser Entwicklung folgend haben wir mit der Einführung des neuen Tarifs zum 1. August 2003 das Tarifniveau marktgerecht angepasst. Neben den Prämienveränderungen wurde auch die neue Kaskostruktur für Pkw gemäß der Empfehlung des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. umgesetzt.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Kraftfahrtversicherung gesamt

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2003 Mio. €	in % zum Vorjahr	2003 %	2002 %
Kraftfahrt-Haftpflicht	213,4	5,5	78,3	84,7
Kraftfahrt-Vollkasko	105,6	8,0	76,1	85,4
Kraftfahrt-Teilkasko	32,7	3,9	57,1	70,2

■ gebuchter Bruttobeitrag in Mio. €
■ Bruttoschadenquote in %



Unser Marktanteil konnte bei einem Bestandswachstum von 1,6 Prozent weiter ausgebaut werden. Das Großkundengeschäft weist gegenüber dem Vorjahr deutliche Zuwächse aus.

Die Beitragseinnahme stieg in der Kraftfahrt-Versicherung um 6,1 Prozent (Markt: 1,9 Prozent). Die Schadenquote verringerte sich auf 75,7 Prozent (Vorjahr: 83,5 Prozent). Die gute Ergebnissituation erlaubte es, den Schwankungsrückstellungen 26,0 Millionen Euro zuzuführen.

Feuerversicherung

In der Feuerversicherung vereinnahmten wir ein Beitragsvolumen von 80,5 Millionen Euro, das mit 3,2 Prozent über dem Vorjahreswert lag. Die Schadenbelastung blieb aufgrund von Großschäden auf hohem Niveau. Die Schadenquote betrug 61,1 Prozent (Vorjahr: 58,2 Prozent).

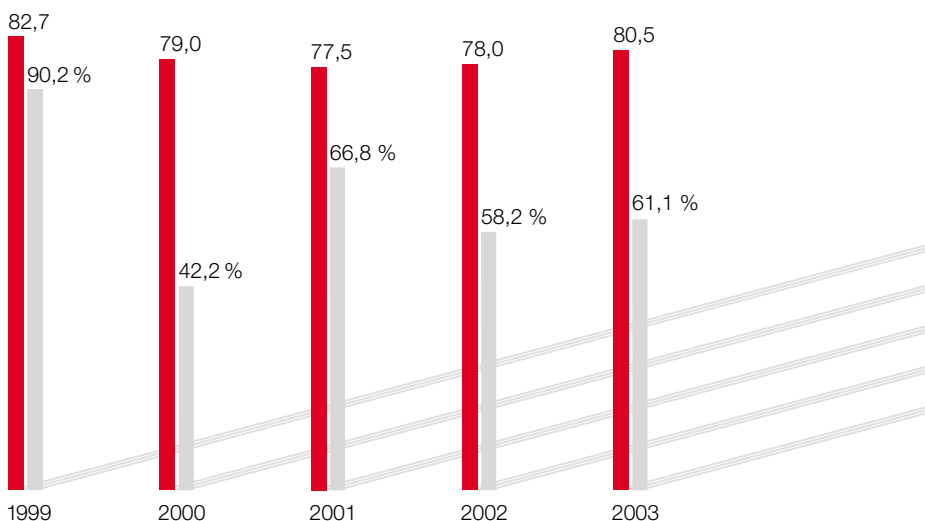
In der industriellen Feuerversicherung unterstützten Sanierungsmaßnahmen sowie das Neugeschäft im Rahmen der Zeichnungsgemeinschaft mit den öffentlich-rechtlichen Versicherern das Beitragswachstum von 37,5 Prozent. Die Schadenquote lag mit 45,0 Prozent deutlich besser als im Vorjahr (68,2 Prozent).

In der sonstigen Feuerversicherung wirkten sich die in den Vorjahren eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen positiv aus. Wir verzeichneten bei geringer Indexsteigerung ein Beitragsanstieg von 4,9 Prozent. Zehn Großschäden belasteten die Schadenquote, die mit 81,7 Prozent (Vorjahr 77,0 Prozent) auf hohem Niveau liegt. Zur weiteren Ergebniskonsolidierung ist eine Fortsetzung der Sanierungsbemühungen notwendig.

In der landwirtschaftlichen Feuerversicherung setzte sich der Preiswettbewerb fort. Die Einführung neuer Bedingungen wurde konsequent fortgeführt. Über 50 Prozent unserer Verträge sind durch eine Vertragsneuordnung auf den aktuellen Tarif umgestellt und bieten durch das für den Kunden verbesserte Preis-/Leistungsverhältnis weniger Ansatzpunkte für Mitbewerber. Trotz allem führt der laufende Strukturwandel in der Landwirtschaft insgesamt zu einer Abnahme des Bestands. Der trockene und warme Sommer 2003 und vermehrte Brandstiftungen waren die Ursache für eine erhöhte Schadenquote. Daher verringerte sich die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung auf 3,7 Millionen Euro.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Feuerversicherung gesamt

■ gebuchter Bruttobeitrag in Mio. €
■ Bruttoschadenquote in %



Verbundene Gebäudeversicherung

Das Marktumfeld in der Wohngebäudeversicherung hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, hat die Brandkasse zum 1. Juli 2003 einen neuen Tarif eingeführt, der die Wohnfläche als Bemessungsgrundlage zur Beitragsermittlung zugrunde legt und in dem keine Versicherungssumme ausgewiesen wird. Dem Kunden wird dabei grundsätzlich ein Unterversicherungsverzicht eingeräumt.

Die Beitragseinnahme erreichte in dieser Sparte 137,7 Millionen Euro und stieg um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Markt: 1,0 Prozent). Die Schadenaufwendungen haben sich durch das Ausbleiben von Sturmschäden im Vergleich zum Vorjahr um 38,9 Prozent auf 87,7 Millionen Euro reduziert. Die Schadenquote lag mit 63,6 Prozent (Vorjahr 104,5 Prozent) innerhalb des langjährigen Durchschnittswerts.

Verbundene Hausratversicherung

In der Verbundenen Hausratversicherung ist unser Marktanteil aufgrund geringerer Neuzugänge und gestiegener Kündigungszahlen rückläufig. Mit einem Beitragsvolumen von 61,0 Millionen Euro erzielten wir trotz rückläufigem Bestand einen Beitragszuwachs von 2,3 Prozent (Markt: 1,0 Prozent). Das Wachstum wurde durch Erhöhung der durchschnittlichen Versicherungssummen und den Einschluss der Elementarversicherung sowie zusätzlicher Haftungserweiterungen erzielt.

Die Schadensituation war vor allem durch einen Rückgang von Blitzüberspannungsschäden entspannt. Die Schadenquote reduzierte sich von 57,9 Prozent im Vorjahr auf 44,8 Prozent. Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden 7,0 Millionen Euro zugeführt.

Sonstige Sachversicherung

Das Ergebnis in der Sparte Leitungswasser hat sich im Geschäftsjahr weiter verschlechtert. Sanierungsmaßnahmen wurden in den besonders schadenträchtigen Segmenten fortgeführt, jedoch werden sich die Ergebnisse erst mittelfristig bilanziell auswirken.

Eine geringe Anzahl von nur kleineren Sturmereignissen entlastete die Ergebnislage der Sturmversicherung gegenüber dem Vorjahr.

Die Maschinen- und Elektronikversicherung, die unter den Technischen Versicherungen ausgewiesen wird, verzeichnete einen Beitragsanstieg. Die Ertragssituation ist im Marktvergleich weiterhin gut.

Das Beitragsvolumen der Einbruch-/ Diebstahlversicherung erreichte im Geschäftsjahr das erwartete Niveau, nachdem im Vorjahr durch Sondereinflüsse zusätzliche Prämien vereinnahmt werden konnten. Eingeleitete Sanierungsmaßnahmen im kommunalen und gewerblichen Geschäft entlasteten die Schadenquote.

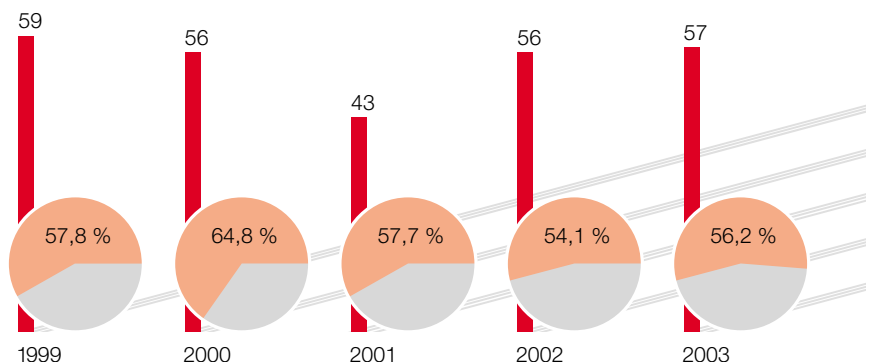
Die Beitragseinnahme in der Transportversicherung konnte durch den sich abschwächenden Wettbewerbsdruck deutlich gesteigert werden. Schlecht verlaufende Verträge wurden konsequent saniert.

Entwicklung der sonstigen Sachversicherung

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2003 Mio. €	in % zum Vorjahr	2003 %	2002 %
Leitungswasser	15,2	1,7	89,0	87,1
Sturm	14,9	3,4	25,4	133,9
Technik	12,7	0,7	46,5	75,2
Glas	12,3	- 1,0	60,5	60,7
Einbruch-Diebstahl	11,2	- 6,1	75,6	76,8
Transport	2,8	6,7	23,8	46,3
Hagel	2,2	4,3	63,3	195,1

Feuer-Großschäden in der Gebäudeversicherung der Landwirtschaft

- Anzahl der Schäden über 50 000 €
- prozentualer Anteil dieser Schäden am Gesamt-Schadenaufwand



Die Hagelversicherung konnte ein erfreuliches Beitragswachstum erzielen. Nach größeren Schadenergebnissen im Vorjahr haben hierzu Beitragserhöhungen und ein gestiegenes Neugeschäft aus der Pauschalversicherung beigetragen.

Rechtsschutzversicherung

Eine positive Entwicklung des Neugeschäfts und eine geringe Stornoquote führten zu einem Bestandswachstum von 0,5 Prozent. Insbesondere im gewerblichen Geschäft hat sich unsere Marktposition durch überdurchschnittliches Wachstum gefestigt.

Unterstützt durch die Beitragsangleichung im gewerblichen Segment stieg die Beitragseinnahme um 4,4 Prozent auf 24,6 Millionen Euro (Markt: 3,5 Prozent). Die Schadenquote hat sich gegenüber dem Vorjahr von 69,8 Prozent auf 58,4 Prozent vermindert.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Die Beitragseinnahme im übernommenen Geschäft verlief mit 41,7 Millionen Euro deutlich über Vorjahresniveau, da sich die Sanierung im gewerblichen Geschäft

auch in diesem Geschäftssegment widerspiegelt. Die Schadenentwicklung war durch keine besonderen Ereignisse beeinflusst, so dass das übernommene Geschäft mit einem leicht positivem Ergebnis schließt.

Schadenverhütung

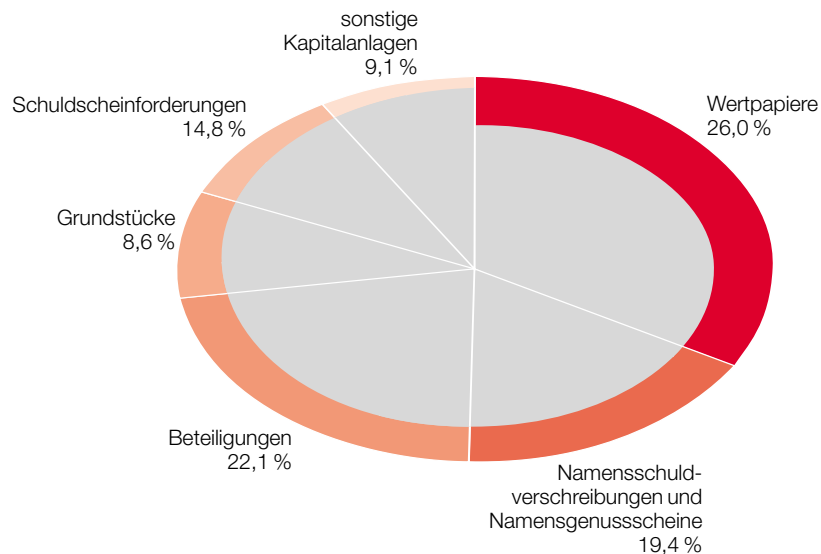
Die Schadenverhütung hat bei der Brandkasse einen hohen Stellenwert. Die Beratung unserer Kundengruppen Landwirtschaft, Kommunen und Gewerbe/Industrie wurde kontinuierlich ausgebaut, so dass im Geschäftsjahr annähernd 5 000 Einzelberatungen mit dem Ziel der Risikoverbesserung erbracht wurden. Zur Brandschutzberatung der alltäglichen Gefahren im Haushalt wurde ein Brandschutzmobil an 68 Veranstaltungstagen mit großem öffentlichkeitswirksamen Erfolg eingesetzt. Im Rahmen der Brandschutzerziehung für Kinder und Jugendliche wurde die Aus- und Fortbildung der Schulklassenbetreuer der Feuerwehren in besonderem Maße unterstützt.

Darüber hinaus stellte die Brandkasse für die Schadenverhütung weitere finanzielle Mittel zur Verfügung:

- 9,6 Millionen Euro Feuerschutzsteuer
- 1,1 Millionen Euro freiwillige Leistungen für gezielte Schadenverhütungsarbeit in der Öffentlichkeit und für Einzelberatungen
- 1,8 Millionen Euro neue zinsgünstige Darlehen an Kommunen zur Förderung des Feuerlöschwesens in Niedersachsen.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Kapitalanlagen

Unter Berücksichtigung einer gleich bleibenden Risikokapitalallokation blieb die Brandkasse im Aktienmarkt vorsichtig engagiert. Im Zinspapierbereich erfolgten die Investitionen vornehmlich in Papieren mit längeren Laufzeiten. Dabei wurde der erstklassigen Bonität der Schuldner Vorrang gegeben vor höher verzinsten Papieren bei Schuldern geringerer Bonität.

Der Kapitalanlagebestand stieg um 12,0 Prozent auf 1.995 Millionen Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich auf 61,7 Millionen Euro. Damit erzielte die Brandkasse eine Nettoverzinsung von 3,3 Prozent. Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 11,3 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

Verbundene Unternehmen

Die verbundenen Unternehmen sind in den Anhangsangaben auf Seite 59 dieses Berichts aufgeführt. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt nach Aufstellung und Prüfung im Bundesanzeiger.

Entwicklung im Geschäftsjahr 2004 und Ausblick

Im laufenden Geschäftsjahr bleiben die Rahmenbedingungen für die Versicherungswirtschaft schwierig. Unsicherheiten über die Auswirkungen der Reformen der sozialen Sicherungssysteme überschatten in den privaten Haushalten mögliche positive Aspekte aus der Steuersenkung. Die Situation in der Wirtschaft ist ebenfalls unsicher, obwohl an den Kapitalmärkten positive Signale verstärkt aufgenommen werden.

Im Markt der Kraftfahrtversicherung ist eine Verschärfung des Preiswettbewerbs zu erwarten. Branchenfremde Anbieter sind stärker bestrebt, in dem nur schwach wachsenden Markt an den positiven Spartenergebnissen zu partizipieren.

In der Wohngebäudeversicherung wird sich die Veränderung der Eigenheimzulage auf die Neubauaktivitäten auswirken. In den weiteren Sparten des Privatgeschäfts sind ebenfalls Wachstumsimpulse nicht zu erwarten. Als Marktführer werden wir neben dem Neugeschäft aktiv die Bestandssicherung im Rahmen der Vertriebsarbeit fortführen.

Das gewerbliche Geschäft wird sich konsolidieren. Eine Verknappung der Zeichnungskapazitäten im industriellen Geschäft ist zu erwarten. Zusätzlich werden Sanierungsaktivitäten im kleinsummierten Geschäft eine positive Beitragsentwicklung unterstützen.

Insgesamt rechnen wir bei der Brandkasse mit einem Anstieg der Prämien von zwei Prozent.

Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum 1. Januar 2001 sind auch öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems verpflichtet. Ein derartiges System besteht bei der Brandkasse seit mehreren Jahren und wird freiwillig einer Prüfung durch den Abschlussprüfer unterzogen.

Um die Risiken der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Brandkasse frühzeitig erkennen und im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzen wir umfangreiche interne Berichts-, Planungs- und Steuerungssysteme. Darüber hinaus wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Maßnahmen zur Optimierung der Risikolage werden laufend überprüft.

Wettbewerbsrisiken

Der Wettbewerb um den Kunden zeigt sich in einem erheblichen Preisdruck. Versicherungsangebote branchenfremder Wettbewerber verschärfen in einigen Sparten den Bedingungs-wettbewerb. Um dieser Entwicklung zu begegnen, setzen wir auf eine serviceorientierte Marktstrategie. Die Aus- und Weiterbildung des Innen- und Außendienstes sowie die Einführung der fallabschließenden Bearbeitung bei den Vertretungen und Sparkassen fördern die Kundennähe.

Versicherungstechnisches Risiko

Als Regionalversicherer mit hohem Marktanteil in der Gebäudeversicherung besteht das versicherungstechnische Risiko in erster Linie im Sturmrisiko. Wegen des Kumulcharakters kann sich dort ein Schadenereignis erheblich auf die Ertragslage auswirken. Zusammen mit den Rückversicherern errechnen wir regelmäßig einen möglichen Höchstscha-den als Basis für die Größenordnung und Struktur des Rückversicherungsprogramms. Verschiedene Rückversicherungen bieten bei langfristigen Vertragsbeziehungen einen guten Ergebnisschutz.

Der Ausschluss von Terrorrisiken aus den Rückversicherungsverträgen hat die Risikolage nur leicht erhöht, da sich im gezeichneten Erstgeschäft ebenfalls ein Ausschluss vereinbaren ließ. Unsere Kunden im Bereich Industrie und Großbetriebe haben aber die Möglichkeit, das Spitzenrisiko beim Spezialversicherer EXTREMUS abzusichern.

Risiken aus der Unsicherheit bei der Schadenreservierung werden insbesondere in Sparten mit länger andauernder Regulierung durch laufende Beobachtung der Schadenbestände und Schadenleistungen minimiert. Weitere Erfolge in der Abwicklung werden durch Reha-Management, telefonische Schadenregulierung und weitere Maßnahmen beim Schadenmanagement erzielt.

Entwicklung des Schadenrisikos (Gesamtgeschäft)

	Netto-Schadenquote in %	Abwicklung Schadenreserve VJ* netto in %
2003	66,1	5,2
2002	78,3	6,9
2001	71,7	5,7
2000	68,2	7,4
1999	72,9	7,9
1998	70,8	9,1
1997	71,9	9,7
1996	65,2	11,0
1995	68,5	9,6
1994	73,2	- 1,1

* in % der Eingangsrückstellung

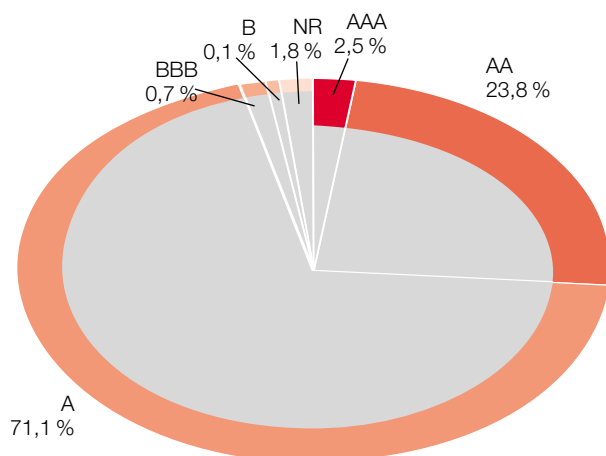
Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Brandkasse gering. Gegenüber Versicherungsnehmern wird diesem Risiko mittels eines IT-gestützten Inkasso- und Mahnwesens begegnet. Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 17,5 Millionen Euro, hiervon sind 5,2 Millionen Euro älter als 90 Tage. Die gesamten Beitragsforderungen entsprechen 2,0 Prozent der gebuchten Brutto-Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft (Markt: 4,1 Prozent). Das Risiko von Forderungsausfällen besteht in der Erstversicherung darüber hinaus gegenüber den Rückversicherern. Die Brandkasse sichert sich gegen einen Forderungsausfall durch eine systematische Auswahl und Diversifikation der Rückversicherungspartner ab.

Die nebenstehende Grafik zeigt die Verteilung der abgegebenen Beiträge aus dem Rückversicherungsgeschäft auf die Rückversicherer gemäß deren Rating nach Standard & Poor's (S&P).

In Rückversicherung gegebene Beiträge zum 31. Dezember 2003

gemäß Ratingklassen nach S&P



Kapitalanlagerisiken

Die Brandkasse verwaltet Kapitalanlagen unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwertisiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen damit notwendige Gegenmaßnahmen beschlossen und eingeleitet werden können. Grundlage des Risikomanagements bildet dabei das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital sowie das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Die Messung, Kontrolle und Steuerung der Marktwertisiken erfolgt unterjährig mit Hilfe von Szenarioanalysen. So ist gewährleistet, dass jederzeit die Auswirkungen unterschiedlicher Kapitalmarktszenarien auf die Finanz- und Ertragslage auf Basis des aktuellen Kapitalanlagebestands beurteilt werden können.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten begegnet die Brandkasse durch die sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine kontinuierliche Ratingüberprüfung. Die Liquidität der Brandkasse wird durch kurz- und langfristige Finanzplanungen sichergestellt. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro getätigt wird.

Gemäß den Berichtspflichten gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde auch in diesem Jahr wieder ein Stresstest durchgeführt. Den Modifikationen gegenüber dem Vorjahresmodell wurde im „Stress-Test 2004“ Rechnung getragen. Beim Gesamt-Stress-Test wie auch bei den Teil-Szenarien stehen der Brandkasse ausreichende Sicherheitsmittel zur Verfügung. Die Solvabilitätsanforderungen werden in jedem Fall erfüllt.

Operationale Risiken

Die operationalen Risiken entstehen durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren oder resultieren aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen.

Betriebliche Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Aufgaben der EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH übertragen wurden, hat die Brandkasse Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine systematische ivv-Revision sowie interne Kontrollen gewährleisten darüber hinaus die Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welche das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und bei dolosen Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Berechtigungen. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bzw. Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko doloser Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Revision planmäßig überwacht.

Zusammenfassend ist keine Entwicklung erkennbar, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Brandkasse nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Hannover, den 23. Februar 2004

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2003

Jahresabschluss

Aktiva	€	€	2003 €	2002 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			82 527	3 176 256
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		169 487 901		153 168 388
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	156 228 380			140 521 944
2. Beteiligungen	280 097 793			257 391 194
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1 535 133	437 861 306		641 250
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	444 707 044			558 517 085
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	71 516 056			45 504 826
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	22 268 179			28 310 522
4. Sonstige Ausleihungen	727 575 959			449 001 722
5. Einlagen bei Kreditinstituten	109 600 000	1 375 667 238		137 600 000
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		11 719 786	1 994 736 231	10 397 712
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	17 461 106			13 860 289
2. Versicherungsvermittler	6 232 870	23 693 976		4 370 835
davon: an verbundene Unternehmen 136 291 (15 172) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 735 185 (482 719) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		6 402 728		7 918 593
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (2 290 818) €				
III. Sonstige Forderungen		48 499 058	78 595 762	210 164 966
davon: an verbundene Unternehmen 1 406 691 (989 458) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 31 529 791 (181 024 152) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		13 706 104		15 103 834
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		13 028 279		17 837 968
III. Andere Vermögensgegenstände		1 558 381	28 292 764	1 569 290
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		21 469 533		21 489 875
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		34 206 360	55 675 893	16 154 916
Summe der Aktiva			2 157 383 177	2 092 701 465

Passiva	€	€	2003 €	2002 €
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		20 000 000		20 000 000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	2 000 000			2 000 000
2. Rücklage für außergewöhnliche Risiken	55 000 000			55 000 000
3. Rücklage für Sturmrisiken	35 000 000			35 000 000
4. Andere Gewinnrücklagen	481 000 000	573 000 000	593 000 000	471 000 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			8 075 740	9 447 789
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	152 745 479			154 654 518
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	16 170 946	136 574 533		16 375 204
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	10 054 960			8 565 577
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	10 054 960		0
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1 014 719 707			1 006 508 616
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	230 378 805	784 340 902		216 336 713
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	78 432 199			93 161 542
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	78 432 199		0
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		141 565 910		105 204 980
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	7 111 047			7 895 705
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-1 178 101	8 289 148	1 159 257 652	-1 002 523
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		213 584 459		207 584 971
II. Steuerrückstellungen		42 182 555		18 986 870
III. Sonstige Rückstellungen		62 765 012	318 532 026	57 534 441
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			491 748	394 947
Übertrag:			2 079 357 166	2 021 230 562

	€	€	2003 €	2002 €
Übertrag:			2 079 357 166	2 021 230 562
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	43 081 759			37 358 682
2. Versicherungsvermittlern	4 564 236	47 645 995		3 849 744
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen				
22 166 (10 106) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen				
442 679 (229 271) €				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		4 659 920		4 427 001
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen				
605 208 (890 446) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen				
2 504 552 (1 813 358) €				
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 448		8 727
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		25 346 402	77 653 765	24 609 843
davon: aus Steuern 7 591 479 (6 719 968) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit				
2 030 105 (1 986 204) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen				
5 468 820 (6 127 964) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen				
0 (0) €				
G. Rechnungsabgrenzungsposten			372 246	1 216 906
Summe der Passiva			2 157 383 177	2 092 701 465

Versicherungsmathematische Bestätigungen gemäß AktuarV:

Für die Unfallversicherungen:

Für die Haftpflichtversicherungen:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C II 1 der Passiva und die unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11c VAG ist nicht vorhanden.

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB berechnet worden ist.

Hannover, den 23. Februar 2004

Weinkopf

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003

Jahresabschluss

	€	€	2003 €	2002 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	927 251 241			889 493 870
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	139 109 681	788 141 560		130 537 019
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	1 909 039			607 558
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 204 258	1 704 781	789 846 341	588 192
2. Technischer Zinsertrag feR			3 537 141	3 160 093
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			716 269	958 444
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	587 989 324			650 336 793
bb) Anteil der Rückversicherer	60 215 285	527 774 039		79 449 935
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	8 211 090			40 319 757
bb) Anteil der Rückversicherer	14 042 387	- 5 831 297	521 942 742	15 835 640
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		- 1 489 383		- 1 428 151
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		618 978	- 870 405	- 4 147 563
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			13 889 212	9 457 017
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		222 199 330		216 737 463
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		37 597 696	184 601 634	34 638 177
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			10 659 880	14 085 607
9. Zwischensumme			62 135 878	- 42 317 461
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			- 36 360 930	26 472 277
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			25 774 948	- 15 845 184
Übertrag:			25 774 948	- 15 845 184

	€	€	2003 €	2002 €
Übertrag:			25 774 948	- 15 845 184
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	8 457 115			9 808 731
davon: aus verbundenen Unternehmen				
1 027 572 (700 446) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	98 984 887			92 184 861
davon: aus verbundenen Unternehmen				
0 (0) €				
c) Erträge aus Zuschreibungen	8 042 989			5 070 657
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	21 778 975			176 256 152
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	3 064			11 029
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	1 817 711	139 084 741		8 803 698
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	47 903 509			8 480 498
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	9 521 109			229 518 769
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	19 537 554			2 702 946
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil	445 662	77 407 834		814 266
		61 676 907		50 618 649
3. Technischer Zinsertrag		- 3 555 988	58 120 919	- 3 173 224
4. Sonstige Erträge		10 785 064		11 511 070
5. Sonstige Aufwendungen		46 338 410	- 35 553 346	40 190 678
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			48 342 521	2 920 633
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		37 543 877		2 166 980
8. Sonstige Steuern		798 644	38 342 521	753 653
9. Jahresüberschuss			10 000 000	0
10. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			10 000 000	0
11. Bilanzgewinn			0	0

Versicherungszweige und
Versicherungsarten

Lebensversicherung¹⁾

Krankenversicherung¹⁾

Allgemeine Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Krafftfahrtversicherung

Luftfahrtversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuerversicherung

**Einbruchdiebstahl- und Raub-
versicherung**

Leitungswasserversicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

**Verbundene
Wohngebäudeversicherung**

Hagelversicherung

Tierversicherung¹⁾

Technische Versicherungen

Einheitsversicherung

Transportversicherung

Kredit- und Kautionsversicherung¹⁾

**Versicherung zusätzlicher Gefahren
zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunter-
brechungs-Versicherung
(Extended Coverage-Versicherung)**

**Betriebsunterbrechungs-
Versicherung**

Beistandsleistungsver-sicherung

**Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflicht-
versicherung**

Sonstige Schadenversicherung

Ausstellungsversicherung

Garderobenversicherung

Jagd- und Sportwaffenversicherung

Musikinstrumentenversicherung

Fotoapparateversicherung

Kühlgüterversicherung

Warenversicherung in Tiefkühlanlagen

Atomanlagen-Sachversicherung

Automatenversicherung

Reisegepäckversicherung

Valorenversicherung (privat)

Campingversicherung

Schlüsselverlustversicherung

Mietverlustversicherung

Tank- und Fasseckageversicherung

Filmtheater-Einheitsversicherung

Vertrauensschadenversicherung

¹⁾ Diese Versicherungszweige werden nur im
übernommenen Geschäft betrieben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ein erworbener Versicherungsbestand wird entsprechend der erwarteten Bestandshaltedauer abgeschrieben.

B. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6 b EStG und auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind grundsätzlich in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet.

Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

Die Depotforderungen sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

C. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag und unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro rata temporis ermittelt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die Aufgaben der Zedenten angesetzt. Das BdF-Schreiben vom 30. 4. 1974 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird für jeden einzelnen Vertrag nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Vorversicherer eingestellt oder geschätzt.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft individuell je Schadenfall. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Für noch nicht abgewickelte Schäden der Sparte Rechtsschutz aus den Ereignisjahren 1999 und später wird die Rückstellung aufgrund eines statistischen Verfahrens pauschal ermittelt.

Die noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen sind nach dem BMF-Schreiben vom 2. 2. 1973 berechnet.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszins von 4,0 % bei einem Rentenbeginn bis 1. 7. 2000 und mit 3,25 % bei einem Rentenbeginn ab 1. 7. 2000 berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden in vertragsmäßiger Höhe berücksichtigt und in Einzelfällen wertberichtigt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch für das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellungen, die Rückstellungen für die Produkthaftpflicht-Versicherungen von Pharmaristiken (Pharmarückstellungen) und die Atomanlagenrückstellungen nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Die Stornorückstellung für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ist individuell in Höhe der je Vertrag errechneten anteiligen Beiträge zwischen Stilllegungstermin und nächster Fälligkeit gebildet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zur Verkehrsofferhilfe e.V. wurde gemäß der Angabe des Vereins gebildet.

Die Höhe der Rückstellung für noch nicht verdiente Gewinnanteile aus abgegebenem und übernommenem Rückversicherungsgeschäft ergibt sich aus den Rückversicherungsverträgen.

In einer Sparte wurde in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

D. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (SFAS 87) unter Berücksichtigung der „Richttafeln 1998“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 6 %. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 3,0 %/2,0 % p. a. berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag und den Erfüllungsrückstand. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert bzw. Barwert, noch nicht feststehende Fälle werden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme bilanziert. Für beide Rückstellungen sind die „Richttafeln 1998“ angewendet worden.

Des Weiteren wurde eine Rückstellung zum Ausgleich von Rentenabschlägen bei vorgezogenem Ruhestand im Zusammenhang mit der Altersteilzeit gebildet. Die Berechnung erfolgte analog der für die Pensionsrückstellungen angewendeten Methoden.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Die „Richttafeln 1998“ sind angewendet worden.

Die Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB ist mit dem Barwert der künftigen Verpflichtungen unter Berücksichtigung von Fluktuationsabschlägen bewertet worden. Der Zinssatz beträgt 5,5 %.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

F. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Sonstige Angaben

Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages bewertet.

Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert.

Erläuterungen zu den Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2003

	Bilanzwerte
	2002
	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	3 176
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	
	153 169
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	140 522
2. Beteiligungen	257 391
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	641
Summe B II.	398 554
B III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	558 517
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	45 505
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	28 310
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	290 881
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	157 865
c) Übrige Ausleihungen	256
5. Einlagen bei Kreditinstituten	137 600
Summe B III.	1 218 934
Insgesamt	1 773 833

Zeitwertangabe nach § 54 ff RechVersV

Für zum Anschaffungswert ausgewiesene Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 1 183 Millionen Euro (einschließlich der Grundstücke) beträgt der Zeitwert 1 408 Millionen Euro.

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wurde grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. Vier Objekte werden mit dem Mittel aus Ertrags- und Substanzwert bewertet. Bei einem Objekt wird als Zeitwert der Buchwert angesetzt.

Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	2003 Tsd. €
1	0	0	0	3 094	83
23 332	0	55	0	6 958	169 488
17 997	0	2 291	0	0	156 228
37 359	0	14 216	0	436	280 098
1 148	0	254	0	0	1 535
56 504	0	16 761	0	436	437 861
30 008	0	149 739	8 043	2 122	444 707
269 052	0	243 036	0	5	71 516
274	0	6 316	0	0	22 268
424 397	0	330 365	0	0	384 913
359 028	0	223 528	0	0	293 365
49 298	0	256	0	0	49 298
2 257 580	0	2 285 580	0	0	109 600
3 389 637	0	3 238 820	8 043	2 127	1 375 667
3 469 474	0	3 255 636	8 043	12 615	1 983 099

Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte in den Jahren 2002 und 2003.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilsverkauf/-veräußerung hergeleitet. Bei einigen Beteiligun-

gen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten.

Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

B. Kapitalanlagen

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst:

- 27 Grundstücke mit Geschäftsbauten
- 17 Grundstücke mit Wohnbauten
- 3 Grundstücke ohne Bauten

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen den Erwerb eines unbebauten Grundstücks in Hannover.

Die Abgänge des Geschäftsjahres betreffen den Verkauf eines Geschäftsgebäudes in Uelzen.

Im Geschäftsjahr sind Übertragungen nach § 6 b EStG von 1 335 Tausend Euro vorgenommen worden.

Der Bilanzwert der von uns im Rahmen unserer Tätigkeit selbst genutzten Grundstücke beträgt zum Bilanzstichtag 63 892 (60 937) Tausend Euro.

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hier handelt es sich überwiegend um Hypothekendarlehen an unsere Mitarbeiter. Abschreibungen waren nicht erforderlich.

Wir betreiben ein Zwangsversteigerungsverfahren.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

Unter den Übrigen Ausleihungen sind ausschließlich Namensgenussrechte ausgewiesen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agjobeträge aus Namensschuldverschreibungen, Namensgenuss-scheine und Schuldscheinforderungen von 30 900 (13 812) Tausend Euro, anteilige Zinsen für 2003, die erst in 2004 fällig werden in Höhe von 21 470 (21 490) Tausend Euro, vorausgezahlte Abschlussprovisionen von 2 597 (1 647) Tausend Euro sowie Beitragsguthaben von 580 (553) Tausend Euro.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
B II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	55,00	5 958	– 919
Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR, Bremen *)	93,25	3 240	137
VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR, Hannover *)	95,00	29 148	924
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Landschaftlichen Brandkasse Hannover mbH, Hannover **)	100,00	49 545	– 25 032
VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Hannover *) ***)	100,00	51	0
VGH Projekt GmbH, Hannover	100,00	47	8
VGH Beteiligungs GmbH, Hannover *)	100,00	34 755	434
ivv Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover	62,40	11 246	412
Grundberg:/ Garant Gebäudemanagement GmbH, Hannover	59,21	66	10
Provincial Pensionskasse Hannover AG, Hannover	100,00	6 034	34
Provincial Pensionsfonds Hannover AG i.G., Hannover	100,00	4 082	82
B II 2. Beteiligungen			
Provincial Lebensversicherung Hannover, Hannover *)	50,00	171 000	0
Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg	45,00	93 839	464
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg	45,00	7 846	77
Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	28 789	448
Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	7 128	175
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich	25,00	27 842	– 3 163
Provincial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover	37,45	7 106	266
VGH Projekt GmbH & Co. Prager Platz KG, Hannover	50,00	33 010	– 762
Nordwestdeutsche Treuhand Hannover GmbH, Hannover	40,00	2 285	183
Bürgergemeinschaft Marktplatz Hildesheim GmbH & Co. KG, Hannover	25,64	279	– 82
Herrenhausen Verwaltungs GmbH, Hannover ****)	25,00	25	–
Bildungszentrum der hannoverschen Versicherungsunternehmen GbR, Hannover	26,85	2 573	67
Herrenhausen Verwaltungs GmbH, Gastronomie & Co. KG, Hannover	25,00	8 385	0
IfMOS Institut für Mittelstandsfragen gGmbH, Osnabrück	20,00	149	– 27
Pro-City GmbH Göttingen, Göttingen	20,00	111	– 34
HMG Beteiligungs-GbR der S-Finanzgruppe, Hannover	25,00	22	3

*) Die angegebenen Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2003

**) Das Geschäftsjahr endet am 30. September

***) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

****) Die Gesellschaft wurde 2003 gegründet

Erläuterungen zu den Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten enthält eine Rücklage gemäß § 6 b EStG mit 746 (1 635) Tausend Euro aus übertragungsfähigen Verkäufen von Grundstücken. Weiterhin sind Wertberichtigungen aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf die Grundstücke der VGH & Partner Grund-

stücksgesellschaft bR bzw. Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR mit 6 567 (7 050) Tausend Euro und eine Rücklage gemäß § 14 BerlinFG mit 763 (763) Tausend Euro enthalten.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

	versicherungstechnische Bruttorückstellungen insgesamt		Bruttorückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	
	2003 Tsd. €	2002 Tsd. €	2003 Tsd. €	2002 Tsd. €	2003 Tsd. €	2002 Tsd. €
Unfall	79 706	75 843	55 112	52 119	10 493	10 052
Haftpflicht	262 563	254 768	195 435	194 712	30 067	22 971
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	605 638	576 356	544 288	537 075	59 529	35 316
sonstige Kraftfahrt	37 912	36 936	16 783	16 581	14 354	12 613
Feuer und Sach	263 217	281 231	94 224	99 556	9 767	7 242
davon: Feuer	68 550	64 133	27 457	19 415	3 221	2 213
Verbundene Hausrat	49 381	48 649	7 552	7 868	0	0
Verbundene Gebäude	94 976	113 726	35 758	44 286	0	0
sonstige Sach	50 310	54 723	23 457	27 987	6 546	5 029
Rechtsschutz	44 923	44 765	36 368	35 756	0	752
Selbst abgeschlossenes Geschäft	1 307 527	1 283 102	951 930	945 255	127 070	91 776
Übernommenes Geschäft	92 064	88 574	62 790	61 254	14 496	13 429
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1 399 591	1 371 676	1 014 720	1 006 509	141 566	105 205

C VI. Sonstige versicherungs- technische Rückstellungen

In der Sparte Leitungswasser besteht eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 4 Millionen Euro.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 94 (72) Tausend Euro sowie Disagio-beträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 278 (1 145) Tausend Euro.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz bei der Rückstellung für Pensionen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 213 584 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 174 768 Tausend Euro.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2003	2002
	Tsd. €	Tsd. €
Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB	18 717	17 767
Rückstellung für Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	13 719	11 290
Rückstellung für Provisionen	10 121	11 223
Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen	9 040	7 300
Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Gleitzeit und Tantiemen	2 952	3 111
Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen	2 313	2 277
Rückstellung für Pensionssicherungsverein*)	1 568	0
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete EDV-Leistungen	1 207	0
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete Herstellungs- und Instandhaltungsaufwendungen	803	1 587
Rückstellung für Belastungen aufgrund des Gesetzes zu Art. 131 GG	514	580
Übrige Rückstellungen	1 811	2 399
Insgesamt	62 765	57 534

*) Im Vorjahr erfolgte der Ausweis in Höhe von 1 423 Tausend Euro im Posten Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	gebuchte Bruttobeiträge		verdiente Bruttobeiträge		verdiente Nettobeiträge	
	2003 Tsd. €	2002 Tsd. €	2003 Tsd. €	2002 Tsd. €	2003 Tsd. €	2002 Tsd. €
Unfall	55 334	53 266	54 930	52 932	45 800	44 341
Haftpflicht	89 269	87 460	89 404	87 035	67 156	66 056
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	213 442	202 277	214 950	203 417	206 985	195 918
sonstige Kraftfahrt	138 235	129 148	138 611	129 745	136 679	128 052
Feuer und Sach	356 016	349 270	356 111	349 299	280 371	279 405
davon: Feuer	80 485	77 966	81 024	78 714	50 558	51 340
Verbundene Hausrat	61 039	59 647	60 287	59 317	59 622	58 808
Verbundene Gebäude	137 692	137 027	137 909	137 366	117 401	116 431
sonstige Sach	76 800	74 630	76 891	73 902	52 790	52 826
Rechtsschutz	24 596	23 562	24 307	23 323	24 197	23 270
Selbst abgeschlossenes Geschäft	885 542	852 822	886 891	853 535	764 452	740 176
Übernommenes Geschäft	41 709	36 672	42 269	36 566	25 394	19 977
Gesamtes Versicherungsgeschäft	927 251	889 494	929 160	890 101	789 846	760 153

I 2. Technischer Zinsertrag f.e.R.

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft umfasst die Zinszuführung zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung ausschließlich Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Sie wird brutto durch Multiplikation des arithmetischen Mittels von Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellung mit 4 % bzw. 3,25 % ermittelt. Bei dem Anteil der passiven Rückversicherung handelt es sich um die den Rückversicherern gutgeschriebenen Depotzinsen. Für das in Rückdeckung übernommene

Versicherungsgeschäft werden im Lebensversicherungsgeschäft die vom Vorversicherer erhaltenen Depotzinsen angesetzt.

I 7 a. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 84 034 (81 500) Tausend Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 138 165 (135 237) Tausend Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Rückversicherungs-Saldo		versicherungs-technisches Ergebnis für eigene Rechnung	
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
27 925	21 142	15 769	15 545	- 1 432	- 2 183	9 431	9 173
49 326	45 678	29 540	29 070	- 1 367	- 2 458	504	82
168 361	172 274	28 754	26 998	6 689	2 479	3 371	- 10 268
99 251	105 948	28 895	27 704	- 1 680	- 1 381	7 312	1 785
208 676	289 879	100 824	99 269	- 24 564	3 012	1 561	- 22 201
49 513	45 782	26 833	24 507	- 2 572	- 3 291	- 6 086	- 3 766
27 011	34 342	17 797	18 918	- 664	- 507	6 957	2 549
87 734	143 604	31 139	32 031	- 11 634	3 590	4 671	- 13 481
44 419	66 151	25 055	23 813	- 9 694	3 220	- 3 981	- 7 503
14 205	16 271	4 823	4 645	- 953	818	2 092	- 417
571 474	654 437	211 032	205 355	- 25 122	- 977	24 406	- 21 667
24 726	36 220	11 167	11 382	- 2 337	952	1 369	5 822
596 200	690 657	222 199	216 737	- 27 459	- 25	25 775	- 15 845

I 8. Sonstige versicherungs-technische Aufwendungen f.e.R.

Die Abschreibung auf den in 1997 erworbenen Rechtsschutz-Versicherungsbestand beträgt 2 995 Tausend Euro und ist dieser Position zugeordnet.

II 1 b. Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen resultieren 14 406 (14 817) Tausend Euro aus Grundstücken und 84 579 (77 368) Tausend Euro aus anderen Kapitalanlagen.

II 2 b. Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Dieser Posten enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 436 (1 814) Tausend Euro.

II 7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist durch einen Steueraufwand in Höhe von 37,5 Millionen Euro beeinflusst.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2003	2002
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	92 177	85 864
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	7 517	4 504
3. Löhne und Gehälter	76 853	75 382
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	15 280	13 777
5. Aufwendungen für Altersversorgung	7 829	6 249
6. Aufwendungen insgesamt	199 656	185 776

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2003	2002
	Stück	Stück
Unfall	360 881	374 600
Haftpflicht	689 300	687 259
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1 007 249	990 997
sonstige Kraftfahrt	771 943	761 807
Feuer und Sach	1 624 278	1 619 116
davon: Feuer	185 584	186 367
Verbundene Hausrat	488 903	491 812
Verbundene Gebäude	492 764	490 455
sonstige Sach	457 027	450 482
Rechtsschutz	168 833	168 008
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	4 633 523	4 612 326

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen 1 345 Tausend Euro.

Gegenüber einem Lebensversicherungsunternehmen besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten, insbesondere um die geschäftsplanmäßige Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss sicherzustellen. Derzeit wird mit einer Forderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Vereins „Verkehrsofferhilfe e.V.“ sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereins-

zwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sind wir Mitglied des Vereins „Deutsches Büro Grüne Karte e.V.“.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Pool-Mitglieder zahlungsunfähig wird. Gleichartige Verpflichtungen bestehen aufgrund von Verträgen mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft und mit dem Deutschen Luftpool.

Als Mitglied des „Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer“ haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 22,38 Millionen Euro beschränkt.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 312 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen von 45 058 Tausend Euro sowie Schuldversprechen von 6 212 Tausend Euro (davon an verbundene Unternehmen 4 034 Tausend Euro).

Das Ausmaß der Ergebnisbeeinflussung durch im Geschäftsjahr und in Vorjahren vorgenommene steuerliche Abschreibungen und gebildete Sonderposten mit Rücklageanteil ist aufgrund der Abschreibungsdauern gering.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 1 448. Hiervon entfallen im Innendienst 718 auf die Hauptverwaltung und 640 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 90 Mitarbeiter bei uns angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Provinzial Lebensversicherung Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihrem Arbeitseinsatz anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 1 036 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 46 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 10 und 33 Jahren. Der Zinssatz beträgt 4,6 %. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 1 061 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 12 121 Tausend Euro passiviert. An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 243 Tausend Euro gezahlt worden.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 28 bis 31 angegeben.

Hannover, den 23. Februar 2004

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Tewes

Vorholt

Kasten

Bestätigungs- vermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Fest-

legung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 5. März 2004

KPMG NORDTREU GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Geib
Wirtschaftsprüfer

Schuster
Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben auf Grund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Landschaftlichen Brandkasse Hannover unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2004, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2004 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat einen Hauptausschuss und einen Ausschuss für Vertriebsfragen gebildet. Der Hauptausschuss tagte im Geschäftsjahr dreimal. Besondere Schwerpunkte bildeten die Kapitalanlagestrategie sowie die veränderten Anforderungen an Vorstand und Aufsichtsrat auf Grund des Transparenz- und Publizitätsgesetzes und des Corporate Governance Kodexes. Darüber hinaus wurden Kooperations- und Verbundfragen intensiv diskutiert.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Geschäftsprozessoptimierung bei der VGH sowie den Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, ein Tochterunternehmen der Brandkasse.

Aufsichtsrat und Vorstand der Landschaftlichen Brandkasse Hannover bekennen sich – unter Berücksichtigung der Besonderheiten von öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen – zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodexes. Dementsprechend wurden die jeweiligen Geschäftsordnungen ergänzt sowie ein

Prüfungs-/Rechnungslegungsausschuss und ein Ausschuss für Personalangelegenheiten gegründet.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die KPMG NORDTREU GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Landschaftlichen Brandkasse Hannover hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Darüber hinaus nahm der Abschlussprüfer in seinem Bericht zu dem bestehenden Überwachungs- und Risikokontrollsystem des Vorstands nach § 91 Abs. 2 AktG Stellung.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt dem Brandkassenausschuss den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

In einer gesonderten Sitzung am 1. April 2003 hat sich der Aufsichtsrat nach Ablauf seiner Amtszeit neu konstituiert.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2003 wurde Herr Hermann Kasten zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 18. März 2004

v. Lenthe
Vorsitzender

**Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats
der Landschaftlichen Brandkasse Hannover zum
Corporate Governance Kodex**

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 21. Mai 2003 stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften dar und enthält sowohl international als auch national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften fördern. Mit der Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Corporate Governance Kodex in seiner Gesamtheit nicht für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen anwendbar.

Aufsichtsrat und Vorstand der Landschaftlichen Brandkasse Hannover bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben mit Ausnahme der nachstehenden Einschränkungen alle Regelungen des Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis

übernommen, die unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rahmenbedingungen für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können.

In diesem Zuge wurden insbesondere die jeweiligen Geschäftsordnungen ergänzt sowie ein Prüfungs-/Rechnungsausschuss und ein Ausschuss für Personalangelegenheiten gegründet.

Abgesehen wurde lediglich von einer Veröffentlichung der individualisierten Bezüge der Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats, Ziffer 4.2.4 bzw. 5.4.5, der Mitteilung der Abwesenheiten von Mitgliedern des Aufsichtsrats nach Ziffer 5.4.6 sowie der Veröffentlichung des Konzernabschlusses nach Ziffer 7.1.2 des Kodexes.

Die zukünftige Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Kodexes wird durch eine regelmäßige interne Berichterstattung über die Einhaltung und Änderungen des Kodexes sowie die Abgabe einer Entsprechenserklärung im Geschäftsbericht gewährleistet.

Hannover, 18. März 2004

Für den Vorstand:

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Für den Aufsichtsrat:

v. Lenthe

Landschaftliche Brandkasse Hannover, gegründet im Jahre 1750 durch die Calenberg-Grubenhagensche Landschaft.

Jahr	Beiträge	Versicherungs- summen	Anschluss der Brandversicherungsanstalten
1751	4 896 Thl	8 811 900 Thl	
1850	182 036	82 092 250	Fürstentum Hildesheim
1851	299 224	94 994 600	Fürstentum Lüneburg
1873	300 552	133 739 164	Grafschaften Hoya und Diepholz
1878	1 383 649 M	761 250 370 M	Fürstentum Osnabrück
1882	2 069 202	981 222 635	Herzogthümer Bremen und Verden
1925	6 705 983 RM	3 686 312 425 RM	
1938	11 702 000	—	
1945	14 476 000	—	

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Stammkapital und offene Rücklagen
------	---------------	--------------	--	---

	TDM	TDM	TDM	TDM
1950	19 052	16 796	3 648	7 956
1955	33 051	28 230	24 546	10 737
1960	48 494	40 724	48 304	18 644
1965	83 853	68 188	75 542	32 623
1970	133 052	105 564	88 229	51 300
1975	234 010	177 923	128 510	65 400
1980	367 670	279 246	291 556	100 100
1985*	957 740	828 532	1 070 388	357 000
1990	1 274 648	1 056 452	1 267 300	609 600
1995	1 698 567	1 439 608	1 750 753	817 000
1996	1 696 696	1 444 304	1 904 101	907 000
1997	1 682 915	1 427 052	2 033 167	975 000
1998	1 667 724	1 424 509	2 068 364	975 000
1999	1 666 838	1 419 752	2 109 081	1 010 000
2000	1 676 859	1 434 713	2 139 868	1 090 000


	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	878 740	751 946	1 161 464	583 000
2002	889 494	758 957	1 144 282	583 000
2003	927 251	788 142	1 159 258	593 000

* ab 1984 einschließlich HUK-Versicherungen

Währungseinheiten:

- 1751 – 1817 Thaler-Cassemünze
- 1817 – 1834 Thaler-Conventionsmünze
- 1834 – 1874 Thaler-Courant
- 1875 – 1923 Mark
- 1924 – 1948 Reichsmark
- 1949 – 2000 Deutsche Mark
- ab 2001 Euro

Mit Beginn der Reichsmark-Zeit verlieren die Versicherungssummen, die einen Aussagewert nur im Gebäude-Feuer-geschäft haben, an Bedeutung. Die anderen Versicherungszweige wie u. a. Leitungswasser, Sturm, Glas, Hagel, Transport, Maschinen, Bauleistungen sowie das Mobiliar-Feuergeschäft gewinnen ständig an Gewicht. Der Aus-sagewert verlagert sich nunmehr auf die Beitragseinnahmen und die technischen Werte.



Bericht über das 85. Geschäftsjahr 2003

vorgelegt in der Sitzung
der Trägerversammlung
vom 24. März 2004

■ Beitrags- und Bestandsentwicklung zufrieden stellend

Trotz Absenkung der Gewinnbeteiligung auf 4 Prozent steigt das Neugeschäftsvolumen an.

Die laufende Beitragseinnahme hat sich im Geschäftsjahr um 0,8 Prozent erhöht.

Die Produktangebote der Provinzial Pensionskasse Hannover AG und deren Vermittlungserfolge stärken das Geschäftsfeld der betrieblichen Altersvorsorge auch für die Provinzial Lebensversicherung.

Aufgrund der Anpassung der Gewinnbeteiligung in 2003 sinken die Einmalbeiträge gegenüber dem Vorjahr.

■ Gesamtergebnis deutlich verbessert

Die Ergebnisse aus den versicherungstechnischen Gewinnquellen liegen auf sehr gutem Niveau.

Das Kapitalanlageergebnis hat sich deutlich verbessert. Die Nettoverzinsung beträgt 4,9 Prozent.

■ Extreme Belastung durch das Korb-II-Gesetz

Die Neuregelung der Besteuerung von Lebensversicherungsunternehmen enthält ein Wahlrecht für die Geschäftsjahre 2001 bis 2003. Die Provinzial wird die so genannte 80/20-Regelung nutzen.

Die Provinzial ist mit einem Steueraufwand von 49 Millionen Euro belastet.

■ Überschussbeteiligung gehalten

Entgegen der Marktentwicklung behält die Provinzial ihre Überschussbeteiligung bei. Die Gesamtverzinsung der Guthaben beträgt weiterhin 4 Prozent.

Zusätzlich werden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben.

■ Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis übernommen

Aufsichtsrat und Vorstand erklären sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Die Regelungen des Corporate Governance Kodex, die für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können, werden auf freiwilliger Basis übernommen.

Wirtschaftliches Umfeld

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stagnierte in Deutschland ein weiteres Jahr in Folge. Angesichts mäßiger Einkommenszuwächse, steigender Arbeitslosigkeit und einer hohen Steuer- und Abgabenbelastung ist die Vorsorgebereitschaft zur eigenverantwortlichen Altersvorsorge begrenzt. Demgegenüber steigt die Notwendigkeit, das Alter finanziell abzusichern.

Trotz der marktweiten Absenkung der Gewinnbeteiligungen hat sich das Neugeschäft positiv entwickelt. Die deutschen Lebensversicherungsunternehmen verzeichneten ein um 9,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegenes Neugeschäft. Das Beitragswachstum erreichte 3,4 Prozent.

Nachdem im ersten Quartal an den Aktienmärkten erhebliche Rückschläge zu verzeichnen waren, hat sich die Gesamtsituation auf den Kapitalmärkten verbessert. Am Ende des Geschäftsjahres waren die Kapitalmärkte von der Erwartung positiver Tendenzen für die Volkswirtschaft geprägt.

Die Unternehmenssteuerreform 1999/2000/2002 hat viele Lebensversicherungsunternehmen steuerlich in eine äußerst problematische Situation geführt, da ungewollte Wechselwirkungen mit anderen steuerlichen Vorschriften entstanden. Der Gesetzgeber hat im Dezember eine Neuregelung zur Besteuerung von Lebensversicherungsunternehmen beschlossen, die die Problemlage zwar entschärft hat, jedoch viele Unternehmen in 2003 steuerlich stark belastet.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft der Provinzial lag mit einer Versicherungssumme von 2 432 Millionen Euro um 13,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Neben den Dynamikerhöhungen des Bestands haben ein erhöhtes Kundeninteresse aufgrund der Absenkung des Garantiezinses zum 1. Januar 2004 das Neugeschäftsergebnis beeinflusst. Infolge der Absenkung der Gewinnbeteiligung 2003 hat sich jedoch der Absatz der Versicherungen gegen Einmalbeitrag reduziert, so dass sich die gebuchten Brutto-Beiträge mit 640,7 Millionen Euro um 0,2 Prozent verringert haben. Die für die Zukunft besonders wichtigen laufenden Beiträge sind dagegen um 0,8 Prozent (Markt: 1,8 Prozent) gestiegen. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreichte 4,9 Prozent.

Überschussverwendung

Aus dem Rohüberschuss von 188,0 Millionen Euro werden 61,6 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen zugeführt.

Aufgrund der Neuregelung der Besteuerung von Lebensversicherungen ergibt sich ein Steueraufwand in Höhe von 49,4 Millionen Euro.

Darüber hinaus erhalten unsere Kunden eine Direktgutschrift in Höhe von 77,0 Millionen Euro, die sich wie folgt zusammensetzt:

- 50,0 Millionen Euro Zuführung zur Brutto-Deckungsrückstellung
- 0,9 Millionen Euro gutgeschriebene/angesammelte Überschussanteile
- 26,1 Millionen Euro übrige Aufwendungen.

Entgegen der allgemeinen Marktentwicklung hat die Provinzial die Gewinnzusage für das Jahr 2004 nicht abgesenkt. Die Versicherungsnehmer erhalten für 2004 eine Verzinsung ihrer Guthaben von 4,0 Prozent. Darüber hinaus werden unseren Kunden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben sowie das (nicht garantierte) Anwartschaftsguthaben auf Schlussüberschussanteile erhöht.

Bewertungen durch Rating-Agenturen

Wie in den Vorjahren wurde die Provinzial von mehreren Ratingagenturen auf Basis der Geschäftsberichtsdaten 2002 analysiert und positiv bewertet. Beim Finanz- und Wirtschaftsdienst map-report („mm“) und der Wirtschaftswoche (4 Sterne) wurden die guten Vorjahresergebnisse bestätigt. Allerdings wurden die Ratings von Morgen & Morgen (drei Sterne) und Standard & Poor's (BBBpi) abgesenkt. Damit konnte sich die Provinzial dem allgemeinen Markttrend nicht entziehen, der aufgrund der anhaltend schwierigen Kapitalmarktsituation zu zahlreichen Herabstufungen in der Versicherungsbranche geführt hat.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neuzugang

Der Neuzugang aus eingelösten Versicherungsscheinen und Erhöhungen erreichte 2 432 Millionen Euro Versicherungssumme.

Die Neugeschäftsentwicklung in 2003 wurde durch die Dynamikerhöhungen im Bestand und die Absenkung des Garantiezinses zum 1. Januar 2004 positiv unterstützt. Insgesamt liegt der Anstieg des Neugeschäfts gemessen in Versicherungssumme um 13,5 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Beitragssumme des Neugeschäfts beträgt 1 325 Millionen Euro.

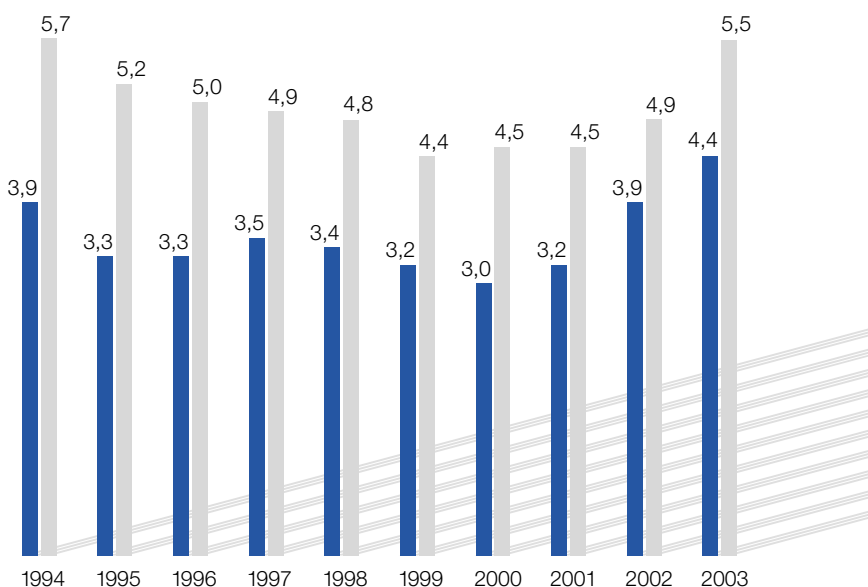
Nach wie vor ist die Akzeptanz von Versicherungsprodukten nach Altersvermögensgesetz (AVmG) gering, so dass in diesem Segment nur wenige Verträge abgeschlossen wurden. Im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung standen wegen der steuerlichen Vorteile insbesondere die Produkte der Pensionskassen im Vordergrund und haben die Neugeschäftsmöglichkeiten für die Direktversicherung eingeschränkt.

Die von der Provinzial bereits für das Jahr 2003 angekündigte Absenkung der Gewinnbeteiligung hat zu einer Verschiebung des Neugeschäfts von Kapital- hin zu Risikoversicherungen geführt.

Entwicklung der Stornoquote

bis 1994 in % der Versicherungssumme des mittleren Bestands
ab 1995 in % des statistischen Jahresbeitrags des mittleren Bestands

■ Provinzial
■ Markt (2003 geschätzt)



Bestand und Beitragseinnahme

Der Versicherungsbestand stieg um 2,2 Prozent auf 24,3 Milliarden Euro Versicherungssumme (Markt: 2,9 Prozent). Gemessen am statistischen Jahresbeitrag vergrößerte sich der Bestand um 1,2 Prozent auf 606,4 Millionen Euro. Die Anzahl der Verträge erreichte das Vorjahresniveau in Höhe von 734 109 Stück.

Die Stornoquote ist zwar von 3,9 Prozent auf 4,4 Prozent angestiegen; sie liegt aber weiterhin unter dem Marktdurchschnitt von etwa 5,5 Prozent.

Der laufende Beitrag erreichte 597,3 Millionen Euro und lag um 0,8 Prozent (Markt: 1,8 Prozent) über dem Vorjahreswert. Aufgrund des geringeren Neugeschäfts bei Verträgen gegen Einmalbeitrag sind die gebuchten Beiträge um 0,2 Prozent gesunken.

Versicherungsleistungen

Für Versicherungsfälle, ausgezahlte Gewinnanteile und Rückkäufe leisteten wir 697,0 Millionen Euro. Diese Leistungen waren ganz überwiegend Erlebensfalleistungen. Zur Sicherstellung der künftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden führten wir der Deckungsrückstellung, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und dem Ansammlungsguthaben unserer Versicherungsnehmer 96,1 Millionen Euro zu.

Risikoergebnis

Die Aufwendungen für vorzeitige Versicherungsfälle gestalteten sich erneut günstiger, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn ergab 60,5 Millionen Euro.

Kostenergebnis

Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, so dass sich ein positives Kostenergebnis von 26,3 Millionen Euro ergab. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnete sich für die laufenden Aufwendungen ein Kostensatz von 1,9 Prozent. Die Abschlusskostenquote der Provinzial betrug 4,2 Prozent der Beitragssumme des Neugeschäfts. Wie in den Vorjahren lagen wir bei den Kennzahlen, welche die Kostensituation eines Lebensversicherers beurteilen, in der Spitzengruppe aller Anbieter.

Sonstiges Ergebnis

Die Auswirkungen der Neuregelung zur Besteuerung von Lebensversicherungsunternehmen für die Jahre 2001 bis 2003 belasten die Provinzial mit einem Steuer Aufwand in Höhe von 49,4 Millionen Euro.

Kapitalanlagen

Unter Berücksichtigung einer gleich bleibenden Risikokapitalallokation blieb die Provinzial nur sehr gering in Dividendendpapieren investiert. Im Zinspapierbereich erfolgte die Neuanlage vornehmlich in Papiere mit längeren Laufzeiten, wobei die Ergebnisse des Asset-Liability-Managements in die Anlageentscheidungen eingeflossen sind. Die zur Jahresmitte niedrigen Zinsen wurden zur Realisierung von Kursgewinnen genutzt.

Bei der Bewertung der Kapitalanlagen hat die Provinzial die Langfristigkeit ihres Versicherungsgeschäfts berücksichtigt. Die Zuordnung der Kapitalanlagen zum Anlagevermögen erlaubt eine längerfristige und auf eine Stabilisierung des Marktes abstellende Kapitalanlagepolitik. Aufgrund der hohen steuerlichen Belastung im Geschäftsjahr hat die Provinzial Abschreibungen in Höhe von 65,4 Millionen Euro vermieden.

Der Kapitalanlagebestand lag mit 6 013 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich auf 292,6 Millionen Euro. Damit erzielte die Provinzial eine Nettoverzinsung von 4,9 Prozent. Die stille Last als Differenz der Markt- und Buchwerte aller zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 20 Millionen Euro (0,3 Prozent der Kapitalanlagen).

Entwicklung im Geschäftsjahr 2004 und Ausblick

Die relative Marktposition hat sich durch die bei der Provinzial unveränderte Gewinnbeteiligung verbessert. Wesentlichen Einfluss wird die erwartete Verabschiedung eines Alterseinkünftegesetzes auf das Neugeschäft haben. Unter der Annahme, dass ab 2005 die Steuerfreistellung der Zinserträge aus Kapital-Lebensversicherungen entfällt, wird ein erhöhtes Neugeschäft erwartet.

Die aus dem Bilanzjahr 2003 übernommenen stillen Lasten in den Kapitalanlagen werden bei weiterer Konsolidierung der Kapitalmärkte vollständig abgebaut.

Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum 1. Januar 2001 sind auch öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems verpflichtet. Ein derartiges System besteht bei der Provinzial seit mehreren Jahren und wird freiwillig einer Prüfung durch den Abschlussprüfer unterzogen. Um die Risiken der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Provinzial frühzeitig erkennen und im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzen wir umfangreiche interne Berichts-, Planungs- und Steuerungssysteme. Darüber hinaus wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Maßnahmen zur Optimierung der Risikolage werden laufend überprüft.

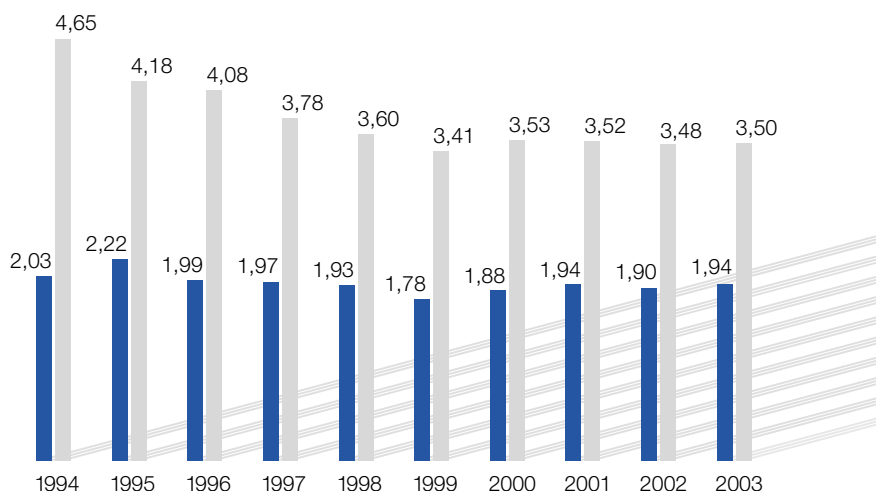
Wettbewerbsrisiken

Der Wettbewerb um den Kunden zeigt sich in einem erheblichen Preisdruck. Verschärft wird die Situation in der Lebensversicherung durch die steigende Konkurrenz weiterer Finanzprodukte in der Altersvorsorge. Um dieser Entwicklung zu begegnen, setzen wir weiterhin auf eine serviceorientierte Marktstrategie. Die Aus- und Weiterbildung des Innen- und Außendienstes sowie die fallabschließende Bearbeitung bei den Vertretungen und Sparkassen fördern ebenfalls die Kundennähe.

Entwicklung der Verwaltungskostenquote

in % der gebuchten Bruttobeiträge
ab 1995 geänderte Rechnungslegung

■ Provinzial
■ Markt (2003 geschätzt)



Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko in der Lebensversicherung besteht im Wesentlichen aus dem Änderungsrisiko, das sich durch die Langfristigkeit der Verträge ergibt. Zur Beschränkung dieses Risikos werden in den Kalkulationsgrundlagen der Lebensversicherer Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Versicherungsaufsicht und der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) als ausreichend für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesehen. Allerdings führt die DAV im Moment neue

Berechnungen auf Basis umfangreicher Daten durch, um einer zukünftig zu erwartenden weiteren Verlängerung der Lebenserwartung Rechnung zu tragen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Provinzial gering. Die noch nicht fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern spielen im Versicherungsgeschäft eine besondere Rolle. Durch vorsichtige Kalkulation und gute Beratung des Außendienstes mit der Folge niedriger Stornoquoten wird das Verlustrisiko reduziert.

Kapitalanlagerisiken

Die von der Provinzial Lebensversicherung verwalteten Kapitalanlagen in Höhe von rund 6 Milliarden Euro dienen zum weit überwiegenden Teil der Bedeckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

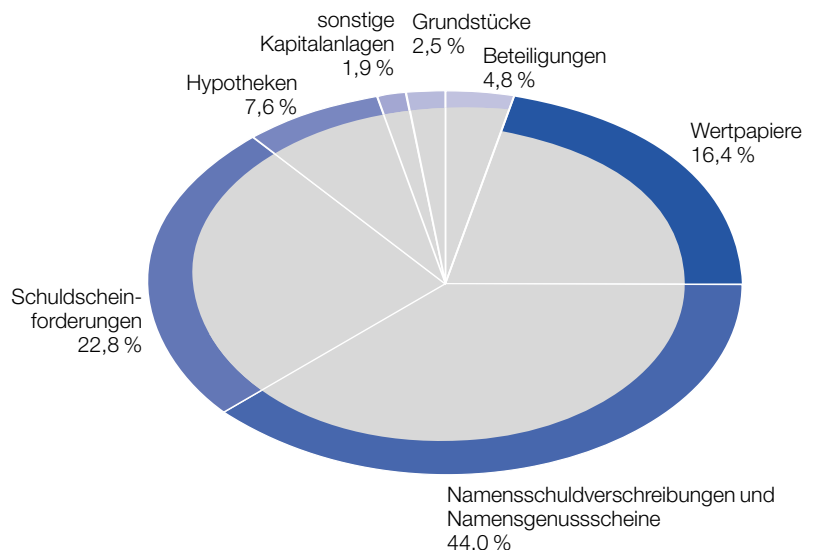
- Preisrisiken bei nachteiliger Veränderungen der Märkte,
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten und
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszuflüsse und -abflüsse.

In der Provinzial Lebensversicherung werden Kapitalanlagen unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess getätigt. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagetätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwerttrisiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen beschlossen und eingeleitet werden können.

Grundlage des Risikomanagements bilden dabei das festgelegte Risikokapital sowie das Anlageuniversum und die Limitsysteme. Die Messung, Kontrolle und Steuerung der Marktwerttrisiken erfolgt unterjährig mit Hilfe von Szenarioanalysen. Über langfristige stochastische Simulationen wird im Rahmen des Asset-Liability-Managements abgesichert, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Im laufenden Prozess wird dann der tatsächlich eingetretenen Kapitalmarktentwicklung Rechnung getragen. Unterjährig wird über regelmäßige Simulationen und eine ständige Steuerung der Mischung der verschiedenen Kapitalanlage eine möglichst hohe Nutzung aller Chancen unter Beachtung des vorhandenen Risikokapitals angestrebt.

Gemäß den Berichtspflichten gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde auch in diesem Jahr ein aktualisierter Stresstest durchgeführt. Bei der Simulation des Kapitalanlageergebnisses der Provinzial werden unter allen vorgeschriebenen Szenarien die Mindestanforderungen erreicht. Die Solvabilitätsanforderungen werden erfüllt.

Kapitalanlagen
Aufteilung nach Anlagearten



Bonitätsrisiken der Kontrahenten begegnet die Provinzial durch die sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine kontinuierliche Ratingüberprüfung. Die Anlage erfolgt fast ausschließlich in Papiere mit guter Bonität im Investmentgrad-Bereich (Rating AAA-BBB).

Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro getätigt wird.

Operationale Risiken

Die operationalen Risiken entstehen durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren oder resultieren aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen.

Betriebliche Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Obwohl die wesentlichen Aufgaben der EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH übertragen wurden, steht auch die Provinzial in der Verpflichtung, für entsprechende Maßnahmen zur Begrenzung von EDV-Risiken zu sorgen. Hierzu hat die Provinzial Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen. Eine systematische ivv-Revision sowie interne Kontrollen gewährleisten darüber hinaus die Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welche das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und bei dolosen Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Berechtigungen. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bzw. Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren die Eintrittswahrscheinlichkeit doloser Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Revision planmäßig überwacht.

Zusammenfassend ist keine Entwicklung erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Lebensversicherung bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Hannover, den 23. Februar 2004

Der Vorstand

Versicherungsarten

Einzelversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Vermögensbildungsversicherung

Risikolebensversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungen nach
Altersvermögensgesetz

Kapitalisierungsgeschäfte

Kollektivversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Bausparrisikoversicherung

Restschuldversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Zusatzversicherung

Unfallzusatzversicherung

Berufsunfähigkeits(Invaliditäts)-
Zusatzversicherung

Risikozusatzversicherung

Lagebericht

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2003

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Einmalbeitrag in Tsd. €	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	726 944	598 885		23 774 910
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	67 107	50 967	32 396	2 213 680
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)	98 132	10 459	11 519	218 803
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	0	0		61 201
3. Übriger Zugang	802	357	2	20 732
4. Gesamter Zugang	67 909	61 783	43 917	2 514 416
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	1 674	1 048		42 271
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	25 976	26 457		830 830
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	27 650	23 831		852 318
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	4 712	2 607		257 332
5. Übriger Abgang	732	369		16 800
6. Gesamter Abgang	60 744	54 312		1 999 551
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	734 109	606 356		24 289 775

Einzelversicherungen

Kollektivversicherungen

Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversiche- rungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €
447 805	431 467	114 082	42 189	122 298	113 497	919	1 650	41 840	10 082
23 101	23 499	17 883	7 236	20 181	18 603	134	308	5 808	1 321
84 211	9 221	2 047	148	8 968	989	0	0	2 906	101
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
287	281	26	8	117	48	0	0	372	20
23 388	33 001	17 909	7 392	20 298	19 640	134	308	6 180	1 442
988	688	259	121	220	217	1	4	206	18
11 197	17 458	8 547	2 672	242	6 014	0	0	5 990	313
20 517	18 872	0	60	5 530	4 104	57	87	1 546	708
0	448	4 710	1 982	0	167	0	0	2	10
170	138	22	6	10	21	0	0	530	204
32 872	37 604	13 538	4 841	6 002	10 523	58	91	8 274	1 253
438 321	426 864	118 453	44 740	136 594	122 614	995	1 867	39 746	10 271

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

		Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
			Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
		Anzahl der Versicherungen	
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres		726 944	23 774 910
davon beitragsfrei		101 328	1 351 562
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres		734 109	24 289 775
davon beitragsfrei		100 969	1 384 623

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

		Zusatzversicherungen insgesamt	
			Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
		Anzahl der Versicherungen	
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres		263 811	11 754 062
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres		256 010	12 045 434

Einzelversicherungen

Kollektivversicherungen

Kapitalversicherungen
(einschl. Vermögensbildungs-
versicherungen) ohne
Risikoversicherungen und
sonst. Lebensversicherungen

Risikoversicherungen

Rentenversicherungen
(einschl. Berufsunfähigkeits-
und Pflegerentenversiche-
rungen) ohne sonstige
Lebensversicherungen

Sonstige
Lebensversicherungen

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
60 036	781 964	5 408	40 280	8 894	316 986	0	0	26 990	212 332
438 321	13 613 096	118 453	6 020 096	136 594	4 084 383	995	28 141	39 746	544 059
58 693	791 495	5 290	44 534	10 023	354 577	0	0	26 963	194 017

Unfall-
Zusatzversicherungen

Berufsunfähigkeits-
oder Invaliditäts-
Zusatzversicherungen

Risiko- und Zeitrenten-
Zusatzversicherungen

Sonstige Zusatz-
versicherungen

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
111 584	2 770 216	137 407	9 167 190	9	254	7 010	107 774

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2003

Jahresabschluss

Aktiva	€	€	2003 €	2002 €
A. Ausstehende Einlagen auf das Trägerkapital			45 000 000	45 000 000
davon eingefordert: 0 (0) €				
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			3 013	6 458
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		144 214 724		147 870 308
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	170 000 000			187 550 000
2. Beteiligungen	101 495 052			93 185 257
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3 070 268	274 565 320		1 282 500
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	877 049 267			1 170 821 547
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119 238 497			162 914 076
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	454 953 268			473 688 576
4. Sonstige Ausleihungen	4 102 553 178			3 339 095 661
5. Einlagen bei Kreditinstituten	40 800 000	5 594 594 210	6 013 374 254	442 000 000
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			3 784 818	2 086 083
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	41 980 889			39 718 600
2. Versicherungsvermittler	446 073	42 426 962		446 778
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		19 911		25 269
III. Sonstige Forderungen		23 889 317	66 336 190	12 128 877
davon: an verbundene Unternehmen 0 (2 884) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (22 963) €				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		530 556		736 157
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		24 798 087		25 398 941
III. Andere Vermögensgegenstände		311	25 328 954	2 818 216
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		116 123 247		95 656 074
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		101 187 496	217 310 743	139 295 325
Summe der Aktiva			6 371 137 972	6 381 724 703

Passiva	€	€	2003 €	2002 €
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		60 000 000		60 000 000
II. Kapitalrücklage		100 000 000		100 000 000
III. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmaßige Rücklage	6 000 000			6 000 000
2. Andere Gewinnrücklagen	5 000 000	11 000 000		5 000 000
IV. Bilanzgewinn		0	171 000 000	0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			340 291	364 598
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	97 955 999			98 735 263
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	14 974 238	82 981 761		17 951 475
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5 466 442 029			5 383 383 472
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	99 494 652	5 366 947 377		102 473 881
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	29 831 708			26 388 564
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3 354 608	26 477 100		2 997 167
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	352 588 128			333 798 614
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	352 588 128	5 828 994 366	0
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag		3 784 818		2 086 083
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0	3 784 818	0
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		39 821 939		37 363 145
II. Steuerrückstellungen		46 909 439		1 880 882
III. Sonstige Rückstellungen		12 854 743	99 586 121	12 275 825
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			114 468 891	120 425 356
Übertrag:			6 218 174 487	6 064 279 279

	€	€	2003 €	2002 €
Übertrag:			6 218 174 487	6 064 279 279
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	97 285 762			122 032 432
2. Versicherungsvermittlern	3 024 793	100 310 555		2 086 736
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1 286 601		1 183 245
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 592 565		1 605 390
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		37 226 767	140 416 488	186 046 569
davon: aus Steuern				
790 380 (832 869) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit				
352 422 (327 774) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 31 482 260 (181 139 521) €				
H. Rechnungsabgrenzungsposten			12 546 997	4 491 052
Summe der Passiva			6 371 137 972	6 381 724 703

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C II 1 und D der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne von § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 5. 12. 2002 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 23. Februar 2004

Weinkopf
Verantwortlicher Aktuar

Bestätigung gemäß VAG:

In analoger Anwendung zu § 73 VAG bestätige ich, dass die für die Bedeckung der in der Bilanz eingestellten Deckungsrückstellungen erforderlichen Vermögensanlagen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Hannover, den 24. Februar 2004

Dr. Rose
Treuhandler

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003

Jahresabschluss

	€	€	2003 €	2002 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	640 656 020			641 738 979
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	28 713 187	611 942 833		38 665 746
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	779 263			– 763 469
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	– 2 977 236	– 2 197 973	609 744 860	1 289 103
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			0	81 353 158
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		6 205 252		4 763 597
davon aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
aa) Erträge aus Grundstücken	10 297 369			9 562 301
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	289 191 350	299 488 719		350 291 977
c) Erträge aus Zuschreibungen		4 459 142		41 915
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		55 709 183		147 883 416
e) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		24 307	365 886 603	24 307
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			180 077	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			224 947	77 555 244
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	628 432 217			509 794 938
bb) Anteil der Rückversicherer	11 875 920	616 556 297		11 700 958
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	3 443 143			1 772 814
bb) Anteil der Rückversicherer	357 441	3 085 702	619 641 999	39 397
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	– 84 757 292			– 300 564 064
bb) Anteil der Rückversicherer	18 646 593	– 66 110 699		20 953 629
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		0	– 66 110 699	0
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			61 609 045	0
Übertrag:			228 674 744	495 636 950

	€	€	2003 €	2002 €
Übertrag:			228 674 744	495 636 950
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	55 968 978			60 427 014
b) Verwaltungsaufwendungen	12 459 420	68 428 398		12 207 054
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		3 964 252	64 464 146	11 578 455
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		6 428 102		14 285 034
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		54 761 311		379 202 944
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		12 108 115		20 961 748
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		0	73 297 528	0
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0	506 620
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			32 184 221	14 583 874
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			58 728 849	5 041 117
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		2 859 263		7 443 474
2. Sonstige Aufwendungen		11 806 369	8 947 106	11 949 488
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			49 781 743	535 103
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		49 419 510		158 127
5. Sonstige Steuern		362 233	49 781 743	376 976
6. Jahresüberschuss			0	0
7. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			0	0
8. Bilanzgewinn			0	0

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

C. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6b EStG werden vorgenommen.

Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Vermögensanlagegesellschaft ergibt sich unter Berücksichtigung der Aufgreif- und Bewertungskriterien der IDW-Verlautbarung zum § 341 b HGB bezogen auf die von dem Unternehmen gehaltenen Einzelwerte. Die gehaltenen Aktien, die nach Anwendung der Aufgreifkriterien als dauerhaft wertgemindert angesehen werden, werden auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Basis für die Ermittlung sind Analystenmeinungen und Ertragswerte unter Berücksichtigung des Kurs-Gewinn-Verhältnisses. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteilen und Inhaberschuldverschreibungen wird die IDW-Verlautbarung zu § 341 b HGB beachtet.

Die in Fonds gehaltenen Aktien, die nach Anwendung der Aufgreifkriterien als dauerhaft wertgemindert angesehen werden, werden auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Basis für die Ermittlung sind Analystenmeinungen und Ertragswerte unter Berücksichtigung des Kurs-Gewinn-Verhältnisses.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Erforderliche Abschreibungen werden vorgenommen. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet. Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen nicht börsenfähigen Genussrechte sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen.

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden mit dem Zeitwert angesetzt.

E. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.

F. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Das BdF-Schreiben vom 30. 4. 1974 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.

Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes werden

■ bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1926/42 und 1967 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35‰ der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafel 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35‰ der Versicherungssumme

■ bei Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 5 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV Sterbetafeln 1994 R mit einem Rechnungszins von 4 % als Rechnungsgrundlage verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes liegen bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 T bzw. bei Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 R sowie ein Rechnungszins von 4 % bzw. 3,25 % und ein Zillmersatz von 40‰ der Beitragssumme zugrunde.

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird der Schlussüberschussanteilfonds als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 6,5 % berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wird nach dem in § 28 Abs. 7 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 6,5 % berechnet. Der Anspruch auf Schlusszahlung für BU-Versicherungen wird in voller Höhe innerhalb des Schlussüberschussanteilfonds reserviert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird individuell je Schadenfall ermittelt. Für Spätschäden wird die fällige Versicherungsleistung unter Abzug der Deckungsrückstellung passiviert. Zu den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen werden die steuerlich rückstellungsfähigen Regulierungsaufwendungen hinzugesetzt. Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen die Rückstellungen den Rückversicherungsverträgen.

D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen wird nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

E. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet.

Die Richttafeln 1998 von Dr. Klaus Heubeck sind mit einem Zinssatz von 6 % angewendet worden.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag und den Erfüllungsrückstand. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert passiviert. Für beide Rückstellungen sind die Richttafeln 1998 angewendet worden.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Die Richttafeln 1998 sind angewendet worden.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

G. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Fremdwährungsumrechnung

Alle Positionen in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages bewertet.

Erläuterungen zu den Aktiva

C. Kapitalanlagen

C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst:

18 Grundstücke mit Geschäftsbauten
10 Grundstücke mit Wohnbauten
2 Grundstücke ohne Bauten

Die Zugänge betreffen Herstellungskosten für drei Geschäfts- bzw. ein Wohngrundstück in Hannover und ein Geschäftsgrundstück in Hamburg.

Im Geschäftsjahr wurde ein Wohngrundstück in Hamburg veräußert.
Am Bilanzstichtag wurden keine Bauten selbst genutzt.

Der Grundbesitz ist mit zinsverbilligten Hypothekendarlehen von 1589 (1605) Tausend Euro belastet.

C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Für die Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Provinzial Lebensversicherung Hannover mbH, Hannover mit einem Bilanzwert von 170 Millionen Euro wurde ein Zeitwert in Höhe von 130 Millionen Euro ermittelt.

C III 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter diesem Posten wurden Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 705 507 Tausend Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt 681 598 Tausend Euro.

C III 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Unter diesem Posten wurden Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 15 000 Tausend Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt 13 350 Tausend Euro.

C III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Bei 42 Hypothekendarlehen übersteigen die Ausleihungen die vorgeschriebene Beleihungsgrenze um 1 353 Tausend Euro. Diese Darlehen sind durch Bürgschaften gem. § 1 Absatz 1 Nr. 3 e der Anlageverordnung zusätzlich gesichert.

Wir betreiben 26 Zwangsversteigerungsverfahren.

C III 4 d. Übrige Ausleihungen

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 393 578 Tausend Euro Namensgenussrechte, mit 2 045 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte und mit 26 Tausend Euro weitere sonstige Ausleihungen.

Zeitwertangabe nach § 54 ff RechVersV

Für zum Anschaffungswert ausgewiesene Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 1 618 Millionen Euro (einschließlich der Grundstücke und Bauten) beträgt der Zeitwert 1 598 Millionen Euro.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2003

	Bilanzwerte
	2002
	Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	6
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	
	147 870
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	187 550
2. Beteiligungen	93 185
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1 283
Summe C II.	282 018
C III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 170 822
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	162 914
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	473 688
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	1 745 658
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 059 747
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	101 440
d) Übrige Ausleihungen	432 251
5. Einlagen bei Kreditinstituten	442 000
Summe C III.	5 588 520
Insgesamt	6 018 414

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Der Zeitwert für Grundstücke und Bauten ist im Einzelfall unter Berücksichtigung des Ertrags- und Substanzwerts ermittelt, wobei grundsätzlich der niedrigere Ansatz gewählt ist.

Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2003. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilserwerb/-veräußerung hergeleitet.

Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	2003 Tsd. €
1	0	0	0	4	3
1 548	0	889	0	4 314	144 215
100	0	0	0	17 650	170 000
12 614	0	3 148	0	1 156	101 495
2 295	0	508	0	0	3 070
15 009	0	3 656	0	18 806	274 565
61 830	0	328 611	4 447	31 439	877 049
282 908	0	326 544	0	40	119 238
14 669	0	33 396	12	20	454 953
948 369	0	449 449	0	0	2 244 578
808 834	0	500 079	0	0	1 368 502
37 105	0	44 721	0	0	93 824
10 750	0	47 352	0	0	395 649
3 083 950	0	3 485 150	0	0	40 800
5 248 415	0	5 215 302	4 459	31 499	5 594 593
5 264 973	0	5 219 847	4 459	54 623	6 013 376

Die Bewertung der Vermögensanlagegesellschaft basiert auf den Marktwerten der von dem Unternehmen gehaltenen Einzelwerte.

Die zu Anschaffungskosten bewerteten Namensschuldverschreibungen werden zum Teil mittels Zinsstrukturkurven und zum Teil zu Marktpreisen bewertet.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Provinzial Lebensversicherung Hannover mbH, Hannover*)	100,00	143 751	- 58 558
VGH Projekt GmbH & Co. 1. Immobilien Verwaltungs KG**)	100,00	100	-
C II 2. Beteiligungen			
Hanse-Merkur Reiseversicherung AG, Hamburg	24,10	9 333	96
W Immobilien GmbH & Co. US City KG, München	22,22	178 178	9 029
K.O.O.P. Bauplanungs- und Entwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Eichelmatenweg KG, Berlin	94,00	3 218	- 125

*) Das Geschäftsjahr endet am 30. September

**) Die Gesellschaft wurde 2003 gegründet

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Zum 31. Dezember 2003 befanden sich 133 349,5 Anteile im Anlagestock.

Der Anlagestock setzt sich wie folgt zusammen:

	Bilanzwert 31.12.2003	Anteil-einheiten
	Tsd. €	Anzahl
DekaStruktur: 2		
Ertrag	240	5 154,3
Wachstum	824	21 416,6
Chance	1 596	55 035,1
Chance Plus	1 125	51 743,5
Summe	3 785	133 349,5

E I 1. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die ausgewiesenen Forderungen enthalten 13517 (10653) Tausend Euro fällige Ansprüche sowie noch nicht fällige Ansprüche von 28463 (29065) Tausend Euro.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agio-beträge aus Namensschuldverschreibungen mit 76 209 (98 027) Tausend Euro und Schuldscheinforderungen in Höhe von 24 934 (41 242) Tausend Euro. Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 112 753 (88 512) Tausend Euro, für Wertpapiere von 3 353 (3 974) Tausend Euro und für Einlagen bei Kreditinstituten 6 (3 155) Tausend Euro, die erst in 2004 fällig werden.

Erläuterungen zu den Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten beinhaltet eine Wertberichtigung aus einer Übertragung gemäß §6 b EStG auf das Grundstück der VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR mit 340 (365) Tausend Euro.

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung *)

	2003	2002
	Tsd. €	Tsd. €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	333 799	563 150
Ausschüttung im Geschäftsjahr		
deklarierte Gewinnbeteiligung	- 42 820	- 152 204
deklarierte Direktgutschrift	0	- 77 147
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	61 609	0
Stand am Ende des Geschäftsjahres	352 588	333 799

*) Zahlen und Erläuterungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Unsere Dividendensätze für das Jahr 2004 sind auf den Seiten 99 bis 109 dieses Geschäftsberichtes dargestellt.

Für das Geschäftsjahr 2004 wird die laufende Gewinnbeteiligung ausschließlich als Direktgutschrift gewährt.

Von der Rückstellung Ende 2003 sind für Schlussüberschussanteile 309,1 Millionen Euro bestimmt, von denen 43,0 Millionen Euro in 2004 fällig werden.

E III. Sonstige Rückstellungen

	2003	2002
	Tsd. €	Tsd. €
Rückstellung für Provisionen	7 423	7 420
Rückstellung für Verpflichtungen aus Vorruhestandsgeld und Altersteilzeit	2 333	1 812
Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen	495	483
Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Gleitzeit und Tantiemen	868	842
Rückstellung für Jahresabschlussprüfung und Geschäftsbericht	395	441
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete Herstellungs- und Instandhaltungsaufwendungen	177	236
Übrige Rückstellungen	1 164	1 042
Insgesamt	12 855	12 276

G I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten 28 672 (36 693) Tausend Euro gutgeschriebene Überschussanteile.

H. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 2 008 (2 657) Tausend Euro sowie Disagio aus Kapitalanlagen in Höhe von 10 539 (1 834) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a. Gebuchte Bruttobeiträge

	2003	2002
	Tsd. €	Tsd. €
Einzelversicherungen		
Kapitalversicherungen		
laufende Beiträge	468 561	470 807
Einmalbeiträge	9 727	9 347
Renten- und Pensionsversicherungen		
laufende Beiträge	118 565	111 348
Einmalbeiträge	22 332	32 352
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	9 612	9 599
Einmalbeiträge	11 859	8 286
Selbst abgeschlossenes Geschäft	640 656	641 739
Die gebuchten Bruttobeiträge verteilen sich wie folgt:		
mit Gewinnbeteiligung	638 875	640 137
Verträge, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	1 781	1 602

I 3./I 10. Erträge aus Kapitalanlagen/Aufwendungen für Kapitalanlagen

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen aus fondsgebundenen Lebensversicherungen sind nicht enthalten.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 3 154 (6 895) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers.

I 4./I 11. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen/Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen

Der Ausweis betrifft nicht realisierte Gewinne in Höhe von 180 Tausend Euro als Differenz der Anschaffungskosten zum Buchwert am Bilanzstichtag. Nicht realisierte Verluste ergaben sich nicht.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2003	2002
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	33 661	34 081
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	1 464	1 140
3. Löhne und Gehälter	18 371	18 260
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3 473	3 083
5. Aufwendungen für Altersversorgung	2 903	3 091
6. Aufwendungen insgesamt	59 872	59 655

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren betragen 1 502 (1 520) Tausend Euro. Die Verbindlichkeiten sind durch entsprechende Hypotheken gesichert.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 87 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei acht Beteiligungen in Höhe von insgesamt 27 350 Tausend Euro.

Zusätzlich besteht die Verpflichtung für ein Lebensversicherungsunternehmen bis zu 1 % der Kapitalanlagen der Provinzial als Einlage zu leisten.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 315. Hiervon entfallen im Innendienst 222 auf die Hauptverwaltung und 32 auf unsere Regionaldirektionen.

Im Außendienst sind 61 Mitarbeiter bei uns angestellt.

Mitarbeiter, die auch mit der Landschaftlichen Brandkasse Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihrem Arbeitseinsatz anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 610 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 154 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 26 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,5%. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 21 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands sind insgesamt 530 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 5 694 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 142 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 217 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 27 und 30 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,9%. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 172 Tausend Euro.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 33 bis 35 angegeben.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrages wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden Rechnungsgrundlagen besonders vorsichtig gewählt. An den erwirtschafteten Überschüssen werden die Versicherungsnehmer im Jahr 2004 gemäß der folgenden Deklaration beteiligt.

Dabei wird für Kapitalversicherungen (außer für Risikoversicherungen) und Rentenversicherungen ein Teil des Zinsgewinnes in Form der Direktgutschrift gewährt und auf die deklarierte laufende Überschussbeteiligung angerechnet. Die Direktgutschrift ist abhängig von der Höhe des tariflichen Rechnungszinses und beträgt $(4 - \text{Rechnungszins})\%$ des gewinnberechtigten Vertragsguthabens. Für alle Versicherungen wird die im Folgenden deklarierte laufende Überschussbeteiligung, sofern sie nicht in Form der Schlusszahlung ausgeschüttet wird, als Direktgutschrift gewährt.

Für das Jahr 2004 werden im Einzelnen folgende Überschussanteile festgesetzt:

A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen

I. Tarifgruppen 68, 87, 94, 2000, 2002 und 2004

1. Beitragspflichtige und beitragsfreie Kapitalversicherungen (außer Risikoversicherungen)

a) laufende Überschussanteile

Am Schluss des in 2004 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 68	1,00 %
Tarifgruppe 87	0,50 %
Tarifgruppe 94	
mit 3,5 % Rechnungszins	0,50 %
mit 4,0 % Rechnungszins	0,00 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,75 %
Tarifgruppe 2004	1,25 %

Risikogewinn:

Er wird in Prozent des rechnermäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt.

Tarifgruppe 87 (Tarifgruppe 68):

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2004 bis zu einem erreichten Alter von 44 Jahren 60 (70) %, fällt dann jährlich um 5 % bis auf 20 (25) %. Der Risikogewinn ist auf 4 (5) ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 (10) ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2004 unabhängig vom erreichten Alter für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %
Tarife auf verbundene Leben	30 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kosten- und sonstiger Gewinn:

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 68:	
Normaltarif	0,85 ‰
Tarifgruppe 87:	
Normaltarif	0,75 ‰
Verbundtarif	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004, Normaltarif:	
Männertarife	0,70 ‰
Frauentarife	0,60 ‰
Tarife auf verb. Leb.	0,70 ‰

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004, Kollektivversicher. nach Einzeltarifen und Verbundtarif:

Männertarife	0,60 ‰,
Frauentarife	0,50 ‰,
Tarife auf verb. Leb.	0,60 ‰.

Bei Versicherungen nach dem VermBG und nach Verbundtarif der Tarifgruppe 68 entfallen Kosten- und sonstige Gewinne.

Die Überschussanteilsätze für Tarif AHV, Tarifgruppe 94, entsprechen denen der Tarifgruppe 87, Verbundtarif.

Überschussverwendung:

Entsprechend der vereinbarten Überschussverwendung wird dieser jährliche Überschussanteil entweder in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet, zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Todes- und Erlebensfall (Summenzuwachs) oder zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Erlebensfall (Erlebensfallbonus, nur für die Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 möglich) verwendet. Summenzuwachs und Erlebensfallbonus sind ebenfalls gewinnberechtigt. Für Barbezug beträgt die Mindestversicherungssumme 5 000 Euro.

b) Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen wird am Schluss des in 2004 endenden Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile gebildet bzw. eine bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaft erhöht.

Tarifgruppen 68 und 87:
Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Kündigung des Vertrages werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile gezahlt, wenn

- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Summenzuwachs zusammen mit den Schlussüberschussanteilen die Erlebensfallsumme erreicht oder
- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren, in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:
Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Tod (sofern für die laufenden Überschussanteile nicht der Erlebensfallbonus vereinbart wurde) oder Heirat (sofern mitversichert) werden die Schlussüberschussanteile in anteiliger Höhe fällig. Bei Kündigung oder Tod werden die erreichten Schlussüberschussanteile in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr (bei Tarifen auf verbundene Leben ist das Alter der jüngeren Person maßgebend) vollendet hat und die Restlaufzeit des Vertrages 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppen 68 und 87:	2,5 ‰,
Tarifgruppe 94:	2,0 ‰,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	3,0 ‰,
Tarifgruppe 2004:	4,0 ‰.

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für
 Tarifgruppen 68, 87 und 94: 180 ‰,
 Tarifgruppen 2000, 2002
 und 2004: 210 ‰
 der vereinbarten Erlebensfallsumme
 erreicht sind.

Für Versicherungen nach dem VermBG
 entfällt eine Schlussüberschusszuteilung.

c) Sonderleistung im Todesfall
 (Mindestgewinnbeteiligung)

Im Jahr 2004 wird für beitragspflichtige
 Versicherungen der Tarifgruppen 68 und
 87 im Todesfall unter Einbeziehung der
 erreichten Todesfalleistung aus der Über-
 schussbeteiligung ein Gewinnanteil von
 10 % der vereinbarten Todesfallsumme
 gezahlt.

Die Sonderleistung im Todesfall entfällt
 bei Vereinbarung von Barbezug oder
 Verrechnung der Überschussanteile mit
 den Beiträgen.

II. Tarifgruppe 42

**1. Versicherungen mit laufender
 Beitragszahlung**

a) Grund- und Zusatzdividende

Am Schluss des in 2004 endenden
 Versicherungsjahres wird eine Grund-
 und Zusatzdividende in Prozent des
 gewinnberechtigten Jahresbeitrags aus-
 geschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit
 vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.– 4.	5 %
5.– 9.	15 %
10.–14.	25 %
15.–19.	35 %
20.–24.	45 %
25.–29.	50 %
ab 30.	60 %.

Entsprechend der vereinbarten Über-
 schussverwendung wird dieser jährliche
 Überschussanteil verzinslich angesam-
 melt oder in bar ausgezahlt. Für Bar-
 bezug beträgt die Mindestversiche-
 rungssumme 5 000 Euro.

Soweit zu Versicherungen der Tarif-
 gruppe 42 mit Zuzahlungsrecht freiwillige
 Zuzahlungen geleistet wurden, wird für
 das im Jahr 2004 endende Versiche-
 rungsjahr ein Überschussanteil in Höhe
 von 1,00 % des gewinnberechtigten
 Deckungskapitals der Zuzahlung unter
 Anrechnung des Risikogewinns gewährt.
 Diese Dividende wird zusammen mit den
 Grund- und Zusatzdividenden geführt
 und verzinslich angesammelt.

b) Summendividende

Versicherungen, die 1964 und früher
 abgeschlossen wurden, erhalten im Jahr
 2004 bei Tod, Heirat (sofern mitver-
 sichert), Ablauf oder Rückkauf für jedes
 Jahr bis 1966 4 ‰ der Versicherungs-
 summe und zwar

- mit Beginn 1954 und früher ab dem
 6. Versicherungsjahr (frühestens ab
 1949)
- mit Beginn 1955 bis 1964 ab dem
 2. Versicherungsjahr.

Ab 1967 erhöhten sich die Versicherun-
 gen, unabhängig vom Beginnjahr
 – sofern sie 2 Jahre bestanden hatten –,
 jährlich zum Jahrestag, indem 4 ‰ der
 Versicherungssumme als Einmalbeitrag
 für eine gleichartige, nicht gewinnberech-
 tigte Versicherung mit restlicher Laufzeit
 verwendet wurden. Eine entsprechende
 Erhöhung erfolgt auch im Jahr 2004.

c) Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen
 wird am Schluss des in 2004 endenden
 Versicherungsjahres eine nicht garantierte
 Anwartschaft auf Schlussüberschuss-
 anteile gebildet bzw. eine bereits beste-
 hende nicht garantierte Anwartschaft
 erhöht.

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Die Schlussüberschussanteile werden ferner bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Rückkauf innerhalb der letzten fünf Jahre der Versicherungsdauer gezahlt, wenn der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren und bei Tod oder Heirat (sofern mitversichert) in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2004 für Tarifgruppe 42: 2,0‰.

d) Tarif AHV

Die Überschussverwendung und die Gewinnanteilsätze für Versicherungen nach Tarif AHV, Tarifgruppe 42, entsprechen denen der Tarifgruppe 68.

2. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Bei Fälligkeit der Versicherungen durch Tod oder Ablauf im Jahr 2004 werden für alle bis 1973 vollendeten beitragsfreien Versicherungsjahre je 30‰ der Versicherungssumme als Summenzuwachs gewährt. Beitragsfreie Versicherungsjahre vor 1949 bleiben unberücksichtigt.

Für die ab 1974 vollendeten beitragsfreien Versicherungsjahre wird zusätzlich ein Summenzuwachs gemäß nachstehender Tabelle gezahlt.

Beitragsfreies Versicherungsjahr	Summenzuwachs
1.– 5.	15 ‰
6.– 10.	20 ‰
11.– 15.	30 ‰
16.– 20.	35 ‰
21.– 25.	40 ‰
26.– 30.	45 ‰
31.– 35.	50 ‰
36.– 40.	55 ‰
ab 41.	60 ‰

Im Falle des Rückkaufs wird der Barwert des vorhandenen Summenzuwachses gezahlt. Bei Dividendenbarbezug wird der modifizierte versicherungstechnische Barwert des Dividendenanspruchs gezahlt.

III. Risikoversicherungen

1. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1.1 Versicherungen mit Beginn bis 1981

Für diese Versicherungen wird am Schluss des in 2004 endenden Versicherungsjahres die Anwartschaft auf Schlusszahlung erhöht. Die Schlusszahlung wird fällig bei Tod, Ablauf, Kündigung oder Umwandlung in eine beitragspflichtige kapitalbildende Versicherung.

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2004 für Tarifgruppe 68: 65 %.

1.2 Versicherungen mit Beginn ab 1982

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags gewährt und beträgt im Jahr 2004 für Tarifgruppe 68: 65 %, Tarifgruppe 87:

Normaltarif	55 %
Bausparrisiko	40 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:	
Männertarif	40 %
Frauentarif	25 %
Tarif auf verbundene Leben	35 %
Bausparrisiko	40 %

Alternativ kann bei Versicherungsbeginn anstelle der Beitragsreduzierung ein sofortiger Todesfallbonus gewählt werden. Der Überschussanteil wird bei Tod im Jahr 2004 in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt und beträgt für

Tarifgruppe 68:	220 %,
Tarifgruppe 87:	160 %,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:	
Männertarif	100 %,
Frauentarif	70 %,
Tarif auf verbundene Leben	90 %.

2. Beitragsfreie Versicherungen

Bei Tod im Jahr 2004 wird ein Überschussanteil in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt. Er beträgt für

Tarifgruppe 68:	
Normaltarif	220 %,

Tarifgruppe 87:	
Normaltarif	160 %,
Restkreditversicherungen	85 %,

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004, Normaltarif:	
Männertarife	100 %,
Frauentarife	70 %,
Tarife auf verbundene Leben	90 %,

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002, Restkreditversicherungen:	
Männertarife	70 %,
Frauentarife	60 %.

B. Gruppenkapitalversicherungen nach Sondertarifen

Zu dieser Gruppe zählen die Firmen-, Verbands- und Vereinsgruppen-(Sterbegeld-)versicherungen. Es gelten die gleichen Regelungen wie für Einzelkapitalversicherungen (siehe A.), allerdings gilt für

Kosten- und sonstiger Gewinn:

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 68:	0,75 ‰,
Tarifgruppe 87:	0,50 ‰,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:	
Männertarife	0,50 ‰,
Frauentarife	0,40 ‰,
Tarife auf verb. Leben	0,50 ‰.

C. Renten- und Pensionsversicherungen

I. Tarifgruppe 42

1. Aufgeschobene Renten

a) Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Am Schluss des in 2004 endenden Versicherungsjahres wird eine Grund- und Zusatzdividende in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags ausgeschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.–4.	5 %
5.–9.	15 %
10.–14.	20 %
15.–19.	30 %
20.–24.	40 %
25.–29.	45 %
ab 30.	55 %.

Die Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und dienen am Ende der Aufschubzeit der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden die bis dahin verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt.

b) Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Am Schluss des in 2004 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil in Höhe von 1,0 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Aufschubzeit fällig. Die angesammelten Überschussanteile dienen der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden sie ausgezahlt.

2. Laufende Renten

An die Bezieher von Renten werden Überschüsse in Form einer Zinsrente ausgeschüttet. Diese errechnet sich als Differenz zwischen der mit Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung gerechneten Rente aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen Deckungskapital und der versicherten Rente. Für die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung wird im Jahr 2004 ein Zinsfuß in Höhe des Rechnungszinses zuzüglich 1,0 % zugrunde gelegt.

II. Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002 und 2004 (ohne Versicherungen nach dem AVmG)

1. Laufende Überschussbeteiligung

Am Schluss des in 2004 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppen 87 und 94:	0,50 %
Tarifgruppe 95:	0,00 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %
Tarifgruppe 2004:	1,25 %

Grundüberschuss:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags für beitragspflichtige Versicherungen gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppen 87, 94 und 95:	0,50 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,50 %
Tarifgruppe 2004:	0,00 %

Die laufenden Überschussanteile können für alle Tarifgruppen bis einschließlich Tarifgruppe 2002 während der Aufschubzeit entweder die versicherte Leistung erhöhen (Bonusrente), in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet oder verzinslich angesammelt werden. Für die Barauszahlung bzw. Beitragsverrechnung muss die versicherte Jahresrente mindestens 1500 Euro betragen. Die laufenden Überschussanteile der Tarifgruppe 2004 werden verzinslich angesammelt.

Während der Rentenbezugszeit dienen die laufenden Überschussanteile entweder zur Finanzierung einer ab Rentenbeginn fälligen Gewinnrente (nicht für Tarifgruppe 2004), zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) oder sie werden in bar ausgezahlt.

2. Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen wird am Schluss des in 2004 endenden Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile gebildet bzw. eine bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaft erhöht.

Tarifgruppe 87:

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Tod oder Ablauf der Aufschubzeit. Bei Kündigung des Vertrages werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile gezahlt, wenn

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002 und 2004:

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Aufschubzeit. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrages 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Prozent der vereinbarten Jahresrente bzw. für Tarifgruppe 2004 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt. Er beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppen 87 und 94:	0,0 %
Tarifgruppe 95:	2,0 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	3,5 %
Tarifgruppe 2004:	4,00 ‰

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87 und 94:	150 %
Tarifgruppe 95:	300 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	360 %
Tarifgruppe 2004:	210 ‰

der vereinbarten Jahresrente bzw. der garantierten Kapitalabfindung (Tarifgruppe 2004) erreicht sind.

III. Versicherungen nach dem AVmG

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Aufschubzeit

Am Ende des Kalenderjahres 2004 wird für Versicherungen in der Aufschubzeit ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 2002:	0,75 %
Tarifgruppe 2004:	1,25 %

Grundüberschuss:

Er wird in Promille der gewinnberechtigten Summe der bisher gezahlten Beiträge gewährt und beträgt im Jahr 2004 für Tarifgruppe 2002 und 2004:

PrämienRente Normaltarif	0,9 ‰
PrämienRente Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	0,7 ‰
PrämienRente Kollektivversicherungen nach Sondertarif	0,6 ‰
PrämienRenteFonds	0,0 ‰

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder verzinslich angesammelt (nur PrämienRente) oder in Fondsanteile umgewandelt und einem Sondervermögen zugeführt werden.

2. Laufende Überschussbeteiligung in der Rentenbezugszeit

Am Anfang des in 2004 beginnenden Versicherungsjahres wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 2002:	0,75 %
Tarifgruppe 2004:	1,25 %

Die laufenden Überschussanteile werden zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

3. Schlussüberschussanteile

Bei Ablauf der Aufschubzeit oder bei Rentenbeginn bzw. Vertragsbeendigung innerhalb der Abrufphase können für den Tarif PrämienRente Schlussüberschussanteile gewährt werden. Sie werden in Prozent des Ansammlungsguthabens bzw. (bei Umwandlung der laufenden Überschussanteile in Fondsanteile) in Prozent der Summe der ausgeschütteten Überschussanteile festgelegt. In beiden Fällen beträgt der Prozentsatz im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 2002 und 2004	16 %
---------------------------	------

D. Selbstständige Berufs- unfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherungen

I. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1. Tarifgruppe 68

Im Jahr 2004 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr (für SBV ab dem 3. Versicherungsjahr) ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags bzw. gewinnberechtigten Jahresbeitrags (SBV) gewährt, fällig als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf. Die Höhe des Überschussanteils ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2004 für

Frauen, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	45 %
Frauen, Eintrittsalter über 39 Jahre:	30 %
Männer, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	30 %
Männer, Eintrittsalter über 39 Jahre:	15 %

Alternativ kann bei Tarif BRL mit einer Versicherungsdauer bis zu 20 Jahren eine Überschussbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewählt werden, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Die Höhe der Überschussbeteiligung ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2004 für

Frauen, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	30 %
Frauen, Eintrittsalter über 39 Jahre:	20 %
Männer, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	20 %
Männer, Eintrittsalter über 39 Jahre:	10 %

Zusätzlich erhalten die Versicherungen bei Ablauf, Rückkauf oder Tod im Jahr 2004, sofern keine Leistung aus der Berufsunfähigkeitsversicherung fällig wurde, für jedes vom 3. Versicherungs-

jahr an zurückgelegte volle beitragspflichtige Jahr einen Überschussanteil in Höhe von 10 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags.

2. Tarifgruppen 87 und 94

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2004 für Tarifgruppen 87 und 94:

20 %.

Alternativ wird ein Überschussanteil gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf fällig wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppen 87 und 94: 30 %.

3. Tarifgruppen 2000, 2002 und 2004

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet oder am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und verzinslich angesammelt wird.

a) Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2004 für Berufsklasse A

Männertarife	55 %
Frauentarife	45 %
Berufsklasse B	
Männertarife	45 %
Frauentarife	35 %
Berufsklasse C	
Männertarife	20 %
Frauentarife	10 %
Berufsklasse D	
Männertarife	15 %
Frauentarife	5 %

b) Berufsunfähigkeits-zusatzversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2004 für

Berufsklasse A	
Männertarife	45 %,
Frauentarife	40 %,
Berufsklasse B	
Männertarife	30 %,
Frauentarife	25 %,
Berufsklasse C	
Männertarife	15 %,
Frauentarife	10 %,
Berufsklasse D	
Männertarife	10 %,
Frauentarife	5 %.

II. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und durch Umwandlung beitragsfreie Versicherungen

Im Jahr 2004 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Ablauf fällig wird. Die Höhe des Überschussanteils beträgt für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

III. Laufende Berufsunfähigkeitsbarrenten

Laufende Barrenten erhalten zum Jahrestag der Versicherung, erstmals am Ende des auf den Eintritt der Berufsunfähigkeit folgenden Versicherungsjahres eine beitragsfreie Zusatzrente in Prozent der jeweils gewährten Rente. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

IV. Laufende Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit

Verträge mit laufender Beitragsbefreiung erhalten einen Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals für die Beitragsbefreiung, fällig als Schlusszahlung bei Ablauf der Beitragsbefreiung. Die Höhe des Überschussanteils beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

E. Unfall-Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer, gegen Einmalbeitrag und Unfall-Zusatzversicherungen, die durch Umwandlung beitragsfrei wurden, erhalten am Ende des Versicherungsjahres einen Überschussanteil in Prozent des Deckungskapitals der Unfall-Zusatzversicherung. Der Überschussanteil wird verzinslich angesammelt. Er beträgt im Jahr 2004 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

F. Fondsgebundene Versicherungen

Fondsgebundene Versicherungen erhalten einen laufenden Überschussanteil, der monatlich dem Fondsguthaben zugeführt wird. Der laufende Überschussanteil setzt sich zusammen aus:

Risikogewinn:

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen monatlichen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt 2004 für

Männertarife	30 %,
Frauentarife	20 %.

Kostengewinn:

Er wird in Prozent eines Zwölftel des Jahresbeitrags gewährt.

Er beträgt 2004 1,0 %.

G. Frauenbonus

Zu Kapitalbildenden und Risikoversicherungen der Tarifgruppen 42 und 68, bei denen mindestens eine versicherte Person eine Frau ist, wird bei Tod der Frau eine zusätzliche Todesfalleistung in Prozent der jeweiligen Todesfallsumme gewährt. Sie beträgt im Jahr 2004 für Versicherungen

nach „Frauentarif“	10 %
sonstige	20 %

H. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Dividendenguthaben aufgrund der Dividendenbezugsform „Verzinsliche Ansammlung“ werden ab dem 1. 1. 2004 mit einem Rechnungszins und einem Ansammlungsüberschussanteil von zusammen 4,00 % verzinst.

I. Weitere Erläuterungen

Die Grundlagen der Überschussbeteiligung für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 – insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – sind in dem vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung festgelegt.

zu A.

Zur Tarifgruppe 42 gehören der Tarif FV und alle mit römischen Ziffern bezeichneten Tarife der Kapitalversicherungen. Sie wurde 1968 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt bis auf wenige Ausnahmen 3,0 %. Die Tarifgruppe 68 wurde zwischen 1968 und 1987 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %. Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1987 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %. Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt mit wenigen Ausnahmen 4,0 % (Ausnahmen u. a. Tarif AHV, Bausparversicherungen: 3,5 %).

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 ist ab 1. 1. 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

zu A. I.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 setzt sich zusammen aus dem positiven gezillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital des Summenzuwachses bzw. Erlebensfallbonus jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei Tarifgruppe 2004) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettjahresbeitrag.

zu A. III.

Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von Zuschlägen für erhöhte Risiken.

zu C.

Die Tarifgruppe 42 wurde 1992 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1992 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 95 war zwischen September 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 ist ab 1. 1. 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

zu C. II.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002 und 2004 für Rentenversicherungen in der Aufschubzeit (während der Rentenbezugszeit) setzt sich zusammen aus dem positiven geillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn (am Ende) des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei Tarifgruppe 2004) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu C. III.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 2002 und 2004 für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den anteiligen Deckungskapitalen zum Monatsende abgeleitet.

Die gewinnberechtigte Summe der bisher gezahlten Beiträge der Tarifgruppen 2002 und 2004 für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den jeweils zum Monatsende erreichten Summen anteilig abgeleitet.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 2002 und 2004 für Versicherungen während der Rentenbezugszeit setzt sich zusammen aus dem positiven Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu D.

Die Tarifgruppe 68 wurde 1993 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1993 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 ist ab 1. 1. 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

zu D. I.

Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von medizinischen Zuschlägen.

zu D. II. und D. IV.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu E.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Hannover, den 24. Februar 2004

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Tewes

Vorholt

Kasten

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) sowie den ergänzenden Regelungen in der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341k in Verbindung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie ergänzender Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 5. März 2004

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hölzl
Wirtschaftsprüfer

ppa. Warnecke
Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben auf Grund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Provinzial Lebensversicherung Hannover unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2004, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2004 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat einen Hauptausschuss und einen Ausschuss für Vertriebsfragen gebildet. Der Hauptausschuss tagte im Geschäftsjahr dreimal. Besondere Schwerpunkte bildeten die Kapitalanlagestrategie sowie die veränderten Anforderungen an Vorstand und Aufsichtsrat auf Grund des Transparenz- und Publizitätsgesetzes und des Corporate Governance Kodexes. Darüber hinaus wurden Kooperations- und Verbundfragen intensiv diskutiert.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Geschäftsprozessoptimierung bei der VGH sowie den Verbundprodukten in der Personenversicherung.

Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial Lebensversicherung Hannover bekennen sich – unter Berücksichtigung der Besonderheiten von öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen – zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodexes. Dementsprechend wurden die jeweiligen Geschäftsordnungen ergänzt sowie ein

Prüfungs-/Rechnungslegungsausschuss und ein Ausschuss für Personalangelegenheiten gegründet.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Provinzial Lebensversicherung Hannover hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Darüber hinaus nahm der Abschlussprüfer in seinem Bericht zu dem bestehenden Überwachungs- und Risikokontrollsystem des Vorstands nach § 91 Abs. 2 AktG Stellung.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

In einer gesonderten Sitzung am 1. April 2003 hat sich der Aufsichtsrat nach Ablauf seiner Amtszeit neu konstituiert.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2003 wurde Herr Hermann Kasten zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 18. März 2004

v. Lenthe
Vorsitzender

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Provinzial Lebensversicherung Hannover zum Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 21. Mai 2003 stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften dar und enthält sowohl international als auch national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften fördern. Mit der Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Corporate Governance Kodex in seiner Gesamtheit nicht für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen anwendbar.

Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial Lebensversicherung Hannover bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben mit Ausnahme der nachstehenden Einschränkungen alle Regelungen des Corporate Governance

Kodex auf freiwilliger Basis übernommen, die unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rahmenbedingungen für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können.

In diesem Zuge wurden insbesondere die jeweiligen Geschäftsordnungen ergänzt sowie ein Prüfungs-/Rechnungsausschuss und ein Ausschuss für Personalangelegenheiten gegründet.

Abgesehen wurde lediglich von einer Veröffentlichung der individualisierten Bezüge der Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats, Ziffer 4.2.4 bzw. 5.4.5, sowie der Mitteilung der Abwesenheiten von Mitgliedern des Aufsichtsrats nach Ziffer 5.4.6 des Kodexes.

Die zukünftige Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Kodexes wird durch eine regelmäßige interne Berichterstattung über die Einhaltung und Änderungen des Kodexes sowie die Abgabe einer Entsprechenserklärung im Geschäftsbericht gewährleistet.

Hannover, 18. März 2004

Für den Vorstand:

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Für den Aufsichtsrat:

v. Lenthe

Provinzial Lebensversicherung Hannover,
gegründet im Jahre 1918 durch Beschluss des
Hannoverschen Provinzial-Landtages.

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensver- sicherungs- bestand
------	---------------	--------------	--	--	--------------------------------------

	TRM	TRM	TRM	TRM	TRM
1925	1 513	363	104	–	28 701
1938	11 670	9 730	44 264	–	207 574
1945	12 863	12 836	104 232	–	294 275
1947	12 443	9 340	121 016	–	279 310

	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
1949	11 160	7 583	34 290	1 856	152 275
1950	11 246	7 949	40 127	1 298	152 275
1955	23 992	21 331	89 206	1 338	216 991
1960	45 172	40 369	166 528	4 800	378 524
1965	79 429	73 986	262 458*	12 500	753 963
1970	141 871	131 583	423 957	24 700	1 340 381
1975	282 112	263 607	823 268	49 000	2 687 508
1980	527 346	482 772	1 568 911	95 000	5 741 932
1985**	356 803	315 131	2 413 961	17 400	9 914 373
1986	434 408	387 150	2 734 689	19 000	11 336 870
1987	643 264	587 770	3 081 059	20 600	13 052 833
1988	583 046	518 953	3 527 030	21 450	14 749 984
1989	597 794	532 647	3 991 391	51 450	16 496 564
1990	644 460	581 952	4 378 988	51 450	18 552 433
1991	711 829	622 733	4 808 208	51 450	21 009 150
1992	770 590	693 641	5 319 225	51 450	23 184 179
1993	861 607	790 187	5 899 308	51 450	25 626 457
1994	986 782	910 633	6 507 309	51 450	28 278 208
1995	1 027 910	952 105	6 777 143	141 450	30 226 087
1996	1 099 681	1 010 148	7 392 052	141 450	32 179 602
1997	1 149 576	1 065 043	8 079 542	141 450	33 991 965
1998	1 216 996	1 141 426	8 788 861*	141 450	35 703 496
1999	1 365 362	1 281 585	9 566 515	141 450	40 044 886
2000	1 427 541	1 390 395	10 731 639	141 450	40 909 627

	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	762 197	723 563	5 666 250	171 000	23 141 197
2002	723 092	684 952	5 722 179	171 000	23 774 910
2003***	640 656	611 942	5 832 779	171 000	24 289 775

* Übergang von Brutto- auf Nettoausweis in der Schaden- und Unfallversicherung.

** bis 1984 einschließlich HUK-Versicherungen.

*** ab 2003 erfolgt die laufende Gewinnbeteiligung als Direktgutschrift.

Die Gruppe öffentlicher Versicherer

Niedersachsen, Bremen

Landschaftliche Brandkasse Hannover,
Hannover

Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Provinzial Krankenversicherung
Hannover AG, Hannover

Provinzial Pensionskasse
Hannover AG, Hannover

Öffentliche Versicherung Bremen,
Bremen

Oldenburgische Landesbrandkasse,
Oldenburg

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Oldenburg, Oldenburg

Ostfriesische Landschaftliche
Brandkasse, Aurich

Öffentliche Sachversicherung
Braunschweig, Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung
Braunschweig, Braunschweig

Sachsen-Anhalt

Öffentliche Feuerversicherung
Sachsen-Anhalt – ÖSA, Magdeburg

Öffentliche Lebensversicherung
Sachsen-Anhalt – ÖSA, Magdeburg

Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg

Provinzial Nord Holding AG, Kiel

Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel

Provinzial Nord Lebensversicherung AG,
Kiel

Hamburger Feuerkasse
Versicherungs-AG, Hamburg

Berlin, Brandenburg

Feuersozietät Berlin Brandenburg,
Berlin/Potsdam

Öffentliche Lebensversicherung
Berlin Brandenburg,
Berlin/Potsdam

Hessen, Thüringen

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Versicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

Nordrhein-Westfalen

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG,
Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung
AG, Düsseldorf

 direkt Versicherung AG, Düsseldorf

Lippische Landes-Brandversicherungs-
anstalt, Detmold

Provinzial Holding Westfalen, Münster

Westfälische Provinzial Versicherung
AG, Münster

Westfälische Provinzial Lebensversiche-
rung AG, Münster

Rheinland-Pfalz

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG,
Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung
AG, Düsseldorf

 direkt Versicherung AG, Düsseldorf

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Versicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen
Rechts, München

Bayerische Landesbrandversicherung
Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband
Versicherungsaktiengesellschaft,
München

Bayern-Versicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
München

Saarland

SAARLAND Feuerversicherung AG,
Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG,
Saarbrücken

Baden-Württemberg

SV Sparkassen-Versicherung
Baden-Württemberg Holding AG,
Stuttgart

SV Sparkassenversicherung
Gebäudeversicherung
Baden-Württemberg AG, Stuttgart

SV Sparkassen-Versicherung
Lebensversicherung
Baden-Württemberg AG, Mannheim

Badische Allgemeine Versicherung AG,
Karlsruhe

Badischer Gemeinde-Versicherungs-
Verband, Karlsruhe

Badische Rechtsschutzversicherung AG,
Karlsruhe

Sachsen

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG, Dresden

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Lebensversicherung AG, Dresden

Bayern

Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen
Rechts, München

Bayerische Landesbrandversicherung
Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband
Versicherungsaktiengesellschaft,
München

Versicherungskammer Bayern
Konzern-Rückversicherung AG,
München

Bayern-Versicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
München

(Stand: 1.1.2003)

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen
Schiffgraben 4
30159 Hannover

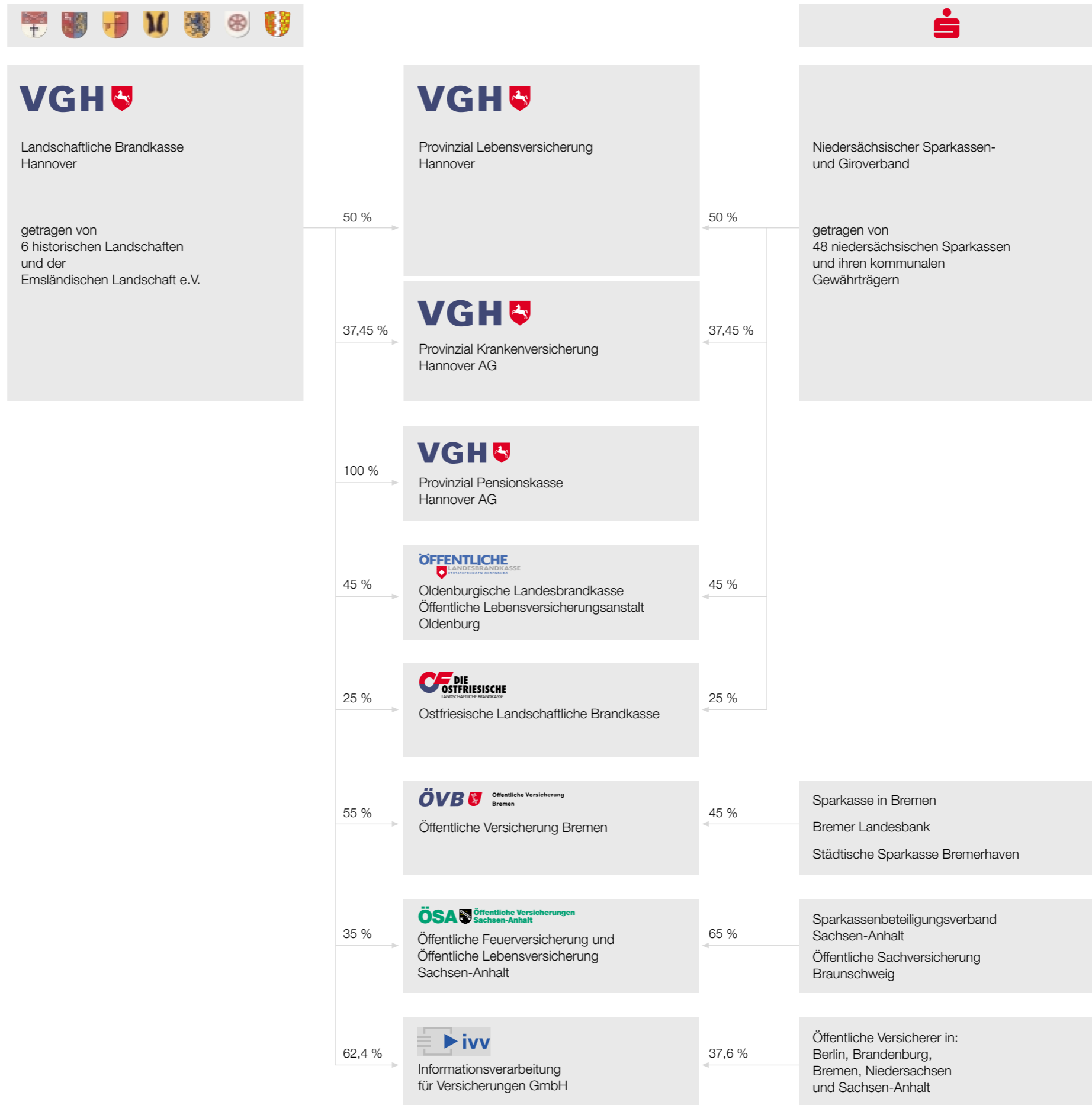
Tel.: 05 11/36 20
Fax: 05 11/362-29 60
E-Mail: service@vgh.de
Internet: <http://www.vgh.de>

Magazin:

Fotos: Eva Holtz, Andrea Leifeld,
Dirk Westdoerp, Bildagentur „Agrarfoto“,
Rheinischer Landwirtschafts-Verlag,
VGH Versicherungen
Redaktion und Layout:
team P Media Production GmbH,
Hannover

Druck:

Hahn-Druckerei, Hannover




Fortsetzung folgt ...





Versicherungen

 Finanzgruppe